



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Postwachstum für alle!

**Zum emanzipatorischen und queer-feministischen Potenzial von
Postwachstumstheorien”**

verfasst von / submitted by

Anna László, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2020 / Vienna, 2020

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von / Supervisor:

Mag. Dr. Karin Schönflug

es ist viel leichter über postwachstum zu reden
als über postwachstum zu schreiben

„Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‘weibliche Zukunft’. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“

- Johanna Dohnal, erste österreichische Frauenministerin

Danksagungen

Diese Arbeit war a long time coming. Sie ist der zweite und diesmal gelungene Versuch, dieses wunderbare Studium abzuschließen. Ihm vorausgegangen ist das Diplomstudium Internationale Entwicklung, das ich in dessen letztem Jahr seiner Inskribierbarkeit noch beginnen konnte. 2014 war das Diplomstudium schließlich endgültig Geschichte – und ich hatte es knapp nicht geschafft, es abzuschließen. Aber man trifft sich ja immer zweimal im Leben und ich wurde motiviert, dieses Studium doch noch in seiner ganzen Vollständigkeit abzuschließen. Ich habe es nicht bereut – und würde es am liebsten noch einmal studieren.

Danke an die sehr engagierten Lehrenden und das großartige Institut für Internationale Entwicklung, die in all den Höhen und Tiefen dieses Studiengangs viel Großartiges ermöglicht haben. Engagierte Lehrende und Studierende erkämpften dieses zunächst noch Individuelle Diplomstudium in den 2000er Jahren, über dem von Beginn an immerzu das Damoklesschwert seiner drohenden Abschaffung schwebte.¹

Danke für all die schönen Jahre, in denen ich in Wien mit so wenig Leistungsdruck und so vielen Freiheiten im Studium wie nur irgendwie möglich Internationale Entwicklung studieren durfte.

Danke an die Degrowth Summer School 2016 und die Degrowth Conference 2016 in Budapest, die mein Interesse am Thema Postwachstum und all seinen Aspekten entfacht und weiter vertieft haben.

Danke allen, die mich in diesen vier Jahren mit diesem Trumm begleitet haben – allen voran meinen Beziehungspersonen und Freund_innen, die mich ausgehalten, unterstützt und motiviert haben.

Danke an Elena, die nicht nur als ie-Studentin, sondern auch als TU-Studentin meine superliebe Leidensgenossin im Prozess des Masterarbeitschreibens war. Danke an das Team und die Teilnehmer_innen des Schreibmarathons, die alle gesagt haben, „du bist ja eh fast fertig, oida“ und der mich dem Abschluss tatsächlich ein Stückelr näher gebracht hat, und danke auch an die daraus entstandenen privat organisierten Schreibsessions. Danke an die Arbeiterkammer-Bibliothek mit ihrem wunderschönen Garten, die mir in den Sommerferien regelmäßig das schönste, angenehmste und anregendste Ambiente zum Schreiben gegeben hat.

Danke auch an alle, mit denen ich über mein Thema reden durfte.

Meiner Betreuerin Karin, danke für alles! Du warst die kompetenteste, motivierendste, herzlichste und lustige Betreuerin, die ich mir hätte wünschen können.

Außerdem meiner Mutter, die mich über vier Jahre hinweg wegen dieser Arbeit gepiekt und genervt hat – jetzt hat es ihre Tochter doch noch geschafft – *köszí mindenért!*

1 Zur Geschichte der ie:

https://stichproben.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/p_stichproben/Artikel/Nummer18/Nr18_Christiansen.pdf

Inhaltsverzeichnis

TEIL I

1. Einleitung	7
Einführung ins Thema	7
Ursprünge und Weiterentwicklungen	9
Forschungsstand	11
Erkenntnisinteresse und Forschungsfrage	12
Feminismus und Queer-Feminismus	14
Methode und Material	19
Relevanz	19
Gliederung der Arbeit	20
2. Eine kurze Geschichte des Wachstums und der Wachstumskritik	21
Entwicklungstheorien als Wachstumstheorien?	23
Multiple Krise/Vielfachkrise	25
Queer-feministische Wachstumskritik	28
Thesen zu Wachstum	33
Alternative Wachstumstheorie: Grünes Wachstum	35
3. “Economics as if all people mattered“²	41
feministische Ökonomik	41
Ökofeminismus	43
Subsistenzperspektive	45
Vorsorgendes Wirtschaften	50
4-in-1-Perspektive	52
Capability Approach	54
Permakultur-Ökonomie	57
Commons	59
Soziale Reproduktion/Care-Arbeit	66
Zwischenfazit	74
4. Postwachstumdiskurse	75
Definitionen	76
Postwachstum als Utopie?	77

2 Untertitel eines Sammelbandes von Lourdes Benería, Günseli Berik und Maria S. Floro [Hrsg.] (2003): Gender, Development and Globalization: Economics As If All People Mattered

Akteur_innen	82
.. aber was ist mit dem globalen Süden?	83
Kritik an Postwachstum	85
Übergang	85
Ausblick	89
Zwischenfazit	90
TEIL II	
5. Methodik	92
Einleitung	92
Vorgehensweise	92
Lektüreleitende Fragen	92
6. Die Rolle queer-feministischer Perspektiven in Postwachstumstheorien	94
Matthias Schmelzer & Alexis Passadakis: Postwachstum, Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte	94
Barbara Muracas Grundpfeiler für eine Postwachstumsgesellschaft	101
Niko Paech: Umriss einer Postwachstumsökonomie	107
Giorgos Kallis: Degrowth	117
Unterschiede und Gemeinsamkeiten	124
7. Transformation	128
Ausblick	136
9. Literaturverzeichnis	138
10. Abstracts	143

erstes kapitel - einleitung

Einführung ins Thema

Degrowth, décroissance, decrescita, decrecimiento, decreixement, nemnövekedés
Wachstumsrücknahme, Postwachstum – ein und derselbe Begriff in verschiedenen Sprachen, der für ein und dieselbe Idee steht. Unter dem Motto *ein gutes Leben für alle - ganz ohne Wachstum* wird Wachstums- und Kapitalismuskritik geübt, werden Alternativmodelle zu auf Wachstum basierenden ökonomischen Systemen und Gesellschaftsformen formuliert und erprobt.

Postwachstum ist vor allem ein akademischer Diskurs, der sich allerdings auch aus der Praxis sozialer und Umwelt-Bewegungen speist. Entstanden im globalen Norden, besteht der Postwachstum-Diskurs jedoch nicht nur aus den Ideen von Theoretiker_innen und Bewegungen im globalen Norden, sondern ebenso aus akademischen wie nicht-akademischen Ideen und Ansätzen aus dem globalen Süden.

Die eine Seite von Postwachstum ist die Kritik am bestehenden System und die andere Seite das Experimentieren mit Neuem. Für beides braucht es jedoch zunächst eine Analyse. Die Bedeutung von Postwachstumstheorien liegt daher zum einen darin, dass sie die ökonomische und die sozial-ökologische Krise in Gestalt der Krise der Reproduktion, der Überakkumulation des Finanzkapitals, der Ernährungskrise, der Klimakrise wie auch der Krise generell der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, und der Krise der parlamentarischen Demokratie (vgl. Bader/Becker/Demirović/Dück 2011) erkennen und als solche benennen und zum anderen in der Formulierung von Alternativen.

Dabei sind Postwachstumstheorien keineswegs die einzigen solcher wachstumskritischer Ideen: A-Growth, Steady State, Ökosozialismus und Post-Development-Ansätze im Bereich der Entwicklungstheorien sind weitere. Dem gegenüber stehen alternative Wachstumstheorien, wie etwa Grünes Wachstum, das in den letzten Jahren besonders stark rezipiert und auch in der Mainstream-Ökonomie und auf der institutionellen Ebene internationaler Organisationen – wie der Europäischen Union, dem United Nations Environmental Program und der Weltbank – aufgegriffen worden ist (vgl. Bauriedl/Wichterich 2014: 7).

Postwachstum bedeutet auch eine Re-Politisierung von Umweltschutz und Umweltschutzbewegungen (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 9), die in den letzten Jahren und Jahrzehnten zunehmend entpolitisiert und technokratisiert worden sind. Ansätze einer Grünen Ökonomie und eines Grünen Wachstums sehen vor allem neue, grüne Technologien und Innovationen als Schlüssel zur Lösung der ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen. In

dieser Sichtweise wird etwa das Problem des Klimawandels auf die vermeintlich unpolitische Ebene von Technik und Innovationen verlagert, während die ökonomischen, ökologischen und sozialen Komponenten komplett außer Acht gelassen werden. Zusätzlich wird durch die Verlagerung der Verantwortung für Konsum und die gegenwärtige ressourcen- und emissionsintensive Produktions- und Wirtschaftsweise auf die individuelle Ebene der Konsument_innen die Verantwortung von Wirtschaft und Politik abgeschoben. Damit ist Grünes Wachstum letzten Endes herrschaftsstützend, oder wie Bauhardt/Wichterich es ausdrücken: „All dies dient jedoch nach wie vor dem Wachstum“ (Bauhardt/Wichterich 2014: 7) und muss in seinen Implikationen und Auswirkungen kritisch analysiert werden.

Ökonomisch bedeutet Postwachstum jedoch vor allem Schrumpfung – es ist also die Idee einer Wirtschaft und einer Gesellschaft *jenseits* von Wachstum. Es geht um die Lösung der gegenwärtigen ökonomischen, ökologischen und sozialen Krisen und um die Befriedigung bestehender Bedürfnisse anstelle der Schaffung zusätzlicher Bedürfnisse. Postwachstum versucht daher das sogenannte ‘gute Leben’ neu zu definieren und nimmt dabei Anleihen etwa an *Buen Vivir*, einem ursprünglich aus Lateinamerika stammendem Sammelbegriff für Ideen verschiedener Andenvölker, das als eine Alternative zu Entwicklung verstanden werden kann (vgl. Gudynas 2016: 262/263). Alle diese Ideen eint die Ablehnung sowohl von für alle Länder allgemeingültigen historisch linearen Entwicklungsstadien als auch die eines einheitlichen, allgemeingültigen Fortschrittsbegriffs und -konzepts und von materiellem Konsum als Basis für Wohlstand (vgl. Gudynas 2016: 263). Sie anerkennen und betonen die Existenz der Diversität von Wissen, wobei westliches Wissen nur ein Mosaiksteinchen unter vielen anderen Arten von Wissen darstellt (vgl. Gudynas 2016: 263). Die Diversität von Wissen zeigt sich auch innerhalb von *Buen Vivir*, denn „[i]m *Buen Vivir* fließt also Wissen verschiedenen Ursprungs zusammen, sodass man es nicht einfach als das ‘indigene’ Konzept bezeichnen kann“ (Gudynas 2016: 264).

Zu guter Letzt lehnen Ideen des *Buen Vivir* auch die Trennung von Natur und Gesellschaft ab (vgl. Gudynas 2016: 263). Für Eduardo Gudynas zeichnet dies daher *Buen Vivir* als eine nicht-essentialistische Perspektive aus, die sich auf den jeweiligen historischen, sozialen und Umweltkontext bezieht (vgl. Gudynas 2016: 264).

Letzten Endes bedeutet auch Postwachstum die Abkehr von einer linearen Vorstellung von Entwicklung als Fortschritt, Modernisierung, Industrialisierung und Technisierung und möchte damit zusammenhängend auch zu einer Neuverhandlung von Moderne und zur Etablierung anderer Vorstellungen von Moderne beitragen. Nicht zuletzt in diesem Aspekt zeigt sich die Relevanz von Postwachstum für eine kritische Entwicklungsforschung und zeigen sich auch die Verbindungen

zwischen Postwachstum und Post-Development. Beide stellen nämlich konkrete Alternativen zu herrschenden entwicklungspolitischen und ökonomischen Diskursen dar: Post-Development in seiner Funktion als Alternative zu Entwicklung, Postwachstum wiederum in seiner Rolle als Alternative zu Wachstum, und weitergedacht ebenfalls als Alternative zu Entwicklung. Mehr noch. Post-Development stellt sogar eine von zahlreichen Inspirationsquellen für Postwachstum dar (vgl. Kallis/March 2015: 360).

Eine weitere zentrale Gemeinsamkeit ist ihr Fokus auf die lokale Ebene. Beide Ansätze betonen die Bedeutung lokaler Strukturen und wollen daher lokale Gemeinschaften und Ökonomien stärken und damit möglichst autark sein. Kritiker_innen sehen darin allerdings auch Risiken und Gefahren: Sich selbst abschottende Gemeinschaften brächten nämlich oft die Gefahr von Autoritarismus, Abschottung und das Ausspielen des Eigenen gegen das Fremde mit sich (vgl. Kallis/March 2015: 364). Teile des Post-Development-Diskurses sehen ihre Alternative zu Entwicklung genau als diesen (Kultur-)Kampf des Eigenen, das gegen das von außen eindringende Fremde zu verteidigen ist. Dieser Aspekt muss daher bei Post-Development-Ansätzen stets kritisch mitgedacht werden.

Zusammengefasst beschäftigen sich Postwachstumstheorien und -ansätze daher mit so unterschiedlichen Themen wie Krisenphänomenen, Ernährungssouveränität, Konsum, Suffizienz und Subsistenz, Commons, Autonomie, Utopie, sozialen Bewegungen, Rohstoffabbau, Klimawandel, Demokratie, Güterketten und auch mit den giftigen Auswirkungen von Elektronikmüll. Was jedoch oftmals fehlt, ist die Beschäftigung mit Reproduktion und damit die Thematisierung von Geschlechterverhältnissen, und außerdem auch die Beschäftigung mit Rassismen. Ebenfalls größtenteils ausgespart wird die Frage nach dem konkreten emanzipatorischen Potenzial von Postwachstum. In dieser Arbeit sollen daher Geschlechterverhältnisse in Postwachstumstheorien bzw. deren Fehlen thematisiert werden.

Ursprünge und Weiterentwicklungen

Die Anfänge von Postwachstum liegen in den frühen 1970er Jahren in Frankreich, als der französische Begriff *décroissance* erstmals in der Diskussion aufgetaucht ist, eingebracht von einem der Mitbegründer der ökologischen Ökonomie, Nicholas Georgescu-Roegen und vom Philosophen André Gorz. Letzterer warf bereits 1972 eine Kernfrage heutiger Postwachstumstheorien auf: „Is the earth's balance, for which no-growth – or even degrowth – of material production is a necessary condition, compatible with the survival of the capitalist system?“ (Gorz 1972: iv in Kallis/Demaria/D'Alisa 2015: 1).

Die Anfänge der Postwachstumstheorien lassen sich damit geografisch vor allem in Frankreich verorten und haben sich „in den vergangenen zehn Jahren von Frankreich über Spanien und Italien in den angelsächsischen Raum ausgebreitet“ (Schmelzer 2015: 116). In diesen Ländern ist nicht nur eine akademische Debatte entstanden, sondern haben sich in den letzten Jahren auch Postwachstumsbewegungen und mancherorts sogar -parteien formiert. So beschäftigt sich beispielsweise die Partei Barcelona en Comú, die zurzeit in Barcelona regiert, auf ihrer lokalen Ebene mit Postwachstum.

Die Debatte ist schließlich auch in den deutschsprachigen Raum übergeschwappt und wird langsam auch im Osten Europas – also an den Peripherien des globalen Nordens – rezipiert, wie die letzte Postwachstumskonferenz in Budapest zeigt. Dennoch stellt sich die deutschsprachige Debatte anders dar: Hier dominieren akademische Stimmen, vereinzelt auch zivilgesellschaftliche Akteur_innen wie Attac oder diverse Umweltgruppen, die sich etwa für ein Ende des Kohleabbaus und damit verbunden auch für ein Ende von Kohlekraftwerken einsetzen (siehe *Ende Gelände*). Politische Parteien, die aktiv über Postwachstum nachdenken, gibt es hingegen nicht. Hier lassen sich dafür besonders anschaulich die Verbindungslinien zwischen Postwachstum und Bewegungen für Klima- und Umweltgerechtigkeit (*environmental justice*) beobachten. Viele Postwachstumstheoretiker_innen wie -praktiker_innen wie Matthias Schmelzer und Joan Martínez-Alier sehen das Potential für Allianzen zwischen Postwachstum und diesen Bewegungen für eine Ökonomie, die nicht mehr auf Ressourcenextraktivismus aufbaut. Der Historiker und Ökonom Matthias Schmelzer wirft in Hinblick darauf ein, dass weder Postwachstum ohne Klima- und Umweltgerechtigkeit, noch Klima- und Umweltgerechtigkeit ohne Postwachstum umgesetzt werden könne (vgl. Schmelzer 2017). Beide Bewegungen bräuchten einander daher, und besonders Postwachstum könne durch das Eingreifen in konkrete Aktionen der Klima- und Umweltgerechtigkeitsbewegung profitieren, um sich dadurch zu politisieren und zu verbreitern. Diese Verbreiterung sei notwendig, da in dieser Kooperation der beiden Bewegungen zwei sehr unterschiedliche Gruppen aufeinandertreffen: Postwachstumsanhänger_innen setzen sich in der Regel aus einer gebildeten weißen Mittelschicht des globalen Nordens zusammen, die, um mit Ulrich Brands und Markus Wissens Begriff zu sprechen, damit nicht zuletzt auch ihre eigene imperiale Lebensweise problematisiert (vgl. Schmelzer 2017). Akteur_innen der Klima- und Umweltgerechtigkeitsbewegungen gehören hingegen oftmals den marginalisiertesten Bevölkerungsgruppen an, die sich schlichtweg gegen den drohenden und unmittelbaren Verlust ihrer Lebensgrundlagen wehren (vgl. Schmelzer 2017).

Schmelzer argumentiert daher, dass das emanzipatorische Potenzial von Postwachstum mit der Einbeziehung von Forderungen der globalen Bewegung für Klima- und Umweltgerechtigkeit steht und fällt (vgl. Schmelzer 2017). Leider fehlt es in dieser Arbeit am dafür notwendigen Raum, um auch letztere explizit in die Analyse einzubeziehen, dazu wäre eine eigene Untersuchung des emanzipatorischen und queer-feministischen Potenzials von Klima- und Umweltgerechtigkeitsbewegungen nötig. So fließen diese – wo benötigt – zwar auch ein wenig in diese Masterarbeit ein, ohne dabei jedoch eigenen Raum bekommen zu können, weil dieser schlicht zu begrenzt ist.

Forschungsstand

Wie bereits erwähnt, stammen die ersten Arbeiten zu Postwachstum aus den frühen 1970er Jahren, richtig in Schwung gekommen ist die Debatte jedoch erst in den letzten Jahren. Seither sind einige Monographien und Sammelbände erschienen, die sich mit Postwachstum und seinen verschiedenen Theoriesträngen befassen.

2014 wurde schließlich ein erster Versuch unternommen, eine Art Sammlung der für Postwachstum zentralen Begriffe zu erstellen. Diese ist als Sammelband unter dem Titel *Degrowth. A Vocabulary for a new Era* erschienen und steht großteils in der Tradition der Postwachstumsdebatte der südeuropäischen Länder Frankreich, Spanien und Italien.

Das gestiegene Interesse an Postwachstum spiegeln auch die seit dem Jahr 2008 stattfindenden internationalen Degrowth-Konferenzen wieder. Feministische oder gar queer-feministische Ansätze in Richtung Postwachstum gibt es jedoch noch wenige. Beinahe ebenso wenig ist bisher zu feministischer Wachstumskritik gearbeitet worden. Hier besteht daher ebenfalls eine Leerstelle.

Die Politikwissenschaftlerin Christine Bauhardt, Professorin im Fachgebiet Gender und Globalisierung an der Humboldt Universität Berlin³, arbeitet in den letzten Jahren viel zu Geschlechterverhältnissen, Nachhaltigkeit und Alternativen zum Wachstum. Diese Schwerpunktsetzung zeigt sich auch in ihrer Etablierung des *Berlin Workshop on Degrowth and Gender*, einem akademischen Netzwerk und think tank, der sich mit feministischen Perspektiven auf Postwachstum beschäftigt⁴. Eine weitere Forscher_innengruppe, allerdings ohne explizit feministischen Anspruch, ist die bereits angesprochene *Research & Degrowth* in Barcelona, deren Mitglieder großteils auch an der Universität Autònoma de Barcelona lehren und forschen und sehr aktiv publizieren (unter anderem den bereits erwähnten Sammelband).

3 <http://www.agrar.hu-berlin.de/de/institut/departments/daoeggg>

4 <https://www.agrar.hu-berlin.de/de/institut/departments/daoeggg/Berlin%20Workshop%20on%20Degrowth%20and%20Gender>

Erkenntnisinteresse & Forschungsfrage

Postwachstum ist kein Monolith. Vielmehr gibt es innerhalb der Postwachstumsansätze unterschiedliche Stränge. Allein im deutschsprachigen Raum, dominiert von der Debatte in Deutschland, unterscheidet Matthias Schmelzer grob fünf Ansätze: den konservativen, den liberalen oder sozialreformerischen, den suffizienzorientierten, den kapitalismuskritischen und den feministischen, wenngleich letzterer erst im Entstehen begriffen ist (vgl. Schmelzer 2015: 118).

Hier lässt sich eine Forschungslücke entdecken: Postwachstumstheorien sind in ihrer heutigen Form neu, brandaktuell und heiß diskutiert – in akademischen wie aktivistischen und mancherorts sogar in politischen Kreisen, denn „Postwachstum ist eine Parole, ein einschlagender Begriff und eine neue soziale und intellektuelle Bewegung, deren anspruchsvolles Ziel die Erstellung einer Diagnose und einer Prognose über unsere Gesellschaft ist“ (Demaria/Schneider/Calsamiglia/Blanco/Domeneghini 2011: 161). So neu und aktuell wie Postwachstumstheorien sind, weisen sie jedoch auch Leerstellen auf, die es zu füllen gilt. Mich interessiert in diesem Kontext die Leerstelle eines emanzipatorischen, queer-feministischen Postwachstums-Ansatzes.

Geschlecht ist eine zentrale gesellschaftliche Kategorie, die jedoch von vielen Postwachstumstheoretiker_innen wie -aktivist_innen nach wie vor ausgeklammert wird. Dabei, so argumentieren seit neuestem der Wirtschaftshistoriker Matthias Schmelzer und die Kulturanthropologin Andrea Vetter, „werden viele der Argumente, die in den Postwachstumsdiskussionen im Vordergrund stehen, mindestens seit den 1970er Jahren in der feministischen Ökonomie, der feministischen Kapitalismuskritik sowie in der Subsistenzperspektive vorweggenommen“ (Schmelzer/Passadakis 2019: 156). Diese feministisch-ökonomischen Theorien werden in der Postwachstumsdebatte jedoch kaum bis gar nicht wahrgenommen, obwohl einige der selben Erkenntnisse sogar in einzelnen Ansätzen einzelner Autor_innen vorkommen, wie ich im zweiten Teil dieser Arbeit aufzeigen werde.

Diese Tatsache lässt sich wohl dadurch begründen, dass der Großteil der Vertreter_innen von Postwachstum aus der Ökonomik, der Ökologischen Ökonomik und den Umwelt- und Nachhaltigkeitswissenschaften kommt und aus diesem Grund wohl wenig bis gar keine Berührungspunkte mit feministischer Ökonomik hatte und auch bis heute keine hat.

Daher attestiert Bauhardt Postwachstum gar Geschlechterblindheit (vgl. Bauhardt 2013) und die Ökonomin Birgit Soete argumentiert für die Notwendigkeit, „die Analysekategorie Gender bei den neuen politischen Vorschlägen und Konzepten zu Postwachstum, Grünem Wachstum und einer Grünen Ökonomie zu berücksichtigen“ (Soete 2014: 153). Für Bauhardt „sind zentrale Forderungen

für eine Postwachstumsgesellschaft gar nicht zu realisieren, ohne die feministische Kritik und daraus abgeleitete Visionen zu berücksichtigen – oder vielmehr: Sollten diese Forderungen ohne Betrachtung ihrer geschlechtlichen Implikationen verfolgt werden, dann verstärken sie die hierarchische Geschlechterordnung“ (Bauhardt 2015: 38). Bauhardt macht dies insbesondere an Debatten zu Arbeitszeitverkürzung fest: Denn es reiche nicht, hier bloß die heute als Erwerbs- bzw. als Lohnarbeit geltende Arbeit in den Blick zu nehmen, „denn die Arbeitszeit in der Sozialen Reproduktion lässt sich nicht verkürzen“ (Bauhardt 2015: 38). Ihrer Meinung nach

„muss die Forderung aus einer feministischen Perspektive lauten: Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und Ausweitung der Arbeitszeit von Männern in der Sphäre unbezahlter Arbeit, damit die Verantwortungs- und Sorgearbeit für das Wohlergehen anderer Menschen nicht länger eine quasi exklusive Anforderung an Frauen ist“ (Bauhardt 2015: 38).

Gerade in Bezug auf Sorgearbeit, einem der zentralen Themen feministischer Ökonomie, schweigen die meisten Postwachstumsansätze. So schreibt auch die feministisch-ökologische Ökonomin Corinna Dengler, dass es „bisher kaum Konzepte, die sich explizit mit der Frage beschäftigen, wie unbezahlte Sorgearbeit in einer Postwachstumsgesellschaft organisiert sein könnte“ (Dengler 2019: 146/147) gibt.

Hier besteht demnach eine Forschungslücke, die es zu füllen gilt. Dies hat sich ein Netzwerk an Forscher_innen und Aktivist_innen mit dem Namen *Feminism(s) and Degrowth Alliance (FaDA)*, angestoßen von Teilen der Forscher_innengruppe *Research & Degrowth*, seit der letzten Degrowth-Konferenz im Sommer 2016 in Budapest zur Aufgabe gemacht. So stammt einer der ersten Beiträge zu dieser Debatte beispielsweise von der Ökonomin Bengi Akbulut, die 2017 einen kurzen Text mit dem Titel *Carework as Commons: Towards a Feminist Degrowth Agenda*⁵ verfasst hat und damit Denkanstöße zu einer sich noch sehr am Anfang befindlichen Perspektive liefern will.

Seither publizieren eine Handvoll Autor_innen zum Thema Feminismus und Postwachstum, darunter Corinna Dengler, Lisa Marie Seebacher und Barbara Muraca.

Beginnen feministische Ansätze langsam Einzug in Postwachstumstheorien zu halten, lässt sich dasselbe nicht über queere und queer-feministische Theorien sagen. Diese finden bislang noch kaum bis gar keine Berücksichtigung in Perspektiven sozial-ökologischer Transformation. Dennoch zeigt sich die steigende Relevanz unter anderem am gerade im Entstehen begriffenen Forschungsfeld der *Queer Ecologies*, und auch ich möchte mit dieser Arbeit auf die Relevanz queer-feministischer Perspektiven für sozial-ökologische Transformation hinweisen.

5 <https://www.degrowth.de/en/2017/02/carework-as-commons-towards-a-feminist-degrowth-agenda/>

Ausgehend nicht nur von dieser Leerstelle und damit der konkreten Notwendigkeit für eine queer-feministische Postwachstumstheorie, sondern auch von meinem persönlichen Interesse für das Aufzeigen von queer-feministischen Perspektiven für eine Postwachstumsgesellschaft und -ökonomie, lautet meine Forschungsfrage daher wie folgt: **Welche Rolle spielen queer-feministische Perspektiven für Postwachstumstheorien? Wie können sie einfließen?**

Für die Erforschung und Beantwortung dieser Fragen braucht es zunächst eine Bestandsaufnahme gegenwärtiger Postwachstumstheorien: Wie emanzipatorisch, feministisch, queer und utopisch sind Postwachstumstheorien bezüglich Geschlechterverhältnissen? Damit möchte ich nochmals auf konkrete Leerstellen hinweisen und schließlich auch aufzeigen, warum Postwachstum ohne die zentrale Berücksichtigung und Thematisierung von Geschlechterverhältnissen keine wahrhaft emanzipatorische und neue Transformationsperspektive sein kann. Ziel ist es schließlich, die besprochenen Leerstellen mit queer-feministischen und ökofeministischen Theorien zu füllen und Perspektiven für queer-feministische Postwachstumstheorien aufzuzeigen.

Feminismus und Queer-Feminismus

Für die Bearbeitung dieser Forschungsfrage braucht es auch eine Definition und Erläuterung von Feminismus und Queer-Feminismus, sowie eine Erklärung wie beides in dieser Arbeit verstanden wird. Dazu dient der folgende Abschnitt.

Feminismus ist nicht monolithisch und wird daher auf unterschiedliche Arten verstanden. So wie auch ökonomische Theorie kennt feministische Theorie unterschiedliche Varianten. Für all diese Varianten lässt sich jedoch grundsätzlich feststellen, dass sich feministische Theoriebildung für die Analyse von Geschlechterverhältnissen und die daraus folgende Kritik an frauenunterdrückenden und -diskriminierenden Macht und Herrschaftsformen interessiert (vgl. Klapeer 2007: 47).

Dieser Arbeit liegt ein intersektionales Feminismusverständnis zugrunde. Dieser Strang feministischen Denkens sieht mehrfache gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen und Rassismen, basierend auf unterschiedlichen sozialen Kategorien, wie etwa Geschlecht, Sexualität, race, Herkunft, Klasse, Religion, die in Wechselwirkung zueinander stehen.

Der Begriff der Intersektionalität entstammt einer Arbeit der afro-amerikanischen Juristin Kimberlé Crenshaw aus dem Jahr 1989, in der sie von der mehrfachen Unterdrückung afro-amerikanischer Frauen auf dem Arbeitsmarkt schrieb (vgl. Yuval-Davis 2009: 51). Diese „Vorstellung von der dreifachen Unterdrückung entsprach im Grunde der Behauptung, dass schwarze Frauen unter drei

verschiedenen Arten der Unterdrückung/Benachteiligung/Diskriminierung/Ausbeutung zu leiden hätten [...]. Sie werden als Schwarze, als Frauen und als Mitglieder der Arbeiterklasse unterdrückt“ (Yuval-Davis 2009: 52/53). Damit sollte der Begriff „verdeutlichen, dass schwarze Frauen in den USA Gewalt und Diskriminierungen ausgesetzt sind, in denen sowohl Rasse als auch Geschlecht eine Rolle spielen“ (Meyer/Purtschert 2010: 131).

Besonders anschaulich lassen sich diese ineinander wirkenden mehrfachen Unterdrückungsmechanismen wohl mithilfe des Gender Pay Gap betrachten, der jeweils unterschiedlich groß ausfällt, je nachdem, ob eine Frau weiße Staatsbürgerin oder nicht-weiße Migrantin ist.

Generell lässt sich also feststellen, dass eine Frau aus der ökonomischen und sozialen Unterschicht zweifach unterdrückt bzw. von Diskriminierung betroffen ist: einmal in Form von Sexismus aufgrund ihres Geschlechts und das zweite Mal in Form von Klassismus, da sie einer unteren Einkommenschicht angehört.

Eine Frau wiederum, die einer niedrigen ökonomischen und sozialen Schicht angehört und zusätzlich Migrationshintergrund hat, kann nochmals stärker von Unterdrückungsmechanismen betroffen sein: von Sexismus, Klassismus und Rassismus.

Dies bedeutet schließlich, dass sich die Diskriminierungs- und Unterdrückungserfahrungen von Frauen grundlegend unterscheiden, da nicht alle gleich stark davon betroffen sind. Theorie und Forschung zu Intersektionalität „richtet sich somit explizit gegen feministische Hegemonien. Sie zeigt auf, dass die feministische Theorie trotz ihres inklusiven Anspruchs von den Erfahrungen privilegierter weisser Mittelschichtsfrauen ausgeht, und die gesellschaftliche Situierung anderer Frauen dabei weitgehend unberücksichtigt bleibt.“ (Meyer/Purtschert 2010: 132).

Intersektionaler Feminismus ist daher eine Variante feministischer Theorie, die diese mehrfachen Unterdrückungsmechanismen als solche benennt und problematisiert. Intersektionaler Feminismus stellt fest, dass diese gemeinsam gesehen und analysiert werden müssen.

Somit ist eine für diese Arbeit passende intersektionale Feminismus-Definition etwa jene der afro-amerikanischen Feministin Barbara Smith sein, die Feminismus folgendermaßen definiert:

„Feminism is the political theory and practice to free all women: women of color, working-class women, poor women, physically challenged women, lesbians, old women, as well as white economically privileged heterosexual women. Anything less than this is not feminism, but merely female self-aggrandizement“ (Smith 1979 zitiert nach Kramarae/Treichler 1985: 159).

Auch die afro-amerikanische Autorin und Aktivistin bell hooks liefert eine relevante intersektionale Definition von Feminismus:

Feminismus „[i]s a commitment to eradicating the ideology of domination that permeates Western culture on various levels – sex, race, and class, to name a few – and a commitment to reorganizing U.S. society, so that the self-development of people can take precedence over imperialism, economic expansion, and material desires“ (bell hooks 1981: 194-195 zitiert nach Kramarae/Treichler 1985: 159).

Meyer/Purtschert sehen intersektionale Analysen als „diskurspolitische Interventionen gegen die versteckte Hegemonie von Theorien, die sich selbst als emanzipativ verstehen“ (2010: 134). Daher eignet sich gerade dieser Strang feministischen Denkens um Postwachstumstheorien, von denen sich einige, wenn nicht sogar alle, als emanzipatorisch begreifen, auf Leerstellen, aber auch Anknüpfungspunkte zu durchleuchten.

Eine weitere ganz grundlegende Aufgabe von Feminismus erwähnt außerdem Johanna Dohnal, die bereits verstorbene sozialdemokratische Politikerin und erste Frauenministerin Österreichs mit folgender bereits zu Beginn dieser Arbeit stehenden Aussage: *„Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‘weibliche Zukunft’. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“*

Zusammengefasst geht es also um den Zugang zu denselben Rechten und Möglichkeiten für alle Menschen, eine Absage an Imperialismus, Kolonialismus und ökonomische Expansion und eine Reorganisation der Gesellschaft, in der alle Menschen im globalen Norden wie im globalen Süden ein selbstbestimmtes Leben führen können. Intersektionaler Feminismus geht schließlich über weißen Vorstandsmitglieder-Feminismus hinaus, der Empowerment vor allem daran misst wie viele Frauen sich in die Chefetagen hochgekämpft haben. Feminismus gehört allen und ist für alle da: weiße Frauen, women of color, Frauen jeglicher ökonomischer, sozialer und gesellschaftlicher Stellung, jeglicher Herkunft, jeglicher Religion, mit jeglichem Körper, Frauen jeglicher sexueller Orientierungen und letzten Endes auch für jedes Geschlecht – was mich im Anschluss zu Queer-Feminismus bringt.

Aktuelle feministische und queere Theorie hängen eng miteinander zusammen, wie dies auch andere Autor_innen erkennen: „queer und feminismus sind für uns untrennbar miteinander

verbunden und bedeuten radikale Kritik an sexistischen Strukturen und Diskursen“ (Bretz/Lantsch 2013: 14).

Queer Theory ist Anfang der 1990er Jahre in den USA entstanden (vgl. Klapeer 2007: 57) und überdies zum Teil aus der *sex/gender*-Debatte der 1990er Jahre innerhalb feministischer Theorie gewachsen, die fragte, „was am Geschlecht ‘natürlich‘ und was sozial konstruiert sei“ (Klapeer 2007: 48).

Queer-feministische Theorie als eine Art der Weiterentwicklung von feministischer Theorie hinterfragt damit nicht nur die soziale Konstruktion von Geschlecht und weist damit auf das „soziale Gewordensein“ (Klapeer 2004: 47) von Männern und Frauen hin, sondern hinterfragt auch ganz grundsätzlich „die zweigeschlechtliche Organisation unserer Gesellschaften“ (Klapeer 2007: 47/48). Dies stellt eine spezifische Form des Sexismus dar, die als *Zweigenderung* bezeichnet wird, die vermeintlich ‘natürliche‘ Zweigeschlechtlichkeit und daraus folgende automatische Einteilung aller Menschen in zwei Geschlechter: Männer und Frauen (vgl. Bretz/Lantsch 2013: 16). Queere Theorie betont außerdem, „dass die Zweigeschlechtlichkeit und die normative gesellschaftliche Heterosexualität in komplexer Weise koexistieren, sich gegenseitig bedingen und stabilisieren“ (Klapeer 2007: 14).

Für das *trouble everyday collective* bedeutet *queer*

„die Ablehnung von Heterosexismus und Heteronormativität sowie der ontologischen Vorstellung, es gäbe eine Natur des Menschen jenseits von gesellschaftlichen Verhältnissen. Es geht dabei sowohl um eine Kritik an Zweigeschlechtlichkeit und dem System polarer Gegensätze (zum Beispiel schwarz – weiß, Mann – Frau, rational – irrational) als auch um das Aufzeigen der Geschichtlichkeit bestimmter Vorstellungen“ (*trouble everyday collective* 2017: 311).

Mit der Betonung des Begriffes *queer* geht es den Autor_innen darum, „hegemoniale Normalität zu hinterfragen, und um die Ausschlüsse, die damit notwendigerweise verknüpft sind. Und es geht darum, gesellschaftliche Diskriminierungs- und Ausbeutungsverhältnisse zu benennen, zu bekämpfen, zu überwinden“ (ebd.).

Geschlecht im Allgemeinen und die vermeintlich natürliche Zweigeschlechtlichkeit sind konstruiert und performativ – beides Erkenntnisse, die bereits seit den 1950er Jahren durch Studien aufgezeigt worden sind (vgl. Klapeer 2007: 50). Ende der 1970er Jahre verwendeten die beiden Soziologinnen Suzanne J. Kessler und Wendy McKenna erstmals explizit den Begriff der *social construction of gender* (vgl. ebd.).

Auch das performative Element von Geschlecht wird seither thematisiert und wurde Ende der 1980er Jahre mit dem Begriff des *doing gender* popularisiert. Demnach müssen Zweigeschlechtlichkeit wie auch Heteronormativität, obwohl beides stets gesellschaftlich automatisch zugeschrieben wird, fortlaufend im Alltag hergestellt und performt werden. Das heißt, beides muss stets unter Beweis gestellt werden (vgl. Klapeer 2007: 51).

Queer-Feminismus hat auch eine starke aktivistische Komponente. Theorie wird hierbei selten getrennt von Praxis gesehen. So argumentieren zwei Autor_innen: „queer-feminismus ist handeln gegen sexismus als interdependentes machverhältnis. widerstand gegen sexismus kann und will also nicht vom widerstand gegen rassismus, ableismus, klassismus oder dem machverhältnis, welches körperrnormen hervorbringt, getrennt werden“ (Bretz/Lantzsch 2013: 17).

Sexismus kennt viele weitere Formen, die allesamt eine bestimmte gesellschaftlich-hegemoniale scheinbare Normalität und Natürlichkeit vorgeben. Für eine queer-feministische Analyseperspektive halte ich es daher für wichtig, alle diese Sexismus-Formen zu kennen.

Neben der bereits erwähnten Zweigenderung, der Einteilung aller Menschen in genau zwei Geschlechter, werden in der Literatur noch Androgenderung, Heteragenderung, Cisgenderung, Reprogenderung und Kategorialgenderung erwähnt.

- *Androgenderung* bedeutet, „dass das ‘männliche‘ als das allgemein menschliche gesetzt wird. ‘männliche‘ erfahrungen und bedürfnisse werden über erfahrungen und bedürfnisse, die nicht als ‘männlich‘ gelabelt werden, priorisiert [...]. zugleich bilden diese erfahrungen und bedürfnisse die norm, nach denen gesellschaft handelt“ (Bretz/Lantzsch 2013: 15/16).
- Der Begriff *Heteragenderung* wiederum bezeichnet Heterosexualität als gesellschaftlich angenommene Norm (vgl. Bretz/Lantzsch 2013: 16)
- *Cisgenderung* „bezieht sich auf die vorstellung, geschlecht sei (‘biologisch‘) von geburt an festgelegt und nicht veränderbar“ (Bretz/Lantzsch 2013: 16).
- *Reprogenderung* bedeutet, „dass die soziale position frauisiert immer potentiell mit ‘mutter‘schaft assoziiert wird, familien als biologisch miteinander verbundene gemeinschaften verstanden werden und dies durch die gesetzgebung abgesichert wird. reprogenderung ist auch, wenn davon ausgegangen wird, dass ‘alle‘ in einer familiarisierten hetera_zweier_paarbeziehung leben wollen“ (Bretz/Lantzsch 2013: 16).
- Mit dem Begriff *Kategorialgenderung* ist gemeint, „wenn menschen nur dann als menschen gedacht werden können, wenn sie ein geschlecht haben bzw. geschlechtlich zugeordnet werden können. kategorialgenderung bedeutet auch, dass geschlecht ein wesentlich konstituierendes merkmahl von gesellschaft ist“ (Bretz/Lantzsch 2013: 15).

Mithilfe von intersektionalem Feminismus und Queer-Feminismus und deren erwähnten Vertreter_innen möchte ich im Laufe dieser Arbeit Leerstellen und Anknüpfungspunkte für einen queer-feministischen Postwachstumsansatz finden, der ohne Sexismen und andere Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismen auskommt und somit wahrhaft emanzipatorisch sein kann.

Methode und Material

In einem ersten Schritt werde ich die ausgewählten Texte kritisch lesen und mithilfe von Leitfragen untersuchen, um damit auf Leerstellen und Anknüpfungspunkten aufmerksam werden zu können. Im zweiten Schritt geht es schließlich darum, die Lücken in den bestehenden Postwachstumstheorien mit Theorien feministischer Ökonomie zu füllen bzw. zu ergänzen.

Um möglichst unterschiedliche Postwachstumsdiskurse abbilden zu können, möchte ich mir sowohl die am meisten rezipierten Theorien, als auch Theorien aus unterschiedlichen räumlichen Kontexten anschauen. Dazu zählen Niko Paech, Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis für eine sehr kapitalismuskritische deutschsprachige Debatte. Weiters halte ich Barbara Muracas Arbeiten zu Postwachstum für interessant und gerade für diese Forschungsfrage für wesentlich, ist sie doch eine der bekanntesten Autor_innen, die sich mit dem Thema Postwachstum beschäftigt.

Giorgos Kallis, Teil der bereits erwähnten Forscher_innengruppe *Research & Degrowth*, ist an seinen Publikationen gemessen wahrscheinlich die gegenwärtig aktivste Person, weshalb auch seine Ansätze Eingang in diese Arbeit finden sollen.

Relevanz

An dieser Stelle möchte ich auf die Relevanz dieser Arbeit zu sprechen kommen. Diese ist - wie auch mein Interesse an diesem Thema - dreierlei gegeben: wissenschaftlich, persönlich und politisch.

Wissenschaftlich geht es vor allem um das Füllen der bereits angesprochenen Leerstelle *Queer-Feminismus und Postwachstum* und in diesem Zusammenhang auch um ein Zusammenbringen queer-feministischer Ökonomie mit Postwachstumstheorien. Darüber hinaus steht die generelle Weiterentwicklung von Postwachstumstheorien im Fokus. Da dies noch ein recht neues Forschungsfeld darstellt, das seit den letzten Jahren rasant bespielt wurde, bestehen noch viele Möglichkeiten, neue und eigene Gedanken in die Debatte einzubringen. Als letzten Punkt möchte ich die Relevanz von Postwachstum für die Entwicklungsforschung aufzeigen.

Neben dem wissenschaftlichen Interesse besteht auch eine persönliche Relevanz. Hier geht es um den Wunsch nach und das Interesse an gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Veränderung und damit auch zentral darum, Handlungsspielräume in der Praxis auszuloten.

Darüber hinaus ist dieses Thema politisch relevant. Postwachstum ist schließlich nicht bloß ein wissenschaftliches Ideenkonstrukt, sondern ganz wesentlich auch ein neues politisches, ökonomisches und soziales Projekt. Jegliche Beschäftigung mit Postwachstum, egal ob wissenschaftlich oder aktivistisch, kann daher neue politische Denk- und Handlungsanstöße liefern.

Gliederung der Masterarbeit

Die Gliederung dieser Arbeit sieht folgendermaßen aus: Die Arbeit gliedert sich in zwei große Teile. Der erste Teil bildet die theoretische Annäherung an das Thema. Dazu gehört die obige Einführung in das Thema, die Auseinandersetzung mit der Geschichte und Gegenwart von Wachstumsdiskursen, die Darstellung der für diese Arbeit relevanten Theorien (queer-)feministischer Ökonomik und die Definition und Skizzierung von Postwachstum im Allgemeinen. Mit diesem ersten Teil möchte ich daher die Grundlagen für die Analyse im zweiten Teil schaffen.

Daran anschließend widmet sich der zweite Teil der Analyse und Kritik bestehender Postwachstumstheorien. Zu diesem zweiten Teil gehört daher die Erläuterung der Methodik, die ich für diese Analyse verwende, und die Analyse selbst. Hier frage ich gezielt danach wie emanzipatorisch, feministisch, queer und utopisch die ausgewählten Postwachstumsdiskurse bezüglich Geschlechterverhältnissen und Queer-Feminismus sind. Zu guter Letzt versuche ich ausgehend von meiner Analyse einige queer-feministische Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten zur Füllung dieser Leerstellen aufzuzeigen und dadurch das emanzipatorische, utopische und queer-feministische Potenzial von Postwachstumstheorien sichtbar zu machen.

z w e i t e s k a p i t e l - e i n e k u r z e g e s c h i c h t e v o n w a c h s t u m u n d w a c h s t u m s k r i t i k

Wachstumskritik ist keineswegs neu. Vielmehr ist es so, dass es ebenso lange wie Wachstumspolitiken verfolgt werden, auch Kritik an diesen gibt, da Wachstum zu keinem Zeitpunkt unumstritten war (vgl. Schmelzer/Passadakis 2011: 60). Wachstumspolitiken haben also von Beginn an immer auch Kritik nach sich gezogen. Zur Zeit der Anfänge der wachstumsbasierten Wirtschaftspolitik äußerte sich die Kritik vor allem als konservativ-bürgerliche Wachstumskritik, die um den Fortbestand der bürgerlichen, patriarchalen Familie fürchtete (vgl. Schmelzer/Passadakis 2011: 60-61). Eine erste Kritik an der Konsumgesellschaft hingegen äußerte bereits John K. Galbraith in seinem Bestseller *The Affluent Society* von 1958, in dem er konkret kritisierte, dass die Wirtschaft schon lange nicht mehr auf Bedürfnisbefriedigung, sondern im Gegenteil auf zusätzliche Bedürfnisschaffung abzielte (vgl. Schmelzer/Passadakis 2011: 61).

Die erste breitere Kritik an endlosem Wirtschaftswachstum kam 1972 mit der Veröffentlichung des Berichts *Limits to Growth* an den Club of Rome auf. Damit ging es erstmals um die Fragen ökologischer Grenzen und ihrer Unvereinbarkeit mit endlosem Wirtschaftswachstum auf einem endlichen Planeten. Im selben Jahr tauchte auch der französische Begriff *décroissance* erstmals auf, denn „erst die Diskussionen über ökologische Grenzen, die die Möglichkeit unendlichen Wachstums konkret infrage stellten, brachten Anfang der 1970er Jahre den Durchbruch zu einer breiteren gesellschaftlichen Diskussion über Wirtschaftswachstum“ (Schmelzer/Passadakis 2011: 61).

Auch heute hat „Wachstumskritik [...] wieder Konjunktur“ (Schmelzer/Passadakis 2011: 58), doch geben Schmelzer und Passadakis auch zu bedenken, dass nicht jede Wachstumskritik automatisch emanzipatorischen Charakter hat (vgl. ebd.). Dies lässt sich nicht nur an den unterschiedlichen Postwachstumsströmungen, sondern auch an einigen Post-Development-Ansätzen beobachten. In beiden Fällen halten sich emanzipatorischer Anspruch und Potenzial oftmals und gerade in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit in Grenzen, wie ich im Laufe dieser Arbeit noch herausarbeiten werde. So lässt sich feststellen: „Man könnte die Wachstumskritik als einen transgressiven Diskurs betrachten [...], der einen Kern zusammenhängender Aussagen besitzt, aber an seinen Rändern in alle politische Richtungen zerfasert“ (Powalla 2011: 85).

Grob können zwei unterschiedliche Arten gegenwärtiger Wachstumskritik unterschieden werden, „die oft gemeinsam auftreten und sich nicht gegenseitig ausschließen“ (Schmelzer/Passadakis 2011: 58/59). Diese sind soziale Wachstumskritik und ökologische Wachstumskritik, die zusammengenommen eine grundsätzliche Kapitalismuskritik ergeben (vgl. ebd.: 59). Oliver

Powalla fragt diesbezüglich nach: „Werden die soziale und die ökologische Frage gleichsam ernst genommen oder gegeneinander ausgespielt?“ (Powalla 2011: 85). Er merkt weiters an, dass die ökologischen Grenzen des Wachstums gesellschaftlich viel bekannter und präsenter seien als der Sinn für die sozialen Grenzen von Wachstum (vgl. Powalla 2011: 85). Der Fokus auf den einen oder anderen Aspekt unterscheidet sich dabei von Autor_in zu Autor_in.

Die ökologische Variante der Wachstumskritik fußt auf der Erkenntnis, dass unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten nicht möglich sei, denn: „Wirtschaftswachstum zerstört menschliche Lebensgrundlagen und kann nicht ökologisch nachhaltig gestaltet werden“ (Schmelzer/Vetter 2019: 19). Dies ist die zentrale Prämisse, auf der im Grunde alle Postwachstumsstränge basieren.

Ökologische Wachstumskritik formuliert somit Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung sowie Ressourcenverbrauch, wozu es auch immer mehr empirische Untersuchungen gibt (vgl. Schmelzer/Vetter 2019: 76). Sie weist damit auf

„ein grundlegendes Dilemma [...] [hin], das sich mittlerweile zunehmend auch im Alltagsbewusstsein festmacht und in fast allen anderen Wachstumskritiken ebenfalls eine Rolle spielt: Sollen die ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens nicht noch weiter zerstört werden, muss der Materialdurchfluss der Wirtschaft in den nächsten Jahren sehr schnell reduziert werden, was bei gleichzeitigem Wirtschaftswachstum nicht möglich ist“ (Schmelzer/Vetter 2019: 82).

Soziale Wachstumskritik formuliert ihre Wachstumskritik ausgehend von der Feststellung, dass Wirtschaftswachstum nicht automatisch zu gesteigerter Lebensqualität führe (vgl. Schmelzer/Passadakis 2011: 59), ganz im Gegenteil seien „die sozialen und ökologischen Kosten von Wachstum ab einem bestimmten individuellen und gesellschaftlichen Einkommensniveau höher [...] als die Vorteile“ (ebd.). Andere Autor_innen meinen sogar, „es gebe keinen kausalen Zusammenhang zwischen Wachstum und Wohlfahrt“ (Schmelzer/Passadakis 2011: 59) und wieder andere sind sogar der Ansicht, „Wachstum sei verantwortlich für eine sinkende Lebensqualität“ (ebd.). Letzteres lässt sich unter anderem durch die zentrale Bedeutung positionaler Güter für die Wachstumsökonomie erklären (vgl. D’Alisa/Demaria/Cattaneo 2013: 216). D’Alisa/Demaria/Cattaneo führen aus, dass diese aufgrund ihrer ungleichen Verteilung und des ungleichen Zugangs zu ihnen zu einem sozialen Ungleichgewicht beitragen, das durch ständig wachsenden Konsum ausgeglichen werden soll. Dies führt wiederum zu längeren Arbeitszeiten und erodiert soziale Beziehungen und soziale Kohäsion. Dadurch lassen sich nicht nur die schädlichen Auswirkungen eines Strebens nach immer mehr Wachstum zeigen, sondern auch die nach einer

Befriedigung der Grundbedürfnisse eintretende Entkopplung von steigendem BIP und steigendem gesamtgesellschaftlichem Wohlergehen (vgl. D'Alisa/Demaria/Cattaneo 2013: 16), die im Gegensatz zur Entkopplung von Materialverbrauch und Wachstum tatsächlich nachgewiesen werden kann.

Positionale Güter treiben den Wettbewerb zwischen Menschen um die besten und die neuesten Güter an, wobei sie einen Teufelskreis aufrecht erhalten, da es unmöglich ist, jegliches Streben nach diesen Gütern zu verwirklichen. Nicht zuletzt deshalb lässt sich feststellen: „Growth therefore will never produce ‘enough’ for everyone“ (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7), da dieses Streben nach positionalen Gütern ein unendliches ist und nie erreicht werden kann. Es kann daher auch niemals ein Zustand erreicht werden, in dem alle Menschen alle Güter besitzen können, die sie, angetrieben auch durch Werbung und Marketing, besitzen möchten. In dieser Hinsicht senkt Wachstum, das dadurch generiert wird, den gesellschaftlichen Wohlstand anstelle ihn zu steigern.

Diese beiden größten Bereichen der Wachstumskritik werden in den letzten Jahren durch weitere Arten der Wachstumskritik ergänzt und verstärkt, darunter kulturelle Wachstumskritik und eine beginnende feministische Wachstumskritik, auf die ich auf den nächsten Seiten noch ausführlich zu sprechen kommen werde.

Entwicklungstheorien als Wachstumstheorien?

Entwicklungsforschung beschäftigt sich grundlegend, aber keineswegs ausschließlich mit Entwicklungstheorien. Speziell seit den 1990er Jahren, zum Teil aber auch schon davor, kommt immer mehr Kritik an Entwicklungstheorien auf, die Entwicklung großteils auf Wirtschaftswachstum reduzieren. Die ersten Entwicklungstheorien der 1950er und 1960er Jahre entstanden im Gefolge von Dekolonisierung, Kaltem Krieg und der von US-Präsident Truman 1949 ausgerufenen Entwicklungseuphorie in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Das damalige wie heutige Ziel war dabei, das ökonomische Niveau Nordamerikas und Westeuropas zu erreichen (vgl. Fischer/Hödl/Parnreiter 2007: 14). Damit waren speziell diese ersten Entwicklungstheorien auch eine grundlegende theoretische wie praktische Strategie im Kalten Krieg, wie schon der Untertitel einer dieser Entwicklungstheorien, Walt Whitman Rostows linearem Stufenmodell, *A Non-Communist Manifesto*, anschaulich verdeutlicht. Aufgrund dieser einfachen Formel, anhand derer Entwicklung als wirtschaftliche Entwicklung und damit als Wirtschaftswachstum definiert wurde, sind viele der Theorien klassische Wachstumstheorien. Besonders die Modernisierungstheorien von Walt Whitman Rostow und Alex Inkeles stechen als Wachstumstheorien heraus. Ihnen gegenüber

stehen aber auch alternative Entwicklungstheorien und regelrechte Alternativen zu Entwicklung, wie Post-Development.

An Rostows Stufenmodell möchte ich diese Verbindung zwischen Entwicklung und Wachstum aufzeigen und damit die Relevanz von Postwachstumstheorien für die Entwicklungsforschung illustrieren.

In seiner Entwicklungstheorie entwarf Rostow 1960 fünf Stufen, die ein Land durchlaufen musste, um sich von einer traditionellen zu einer modernen Gesellschaft zu wandeln und damit im zuvor von ihm und anderen Theoretiker_innen festgelegten Zustand der Entwicklung anzukommen. Zu Beginn steht die traditionelle Gesellschaft, in der die spezifischen Bedingungen für den *take-off*, also den wirtschaftlichen Aufstieg, geschaffen werden müssen. Gelingt dieser, folgt die Entwicklung zum Reifestadium, an dessen Ende das Zeitalter des Massenkonsums steht (vgl. Rostow 1971: 5). Dieses ist folglich das Ziel jeglichen Entwicklungsstrebens.

Problematisch ist an dieser Stufentheorie nicht nur, dass ein historisch linearer Ablauf angenommen wird, das heißt, „historische Abläufe werden als Ausdruck eines ‘ehernen‘ Gesetzes gesehen“ (Kolland 2007: 89), sondern auch, dass der *take-off*, der die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes einläutet, von einer *deus ex machina* ausgelöst wird. An keiner Stelle wird erklärt, wie es zu diesem *take-off* kommt, es wird einfach angenommen, dass er passiert, sobald die richtigen Rahmenbedingungen gegeben sind. Diese sind hohe „Investitionsraten von mindestens zehn Prozent und hohe Wachstumsraten im industriellen Sektor“ (Kolland 2007: 88) - es bleibt jedoch unklar woher diese hohen Investitions- und Wachstumsraten kommen. Historisch klar ist nämlich, dass das wirtschaftliche Wachstum Westeuropas ohne Kolonialismus und Imperialismus nicht in diesem Maße möglich gewesen wäre. Wachstum fällt nicht vom Himmel, es entsteht auch nicht einem Vakuum, sondern benötigt bestimmte Rahmenbedingungen. Die Ausbeutung von Land und Rohstoffen, die Auslagerung umweltverschmutzender und schlecht bezahlter Wirtschaftstätigkeiten in andere Länder gehören und die Inwertsetzung bisher nicht auf dem Markt stattfindenden Tätigkeiten gehören neben vielen anderen zu den gegenwärtigen Rahmenbedingungen und Gründen, mit deren Hilfe gehofft wird, Wachstum noch eine Weile aufrecht erhalten zu können. Rostows Modell ist damit nicht nur historisch nicht haltbar, sondern auch äußerst ungenau gefasst. Auch das Endziel des Massenkonsums ist problematisch, wie ich bereits an meiner Auseinandersetzung mit positionalen Gütern gezeigt habe. Nicht zuletzt muss ein solcher Fortschrittsoptimismus und wirtschaftlicher Wachstumswunsch auch gesellschaftlich verankert sein. Dass Fortschritt und Entwicklung allerdings auch anderer Gestalt sein können, zeigen die Gegenpole zu diesen Modernisierungstheorien. Post-Development-Theorien sind dabei nicht nur

Gegenpole, sollen stellen, ähnlich wie Postwachstumstheorien Wachstum grundsätzlich ablehnen, ebenfalls grundsätzliche Ablehnungen von Entwicklung dar.

Weitere Gegenpole sind die Dependenztheorie und die Subsistenzperspektive, und so können beide auch Ansatzpunkte für Postwachstumstheorien bieten.

So wie die Dependenztheorie mithilfe ihres Zentrum-Peripherie-Modells feststellt, dass Entwicklung und Unterentwicklung simultan ablaufende Prozesse und damit „die zwei Gesichter der historischen Entwicklung des Kapitalismus“ (Kolland 2007: 93) sind, ist auch für Postwachstum klar, dass nicht alle Länder und Regionen der Welt gleich stark wachsen können. Denn akkumuliert wird in der Regel auf Kosten von etwas: Land, Menschen, Rohstoffen.

Auch die Subsistenzperspektive kann im weitesten Sinne ebenfalls als Entwicklungstheorie gefasst werden, wie auch als Teil feministischer Wachstums- und Kapitalismuskritik, wie ich in einem späteren Kapitel noch ausführen werde. Dementsprechend beschäftigen sich auch ihre Vertreter_innen mit der Frage nach Entwicklung beziehungsweise nachholender Entwicklung, Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen halten diesbezüglich etwa fest: „Inzwischen ist klar, daß eine solche ‚nachholende Entwicklung‘ für alle, einschließlich des ‚nachholenden Konsums‘, eine ökonomische und ökologische Unmöglichkeit ist“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 17).

Multiple Krise/Vielfachkrise

Bader/Becker/Demirović/Dück verwenden den Begriff der multiplen Krise bzw. der Vielfachkrise, um zu verdeutlichen, dass es sich bei der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus nicht nur um eine Wirtschafts- und Finanzkrise handelt, sondern um eine viel breitere Konstellation multipler Krisen: Krise der Energieproduktion, Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse, Dauerkrisen der sozialen Reproduktion, Krise der Nahrungsmittelversorgung und Krise der parlamentarischen Demokratie (vgl. 2011: 13). Sie verstehen unter dem Begriff daher „eine historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus“ (Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 13). Diese Krisenkonstellation der multiplen Krise sehen und analysieren sie „als eine Zuspitzung von Widersprüchen der globalen Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus“ (Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 13). Auch Postwachstum kennt eine spezifische Krisenerzählung. So stellen D’Alisa/Demaria/Kallis etwa fest: „From a degrowth perspective, the current economic crisis is the result of systemic limits to growth. It is not a cyclical crisis or fault in the credit system“ (D’Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7).

Auch Sybille Bauriedl und Christa Wichterich identifizieren drei zentrale Krisenzusammenhänge: die ökonomische Krise, die ökologische Krise und die Krise der sozialen Reproduktion (vgl. Bauriedl/Wichterich 2014: 2). Auch Christine Bauhardt sieht aus feministisch-ökonomischer Perspektive die Überproduktionskrise, die Bankenkrise, die Umweltkrise und die Krise der sozialen Reproduktion (vgl. Bauhardt 2015: 34).

Wie bereits andere Autor_innen gezeigt haben, ist der Kapitalismus inhärent krisenhaft. Die Bearbeitungsweise ändert sich jedoch von Krise zu Krise. So wurde etwa die Krise des Fordismus in den 1970er Jahren durch das Paradigma des Neoliberalismus bearbeitet, wodurch „jedoch selbst neue Widersprüche erzeugt [wurden], bereits vorhandene Widersprüche in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verstärkt und so eine neue gesamtgesellschaftliche Krisendynamik bewirkt“ (Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 13) wurden. Die Krise des Neoliberalismus wiederum wird durch eine Vertiefung desselben bearbeitet, womit die multiplen Krisen für die Ausweitung des Neoliberalismus genutzt werden (vgl. Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 14). Dies manifestiert sich gegenwärtig vor allem in der fortschreitenden Inwertsetzung von Natur, dem „neue[...][n] hegemoniale[...][n] Paradigma für ein Krisenmanagement“ (Bauriedl/Wichterich 2014: 7). das beispielsweise durch die Einführung von Biokraftstoffen anstelle von herkömmlichen Kraftstoffen und im Namen von Naturschutz Form annimmt. Letzteres bedeutet gerade im globalen Süden oftmals, dass die Lebensräume von Bevölkerungsgruppen privatisiert und in Nationalparks umgewandelt werden, um dort Ökotourismus anbieten zu können. Die Überakkumulation von Finanzkapital benötigt nämlich ständig neue Möglichkeiten der Verwertung, ansonsten kommt es erneut zu einer Überakkumulationskrise.

Für die Zwecke dieser Arbeit sind besonders zwei der erwähnten Krisenkomplexe von Bedeutung: zum einen die sozial-ökologische Krise, zum anderen die Dauerkrise der Reproduktion.

Unter dem Überbegriff der sozial-ökologischen Krise fassen Bader/Becker/Demirović/Dück verschiedene, meist zusammenhängende Krisenphänomene zusammen: Klimakrise, Energie- und Ressourcenkrise, Krise der bäuerlichen Landwirtschaft, Krise der Biodiversität, Ernährungskrise (vgl. 2011: 16). Sie sehen, wie andere Autor_innen auch, Natur und Gesellschaft als miteinander verbunden, und sprechen daher von „einer umfassenden Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ (Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 16). Um einzelne dieser Krisen zu bearbeiten, setzen die hegemonialen Krisenmanager_innen auf Maßnahmen, die lediglich auf die Bekämpfung ihrer Folgen abzielen, nicht aber auf die strukturellen Ursachen, und verschärfen damit, da alle miteinander in Zusammenhang stehen, wieder andere Krisenphänomene, „etwa wenn versucht wird, der Energiekrise durch die politische Förderung von Agrofuels entgegenzuwirken“

(Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 18). Damit werden weite Landstriche anstatt zur Nahrungsmittelproduktion für den Anbau von Agrartreibstoffen verwendet, wodurch Monokulturen die Böden zerstören, Kleinbäuer_innen enteignet werden, dadurch ihre Lebensgrundlagen verlieren und oftmals in großer Zahl ihr Glück in den Slums der Städte suchen.

Damit wird das „[d]as Krisenmanagement [...] selbst zu einem untrennbaren Bestandteil der Krisendynamik“ (Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 18) und wirkt oft sogar noch verstärkend (vgl. Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 24).

Nicht nur Biodiversität, Nahrungsmittelproduktion, Ressourcen und Klima befinden sich in der Krise, sondern auch deren Krisenmanagement ist krisenhaft. Keines der international ausverhandelten Abkommen etwa zum Klimaschutz vermag es, die Ursachen der Krise zu bekämpfen (vgl. Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 24), weil sie diese allesamt nicht erkennen und benennen. In diesem Zusammenhang meinen die Autor_innen: „Das Krisenmanagement der multiplen Krise stellt ein widersprüchliches Ineinandergreifen von Strategien der Bearbeitung und Nicht-Bearbeitung von Krisen, ihrer Thematisierung und Nicht-Thematisierung dar“ (Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 25).

Der seit der Krise des Fordismus von Statten gehende Abbau des Sozialstaates, in dessen Folge es zur Privatisierung sozialer Versorgung wie Absicherung und zum neueren Phänomen der Prekarisierung der Lohnarbeit kommt, führt zur Krise der Reproduktion (vgl. Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 19). Fürsorgearbeit wird zusehends kommodifiziert und wieder in die Verantwortung privater Haushalte verschoben, von wo sie oftmals weiter verschoben wird, wenn die Haushalte diese aufgrund von Prekarisierung nicht mehr leisten können. Damit wird ehemals unbezahlte Reproduktionsarbeit als Hausarbeit an – zumeist – prekär beschäftigte Migrant_innen verlagert – eine „klassen- und geschlechterspezifische Form der Krisenbearbeitung“ (Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 20), welche die Fürsorgekrise somit in andere Länder, beispielsweise nach Osteuropa oder in Länder des globalen Südens verlagert und keineswegs löst (vgl. Bader/Becker/Demirović/Dück 2011: 20).

Für die Ökonomin Adelheid Biesecker sind die sozialen und ökologischen Krisen außerdem Ausdruck des Widerspruchs, der sich aus der konstruierten Trennung in eine Sphäre des Produktiven und eine Sphäre des Reproduktiven ergibt (vgl. Biesecker 2011: 77). Nicht zuletzt aus diesem Grund müssen Geschlechterverhältnisse, die Wirtschaft wie Gesellschaft prägen, behandelt werden. Wachstumskritik aus einer dezidiert feministischen Perspektive kann hier Aufschluss bieten über mögliche Veränderungen.

Nicht zuletzt durch Bieseckers Arbeiten zu Vorsorgendem Wirtschaften und der Trennung von Produktivität und Reproduktivität wird der zentrale Zusammenhang zwischen sozialer und ökologischer Krise deutlich. Diese betonen die Künstlichkeit der durch die kapitalistische Wirtschafts- und Produktionsweise konstruierten Trennung zwischen Produktion und Reproduktion und sie argumentiert: „Herstellen geht mit Wiederherstellen, Produktion mit Reproduktion einher“ (Biesecker 2011: 80). Dies lässt sich sowohl für die Care-Ökonomie als auch für die gesellschaftlichen Naturverhältnisse feststellen.

Egan-Krieger et al. wundern sich hinsichtlich dieser mannigfaltigen Krisenerscheinungen über einen Mangel an Alternativen in der Diskussion, mehr noch, über einen Mangel an öffentlich diskutierten Utopien: „Doch herrscht tatsächlich ein Mangel an Utopie oder haben wir nur nicht gelernt, richtig hinzuschauen?“ (2011: 7)

queer-feministische Wachstumskritik?

Wie ich bereits versucht habe darzustellen, erfolgt Wachstumskritik aus vielen unterschiedlichen Sichtweisen heraus, einzig queer-feministische Wachstumskritik fehlt bislang großteils. Obwohl es sie durchaus gibt, wird sie in der Regel nicht als solche benannt. So üben beispielsweise Maria Mies, Vandana Shiva, Claudia von Werlhof und Veronika Bennholdt-Thomsen in ihren Arbeiten zu Subsistenz, Hausfrauisierung und Ökofeminismus durchaus Wachstumskritik aus feministischer Perspektive. Auch Christine Bauhardt tut dies und nennt ihre Kritik feministische Kapitalismuskritik. Sie hält außerdem fest, dass feministische Kapitalismuskritik grundsätzlich ebenso viele Strömungen umfasst wie feministische Ökonomie, „von institutionenökonomischen über marxistische und ökofeministische bis hin zu postmodernen Positionen“ (Bauhardt 2015: 34). Sie alle eint ihre Zugehörigkeit zur heterodoxen Ökonomik.

Queer-feministische Wachstumskritik findet sich als generelle queer-feministische Ökonomiekritik in einem Text des *trouble everyday collective* wieder. Diese Art der Ökonomiekritik „kommt aus dem Feminismus, aus marxistischer und feministischer Theorie, aus queerem Widerstand gegen Diskriminierung“ (trouble everyday collective 2017: 315).

In deren Zentrum findet sich „wie bei vielen sozialen Bewegungen die Frage: Wie kann die Gesellschaft so organisiert sein, dass sie ein gutes Leben für alle ermöglicht?“ (trouble everyday collective 2017: 308). Dies ist eine zentrale Gemeinsamkeit zu einigen Postwachstums-Ansätzen.

Der zentrale Schalthebel, um das zu erreichen, ist für sie die Überwindung der „kapitalistische[n] Produktionsweise in ihrer Verschränkung mit anderen Herrschaftsverhältnissen“ (trouble everyday collective 2017: 308).

Diese kapitalistische Produktionsweise basiert nicht nur auf der Trennung der Arbeiter_innen von den Produktionsmitteln, sondern zentral auch auf der Trennung von Produktions- und Reproduktionsarbeit (vgl. ebd.):

„Die Sphärentrennung ist fundamental wichtig für das Funktionieren des Kapitalismus: Reproduktive Arbeit dient dem Zweck, die Arbeitskraft der Menschen aufrechtzuerhalten. Diese sollen so für sich und ihre Familien sorgen, dass sie am nächsten Tag und langfristig wieder fit für die Lohnarbeit sind. Das Aufziehen von Kindern stellt sicher, dass auch zukünftig genug Arbeitskräfte vorhanden sind“ (trouble everyday collective 2017: 309).

Sie finden in ihrer Ökonomiekritik zwei Gründe für diese Trennung von produktiver und reproduktiver Arbeit: Zum einen soll „der Kostenfaktor der Aufrechterhaltung der Arbeitskraft [...] möglichst gering gehalten werden“ (trouble everyday collective 2017: 309), zum anderen lässt sich die meiste Reproduktionsarbeit auf dem Markt nur begrenzt automatisieren und ist auch nur begrenzt profitabel, „[d]eshalb ist es kosteneffizienter, wenn eine Gruppe von Menschen (meistens Frauen) diese Arbeiten kostenlos zu Hause oder sehr gering entlohnt verrichtet“ (ebd.: 309/310).

Diese Trennung von Arbeit ist außerdem eine vergeschlechtlichte Art der Arbeitsteilung, an der sich auch durch die wachsende Lohnarbeit von Frauen wenig geändert hat. Im Gegenteil, so stellen die Autor_innen fest, hat die Umverteilung von Reproduktionsarbeit nicht so sehr zwischen den Geschlechtern, sondern vielmehr zwischen Frauen stattgefunden (vgl. trouble everyday collective 2017: 310). Dies bedeutet, dass sich die Reproduktionsarbeit verschiebt, internationalisiert und mehr und mehr marktförmig wird, wenn auch meistens unter Hand schlecht bezahlt und damit prekär:

„Dienjenigen, die es sich leisten können, geben die anfallenden Arbeiten an migrierte und/oder rassistisch diskriminierte Arbeiterinnen weiter. Rassismus und restriktive Migrationsregimes liefern die Grundlage für deren Ausbeutung“ (trouble everyday collective 2017: 310).

Damit bedeutet queer-feministische Ökonomiekritik zentral die Problematisierung und Kritik an dieser vergeschlechtlichten Arbeitsteilung und der Trennung von Arbeit in Produktion und Reproduktion (trouble everyday collective 2017: 310), denn beides steht „einem guten Leben für alle im Wege“ (ebd.). So macht diese Art der Ökonomiekritik wie auch andere Arten linker Ökonomiekritik klar,

„dass ein gutes Leben für alle im Kapitalismus prinzipiell nicht möglich ist, weil menschliche Bedürfnisse hier nicht im Zentrum der Produktion stehen: Produziert wird, was Profit abwirft, und nicht, was Menschen brauchen oder sich wünschen. Bedürfnisse werden befriedigt, insofern dies notwendig ist, um die Arbeitskraft aufrechtzuerhalten – sie bleiben allerdings stets zweitrangig und werden auch nur selektiv bedient“ (ebd.).

Aus diesem Grund, so die Autor_innen sei es „in der politischen Praxis wichtig, Bedürfnisse ins Zentrum zu stellen und davon ausgehend eine Gesellschaft zu entwerfen, die einen Raum für deren Befriedigung bietet. An diesem Entwurf können sich Kämpfe im Hier und Jetzt ausrichten, denn politische Bewegungen, die dieses Ziel nicht vor Augen haben, können die gesellschaftliche Transformation nicht nachhaltig vorantreiben“ (trouble everyday collective 2017: 310).

Das Neudenken von Sorge- und Reproduktionsarbeit stellt daher für die Autor_innen ein Schlüsselement zur Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und zur Ermöglichung des guten Lebens für alle dar.

Queer-feministische Ökonomiekritik fordert daher:

„den Aufbau solidarischer und kollektiver Strukturen, die Sorge- und Reproduktionsarbeit vergesellschaften. Menschen sollen in der Sorge um ihr Leben nicht auf sich allein gestellt sein. Die Strukturen dafür gilt es im Hier und Jetzt aufzubauen und zu fordern, denn sie sind es, die den gesellschaftlichen Wandel vorantreiben“ (trouble everyday collective 2017: 311).

Dazu zählen sie „zum einen, den Zugang zu sozialen Infrastrukturen für alle zu ermöglichen, und zum anderen, sich im sozialen Nahfeld als Community zu begreifen und sich gegenseitig abzusichern“ (ebd.: 312).

Die Autor_innen sehen Parallelen zwischen Postwachstum und queer-feministischer Ökonomiekritik, welche im Laufe dieser Arbeit als Anknüpfungspunkte für einen queer-feministischen Postwachstums-Ansatz nützlich werden können.

Eine Parallele sehen sie etwa im gemeinsamen Ziel, nämlich der Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. trouble everyday collective 2017: 315). Eine weitere Parallele liegt für sie in „der geteilten Einsicht, dass Alltagspraktiken über das Bestehende hinausreichen sollten“ (ebd.). Damit meinen sie, dass bereits im heutigen Alltag queer-feministische und Postwachstumspraktiken ausprobiert werden können (vgl. ebd.), wie etwa „kollektiv zu wirtschaften, Sorgearbeit jenseits der Kleinfamilie zu verteilen und in Wohnprojekten zu leben“ (ebd.).

Eine dritte Parallele ist, dass beide davon überzeugt sind, dass bestehende Verhältnisse und Ordnungen immer verändert werden können (vgl. ebd.):

„Wirtschaftswachstum und ein an Profit orientiertes Wirtschaftssystem ist ebenso wenig naturnotwendig wie eine Aufteilung in genau zwei Geschlechter, die zudem gegensätzliche Charaktereigenschaften haben sollen. Heterosexuelles Begehren ist genauso wenig naturgegeben wie die Notwendigkeit, Menschen in Konkurrenz zueinander zu setzen“ (trouble everyday collective 2017: 315).

Neben diesen Gemeinsamkeiten identifizieren die Autor_innen jedoch auch Unterschiede, an die ebenfalls für eine queer-feministische Perspektive auf Postwachstum angeknüpft werden kann.

Dazu gehört etwa die Forderung mancher Postwachstumsautor_innen nach einer Rückbesinnung und Rückkehr zu früheren Lebensweisen und Lebensstilen (vgl. trouble everyday collective 2017: 315). Dies lehnen die Autor_innen ab, „denn frühere Lebensstile waren stark geprägt von Herrschaftsverhältnissen“ (ebd.).

Sie teilen auch keine grundsätzliche Wachstumskritik, „[d]enn Care- oder Sorgearbeit kann durchaus wachsen, in einem Maße, dass alle Care-Bedürfnisse befriedigt werden“ (trouble everyday collective 2017: 315).

Diese beiden Ansichten werden allerdings nur von bestimmten konservativen Wachstumssträngen formuliert und gehören keineswegs zur Postwachstumsdebatte als Ganzes. Somit richtet sich ihre Kritik nur an bestimmte Postwachstums-Autor_innen.

Als dritten Kritikpunkt äußern sie „ein grundsätzliches Unbehagen an der Schwerpunktsetzung von Degrowth“ (trouble everyday collective 2017: 317). Sie meinen, dass der Fokus von Postwachstum auf Wachstum zu eng ist und Postwachstum dadurch offen ist für andere wachstumskritische Bewegungen, die jedoch kein antikapitalistisches Grundverständnis haben, wie zum Beispiel Grünes Wachstum (vgl. ebd.).

Auch Bauhardt sieht die soziale Reproduktion als Ausgangspunkt feministischer Kapitalismuskritik (vgl. Bauhardt 2015: 33). Sie betont in diesem Zusammenhang jedoch besonders die Krise der sozialen Reproduktion. Darunter wird die mangelnde Versorgung mit sehr zeitintensiver, Effizienzbestrebungen zuwiderlaufender und nicht auslagerbarer Fürsorge verstanden (vgl. Bauhardt 2015: 34), deren komplette Inwertsetzung zwar grundsätzlich verfolgt wird, aber nie komplett umgesetzt werden kann. Diese Krisenerscheinung bedeutet schließlich, „dass über die Ausweitung der kapitalistischen Verwertungslogik auch die Versorgungsarbeit durch den ökonomischen Imperativ von Beschleunigung, Rationalisierung und Arbeitsintensivierung überformt wird“ (Bauhardt 2015: 34).

Damit steht auch für Bauhardt, neben vielen anderen Vertreter_innen feministischer Ökonomik, darunter auch der zuvor besprochenen queer-feministischen Ökonomiekritik, fest, dass der Kern einer feministischen Kapitalismus- wie Wachstumskritik den Blick vor allem auf die soziale Reproduktion richten muss. Sie wirft dabei die interessante und aufschlussreiche Frage auf: „Warum gilt nur die Verarbeitung von Natur als produktiv, nicht jedoch die Natur als solche?“ (Bauhardt 2015: 35).

Auch Bauriedl/Wichterich üben Wachstumskritik aus einer spezifisch feministischen Sichtweise, indem sie argumentieren, dass Wachstum nur durch die fortschreitende Inwertsetzung von Umwelt, Körpern und Raum aufrechterhalten werden kann.

Sie analysieren und kritisieren die „vorherrschende[...] emissionsintensive[...] Wirtschaftsweise“ (Bauriedl/Wichterich 2014: 7) und weisen auf die „Schnittstellen von fortschreitender Ökonomisierung, gesellschaftlichen Naturverhältnissen und Geschlecht“ (Bauriedl/Wichterich 2014: 4) hin.

Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen wiederum sehen den Wachstumszwang in der kapitalistischen Tauschwertproduktion begründet, die im Gegensatz zur Gebrauchswertproduktion auf Kapitalakkumulation abzielt anstelle auf die Befriedigung unmittelbarer, konkreter Bedürfnisse (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 62). Ihre Wachstumskritik entspringt daher sowohl einer feministischen Perspektive als auch aus der Subsistenzperspektive (u.a. 1997) und sie argumentieren:

„Mit der Einbeziehung der Subsistenz in die Analyse des Kapitalismus wurde es dann auch möglich zu erklären, warum in den hochentwickelten Industrieländern Frauenarbeit weniger wert ist als Männerarbeit und warum die Hoffnung der Dritten Welt auf ‚nachholende Entwicklung‘ genauso wenig erfüllt werden kann wie die Hoffnung der Frauen hier auf ‚Gleichstellung‘“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 15).

Ihre Kapitalismuskritik baut weiters auf sechs Thesen zum kapitalistischen Patriarchat auf. Damit zeigen sie auf, dass die gegenwärtige kapitalistische Wirtschaftsordnung ohne ihre beiden Elemente Patriarchat und Kapitalismus nicht möglich wäre.

Zentraler Teil dieser Thesen ist der Gedanke, dass grenzenloser Fortschritt und grenzenloses Wachstum „in einer begrenzten Welt immer nur *auf Kosten* von anderen erreicht werden“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 36) können. Damit kann auch Entwicklung, in der Regel definiert als Aufschließen zum Produktions- und Konsumniveau des globalen Nordens (vgl. Bennholdt-Thomsen 1997: 17), immer nur auf Kosten anderer erreicht werden.

Davon abgesehen könne grenzenloses Wachstum außerdem nur durch fortgesetzte ursprüngliche Akkumulation, also fortgesetzte Kapitalakkumulation durch die kontinuierliche Inbesitznahme immer neuer Kolonien, wie etwa Natur, Frauen, fremder Völker, Land, Kulturen, aufrechterhalten und damit fortgesetzt werden (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 36-37) – wie dies auch Bauriedl/Wichterich mit ihrer Schnittstelle zwischen Ökonomisierung, Natur und Geschlecht feststellen (vgl. Bauriedl/Wichterich 2014). Die Inbesitznahme erfolgt immer gewaltsam, wobei diese Gewalt keineswegs geschlechtsneutral ist (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 37). Patriarchale und damit hierarchische Geschlechterbeziehungen verschwinden mit Modernisierung und Industrialisierung nicht, sie sind im Gegenteil wichtig für eine auf Wachstum basierende Wirtschaftsordnung und müssten damit erhalten oder überhaupt erst geschaffen werden (vgl. ebd.: 37).

Die gegenwärtige Struktur der Ökonomie stellen sie schließlich anhand der Metapher eines Eisberges dar, dessen Spitze aus dem Wasser ragt und Kapital- wie Lohnarbeit symbolisiert, während die Unterwasserökonomie, auf der diese Spitze basiert, jene externalisierte Nicht-Lohnarbeit darstellt, die nicht ins BIP einfließt (vgl. ebd.: 37-38). Daraus ziehen sie folgenden Schluss: „Die *sichtbare* Ökonomie wird getragen und *subventioniert* von der unsichtbaren Ökonomie“ (ebd.: 38), wodurch in der sichtbaren Ökonomie Reichtum angehäuft werden kann, dessen Grundlagen in der unsichtbaren Ökonomie fehlen, da deren Erneuerungsfähigkeit Grenzen hat (vgl. ebd.: 39).

Thesen zu Wachstum

D'Alisa/Demaria/Kallis formulieren einige grundsätzliche Thesen zu Wachstum, die Postwachstums-Ansätzen zugrunde liegen.

1. *Wachstum ist unökonomisch, da es zumindest im globalen Norden kaum mehr zur Wohlstandsschaffung bzw. -steigerung beiträgt.*

Mehr noch: „Above a certain level of national income, it is equality and not growth that improves social well-being“ (Wilkinson and Pickett 2009 zitiert nach D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 6).

Stattdessen verursacht Wachstum sogar grundlegende gesundheitliche, psychische und ökologische Probleme und ein steigendes BIP, immer noch Gradmesser des Wohlstands und Wachstums eines Landes, kann auch die Beseitigung von Umweltschäden bedeuten, deren Kosten positiv ins BIP einfließen (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 6).

2. *Wachstum ist ungerecht (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 6).*

da in Wachstumsberechnungen ausschließlich sogenannte produktive Arbeit berücksichtigt wird, mit der Wachstum und damit Wohlstand oder auch Armut gemessen werden. Dabei wird übersehen, dass es die unbezahlte reproduktive Arbeit ist, die diese produktive Arbeit überhaupt erst ermöglicht. Diese reproduktive Arbeit liegt noch immer größtenteils in der Hand von Frauen und mittlerweile im Rahmen globaler *Care Chains* auch verstärkt in der Hand von Migrant_innen aus der globalen Peripherie. Deren Leistungen fließen nicht in die Berechnungen des Reichtums der Länder ein, obwohl dieser grundlegend auf diesen Reproduktionsleistungen basiert. Diese Berechnungen bilden daher mitnichten die gesamte, in einer Volkswirtschaft und Gesellschaft verrichtete Arbeit ab, wodurch reproduktive Arbeit, welche die sogenannte produktive Arbeit überhaupt erst möglich macht, unsichtbar gemacht wird. Zur Sichtbarmachung und Thematisierung dieser Tatsachen haben maßgeblich die feministische Ökonomie, aber auch ökofeministische Autor_innen beigetragen.

Wachstum ist aber auch in einem weiteren Sinn ungerecht, da sowohl Kosten als auch Nutzen sehr ungleich verteilt sind. Wachstum basiert nämlich nicht nur auf ungleicher Arbeit, sondern auch auf dem asymmetrischen Zugang zu Ressourcen sowohl zwischen Ländern des globalen Nordens und des globalen Südens, als auch innerhalb von Ländern (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 6). Die sogenannten *commodity frontiers* tragen die ökologischen und sozialen Kosten der Ressourcenextraktion jener Länder, deren Wachstum auf diesem Extraktivismus beruht. Martínez-Alier hat dafür anstelle des Begriffs der Externalisierung den Begriff der *cost-shifting successes* geprägt, der darauf anspielt, dass die Länder des globalen Nordens die Umweltschäden und gesellschaftliche Schäden, die durch ihre Aktivitäten entstehen, und damit deren Kosten, erfolgreich an andere Orte verlagern können (vgl. Martínez-Alier 2012).

Davon betroffen sind nicht allein Länder und Bevölkerungen des globalen Südens, sondern auch die Peripherien der Zentren, wie am Beispiel der *tar sands* in Regionen Kanadas, in denen vorwiegend *First Nations People* leben, deutlich wird. Auch diese tragen die Hauptlast des wachstumsgetriebenen Extraktivismus. Dies bringt die stetige Kommodifizierung von Natur wie auch von Care-Arbeit mit sich, da die kapitalistische Produktionsweise sich, wie bereits an anderer Stelle ausgeführt, immer neue 'Kolonien' - um mit dem ökofeministischen Vokabular zu sprechen - erschließen muss, um Kapitalakkumulation und damit ihren Fortbestand sicherstellen zu können und Akkumulationskrisen, wie etwa die Wirtschafts- und Finanzkrise der letzten Jahre, verhindern zu können. Treten dennoch Krisen auf, wird ebenfalls durch Ökonomisierung bislang noch nicht durchkapitalisierter Lebensbereiche versucht, diesen entgegenzuwirken.

3. Wachstum ist ökologisch nicht aufrecht zu erhalten (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7).

Ein steigendes BIP heizt auch CO₂-Emissionen an (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7), deshalb ist es fraglich, dass dieses Wachstum aufrecht erhalten werden kann ohne dabei die ökologischen Grenzen des Planeten zu sprengen. Es gibt heute kaum Beispiele für Länder mit steigendem BIP, das von steigendem Materialverbrauch entkoppelt ist. Selbst jene Länder, die dies ansatzweise zuwege bringen, schaffen es nur, weil sie verschmutzende Wirtschaftsaktivitäten in andere Länder verlagern (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7).

Die Autoren kritisieren an dieser Stelle auch Verfechter_innen einer vorgeblich materiell leichteren, da auf Dienstleistungen fußenden Ökonomie, da diese aufgrund der Benutzung und der Produktion notwendiger Utensilien, wie etwa Computer, sehr wohl viel Energie verbraucht und Ressourcenextraktivismus fördert (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7). Somit ist auch ein Wandel hin zu einer verstärkten Dienstleistungsintensiven Ökonomie keine Lösung.

4. Wachstum geht in den Ländern des globalen Nordens bereits seinem Ende entgegen. (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7).

Ein Grund dafür ist die Endlichkeit natürlicher Ressourcen, beispielsweise von Erdöl und Phosphor (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7). Peak Oil mag oder mag nicht erreicht sein, die Ersetzung von Erdöl durch andere, noch schädlichere Energieträger wie die Rückkehr zu Kohle oder die Erschließung von *tar sands*-Feldern ist jedenfalls keine Lösung für die sinkende Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen und schon gar nicht für den Klimawandel. Erneuerbare Energien können den heutigen Energieverbrauch nur zum Teil decken, aus diesem Grund bedeutet eine Umstellung auf Energiequellen aus erneuerbaren Quellen automatisch eine Schrumpfung des Ressourcenverbrauchs, also eine Schrumpfung von Produktion und Konsum, und damit Postwachstum (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7).

Alternative Wachstumstheorie: Grünes Wachstum

Eine wirtschaftspolitische Alternative, die auf sogenanntes nachhaltiges Wachstum setzt und daher eine alternative Wachstumstheorie und keine Alternative zum Wachstum bildet, nennt sich Grünes Wachstum. Sie fordert analog zum keynesianischen *New Deal* der 1930er Jahre in den USA einen *Green New Deal*. Diese Idee des Grünen Wachstums stützt sich auf die Annahme, dass technischer Fortschritt die Entkopplung von Wirtschaftswachstum, Ressourcenverbrauch und Emissionsausstoß ermöglichen kann – etwa durch effizientere, nachhaltigere Produktionsweisen (vgl. Soete 2014: 153). Dieser technische Fortschritt bringe schließlich auch einen ökologischen Strukturwandel (vgl. Soete 2014: 153) und damit die Möglichkeit der Zunahme von *green jobs* mit sich: „So können die

einzelnen Volkswirtschaften im internationalen Wettbewerb bestehen“ (Soete 2014: 153) und sowohl Nachhaltigkeits- als auch Wachstumsprediger_innen miteinander versöhnt werden.

Birgit Soete unterscheidet zwischen Grünem Wachstum und Grüner Ökonomie, wobei ein wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Konzepten darin besteht, dass in einer Grünen Ökonomie Wirtschaftswachstum nicht im Mittelpunkt des Ansatzes steht (Soete 2014: 153).

Definitionen einer Grünen Ökonomie sind von Konzeption zu Konzeption verschieden. Das *United Nations Environmental Programme* beispielsweise definiert sie folgendermaßen: „eine Wirtschaftsweise, die das menschliche Wohlbefinden erhöht, zu mehr sozialer Gerechtigkeit führt und gleichzeitig Umweltrisiken sowie ökologische Knappheit verringert“ (Soete 2014: 153).

Das Hauptziel des *Green New Deal* wiederum ist die ökologische und soziale Transformation der Wirtschaft (vgl. Bauhardt 2013: 15). Hier wie auch beim UNEP-Ansatz zur Grünen Ökonomie findet sich damit jeweils eine ökologische und eine soziale Dimension.

Zur ökologischen Transformation, die den eigentlichen Schwerpunkt des *Green New Deal* darstellt, gehören die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien und eine veränderte Verkehrspolitik (vgl. Bauhardt 2013: 15). Damit sollen Volkswirtschaften auch unabhängig vom Import fossiler Energieträger gemacht werden (vgl. Bauhardt 2013: 15). Während viel zu diesem ersten Aspekt, der ökologischen Transformation, zu lesen ist, wird auf die soziale Transformation vielerorts kaum eingegangen, womit auch dieses Gesamtkonzept unvollständig bleibt.

Eine weitere Gemeinsamkeit der beiden Konzepte stellt der Fokus auf technologische Innovationen, auf die Schaffung von Arbeitsplätzen in *green jobs* und auf Investitionen in die Erhaltung von Ökosystemdienstleistungen, dar (vgl. Soete 2014: 153). Damit geht es kritisch betrachtet in beiden Konzepten um die wechselseitige Ökologisierung der Ökonomie und Ökonomisierung von Natur (vgl. (Bauriedl/Wichterich 2014: 7). Wie bereits beschrieben, wird Natur dadurch zur Bearbeitung der vielfältigen Krisenerscheinungen verwendet. Dies geschieht etwa durch Freihandels- und Investitionsabkommen und Rohstoff- wie auch Klimapolitik. Politische Instrumente hierfür sind beispielsweise die Richtlinie zum Emissionshandel aus dem Jahr 2005 und die EU-Initiative zur Rohstoffsicherung aus dem Jahr 2011 (vgl. Bauriedl/Wichterich 2014: 7/8). Bauriedl/Wichterich sehen die Idee von Grünem Wachstum daher „als neues hegemoniales Paradigma für ein Krisenmanagement“ (2014: 7). Die EU-Kommission strebt beispielsweise mithilfe einer Grünen Ökonomie die Schaffung einer „competitive low-carbon economy“ an (Bauriedl/Wichterich: 7).

Das Konzept ist nicht zufällig seit den Jahren der Wirtschaftskrise entstanden und erstarkt und wird seither von verschiedenen supranationalen Organisationen (United Nations Environmental Programme, Weltbank, Europäischer Kommission) wie politischen Parteien aufgegriffen (vgl. Bauriedl/Wichterich 2014: 7; Bauhardt 2013: 12). Damit ist es mittlerweile im Mainstream der europäischen Ökonomie angekommen und wird vielerorts als möglicher „Weg[..] sowohl aus der Finanzkrise als auch aus der Energie- und Klimakrise“ (Bauriedl/Wichterich 2014: 7) präsentiert und aus eben diesem Grund auch gefördert.

Dabei kommt es sowohl bei Grüner Ökonomie als auch bei Grünem Wachstum zu einer Instrumentalisierung ehemals emanzipatorischer Ansätze und Begriffe wie alternativ, holistisch, Wandel, Empowerment und Transformation (vgl. Bauriedl/Wichterich 2014: 7).

Gerade der Green New Deal, in geringerem Maße auch die Grüne Ökonomie, dient letztlich der Fortsetzung des Wachstumsparadigmas. Selbst wenn nunmehr grünes Wachstum und damit qualitatives Wachstum im Vordergrund stehen sollten, stellt sich immer noch das Problem der Unvereinbarkeit eines endlichen Planeten mitsamt seiner endlichen Ressourcen mit der Idee unendlichen Wachstums, da auch mit einem solchen Grünen Wachstum immer noch Ressourcen extrahiert und verwendet werden, neue Märkte für Überschusskapital erschlossen und auf neue technologische Innovationen gesetzt werden soll, ohne die grundsätzlichen Strukturen, die dahinter stecken, zu hinterfragen.

Hinter der Idee qualitativen Wachstums steckt grundlegend auch die Idee der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch. Diese Annahme, auf der daher Grünes Wachstum basiert, ist jedoch vielfach durch Untersuchungen zu Entkopplung und den sogenannten Rebound-Effekt kritisiert und widerlegt worden. Der britische Ökonom Tim Jackson nennt dies gar den Mythos der Entkopplung, wobei zwischen relativer und absoluter Entkopplung unterschieden werden muss (vgl. Jackson 2013: 59). Erstere „bezeichnet eine Abnahme der ökologischen Intensität pro Einheit der Wirtschaftsleistung“ (Jackson 2013: 59). Damit ist sie durchaus ein erster Schritt in Richtung einer weniger emissions- und ressourcenintensiven Wirtschafts- und Lebensweise. Es geht dabei grundsätzlich um eine Steigerung der Effizienz bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Die Auswirkungen auf die Ressourcen nehmen hier also in Relation zum BIP ab, wobei sie im Gesamten gesehen zwar noch immer zunehmen können, dies allerdings zumindest langsamer als die Zunahme des BIP geschieht (vgl. Jackson 2013: 59).

Zwar lässt sich Jackson zufolge bereits seit den 1970er Jahren eine globale Abnahme der Energieintensität erkennen, dies gilt jedoch vor allem für die Länder des globalen Nordens (vgl.

Jackson 2013: 60). Diese verlagern seither im Zuge der Weltmarktliberalisierungen einen Großteil ihrer industriellen Produktion in die Peripherien des globalen Nordens und in Länder des globalen Südens und können daher diese Abnahme verzeichnen. Genau aus diesem Grund ist die Energieintensität in Ländern wie China, Griechenland, Türkei und Portugal sogar gestiegen (vgl. Jackson 2013: 61). Während die globale Energieintensität im Sinken begriffen ist, steigt die Kohlenstoffintensität, das heißt, die CO₂-Emission pro Energieeinheit, sogar leicht an (vgl. Jackson 2013: 62). Hier ist also keinerlei Art von Entkopplung auszumachen.

Tilman Santarius hält außerdem fest, dass eine solche relative Entkopplung für die Länder des globalen Nordens gar keine Option mehr darstellt, „[h]öchstens für die ärmsten Länder des globalen Südens, denen man einen gewissen Zuwachs von materiellem Wohlstand zusprechen möchte, ist die relative Entkoppelung von BIP und Ressourcenverbrauch weiterhin ein sinnvolles Ziel“ (2013^a).

Absolute Entkopplung wiederum bedeutet die Entkopplung vom BIP von Energieintensität, Emissionsintensität und Ressourcenverbrauch in absoluten Zahlen: „Nehmen die Auswirkungen auf die Ressourcen in absoluten Zahlen ab, spricht man von ‘absoluter Entkopplung‘“ (Jackson 2013: 59). Jackson zufolge benötigt es ebendiese absolute Entkopplung, um innerhalb der ökologischen Grenzen zu bleiben (vgl. Jackson 2013: 59).

Doch selbst die absolute Entkopplung weist einige Schwierigkeiten auf. Bisher gibt es etwa noch keine Hinweise darauf, dass es sie ohne den Rebound-Effekt als Begleiterscheinung geben kann.

Dieser beschreibt das Phänomen, dass effizientere Produkte nicht automatisch zu einer Abnahme von Konsum führen. Im Gegenteil, es wird festgestellt, dass Produktivitätssteigerungen in der Regel eine gestiegene Nachfrage und damit mehr Konsum bedingen (vgl. Santarius 2013^b).

So führen Effizienzsteigerungen bei Autos etwa dazu, dass der gesunkene Verbrauch von Benzin zu einem gesteigerten Gebrauch des Fahrzeugs führt. Der/die Besitzer_in braucht schließlich kein schlechtes Gewissen mehr zu haben, weil das Auto nunmehr einen geringeren Verbrauch hat. Weiters gibt es das Phänomen des *Greenwashing*. Dieses beschreibt die symbolische Umfärbung von einem umweltschädlichen zu einem umweltfreundlichen Produkt. Laut Santarius zeigen empirische Studien allerdings, „dass der Konsum ‚ethischer‘ Produkte dazu führen kann, dass KonsumentInnen es anschließend für gerechtfertigt halten, an anderer Stelle ‘unethisch’ zu konsumieren“ (Santarius 2013^b).

Ein Hybrid- oder Elektro-Auto, das erst durch einen bestimmten Energie- und Arbeitsaufwand überhaupt hergestellt werden kann, ist letztlich immer noch ein Produkt, dessen Produktion wie auch Gebrauch Emissionen ausstößt und Ressourcen verbraucht.

Effizienzsteigerungen führen daher gesamt gesehen wieder zu neuen Wachstumsschüben (vgl. Santarius 2013^b). Santarius geht daher sogar so weit zu sagen, dass Rebound-Effekte die Entkopplungsdebatte ohnehin obsolet machen (Santarius 2013^b):

„Die Tragfähigkeit der Biosphäre kann nur gewahrt – bzw. wiederhergestellt! – werden, wenn das Volkseinkommen aufhört weiter zu wachsen. Dann, in einer Wirtschaft ohne Wachstum, können Effizienz- und Konsistenzstrategien einen uneingeschränkt positiven Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten und ihre technisch möglichen Einsparungspotenziale realisieren. Nicht die Frage der Entkopplung, sondern die Frage, wie das Volkseinkommen stabil gehalten oder schrumpfen kann, ist daher die wichtigste und herausforderndste Frage unserer Zukunft“ (Santarius 2013^b).

Auch andere Autoren stellen fest: „Absolute reductions in energy and material [...] are unlikely to come through technological progress: the more technologically advanced and efficient an economy becomes, the more resources it consumes because resources get cheaper“ (D’Alisa/Demaria/Kallis 2015: 7)

Eine wahrhaft emissions- und ressourcenarme und damit Umwelt- und Klima-freundliche Wirtschafts- und Lebensweise lässt sich daher weder durch relative, noch durch absolute Entkopplung erreichen. Aus diesem Grund gibt es auch Ansätze zu einer Grünen Ökonomie – nicht aber hinsichtlich Grünen Wachstums –, die diese Möglichkeit der Entkopplung zentral anzweifeln und daher für die Ergänzung der Grünen Ökonomie durch eine Suffizienzstrategie eintreten, „die eine Änderung der Lebensstile, eine Reduzierung der Erwerbsarbeit, ein größeres Angebot an Kollektivgütern und eine materielle Bescheidenheit einschließt“ (Soete 2014: 153).

Letztendlich bedeuten sowohl eine Grüne Ökonomie als auch Grünes Wachstum nach dem Motto *nur was etwas kostet, ist auch etwas wert*, „Wertschätzung durch Marktintegration“ (Bauriedl/Wichterich 2014: 10). Aus diesem Grund werden etwa Regenwälder in Nationalparks umgewandelt und für Öko-Tourismus zugänglich gemacht, werden Zertifikate ausgegeben, Ökosystemdienstleistungen bewertet und gehandelt. Kurzum: Natur wird nicht nur zu einer verwertbaren, sondern auch zu einer handelbaren Ware. Umwelt- und Klimaschutz werden zu einem zentralen „Mittel kapitalistischer Verwertung und Akkumulation“ (Bauriedl/Wichterich 2014: 10). Hinzu kommen bereits bestehende Verwertungs- und Akkumulationspraktiken wie beispielsweise Spekulationen auf Ernteerträge in Abhängigkeit von klimatischen Einflüssen sowie die Spekulation auf Grundnahrungsmittel (vgl. Bauriedl/Wichterich 2014: 11). Bauriedl/Wichterich orten hier daher einen „Grundwiderspruch kapitalistischer Vergesellschaftung zwischen Versorgung und Profitmacherei“ (2014: 11).

Postwachstum ist daher auch eine grundlegende Kritik an Vorstellungen eines solchen Grünen Wachstums. Es gibt jedoch zumindest eine zentrale Gemeinsamkeit zwischen Postwachstumstheorien und Ansätzen zu Grünem Wachstum: die Leerstelle der Geschlechterblindheit. So sind etwa gesellschaftliche Minderheiten ungleich stärker von den Auswirkungen des Klimawandels und damit, auf einer höheren Ebene, stärker von den Auswirkungen von Wachstumspolitiken jeglicher Art betroffen. Auch Reproduktionsarbeit kommt in den bisherigen grünen Konzepten kaum bis gar nicht vor, ebenso wenig ist geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ein Thema (vgl. Soete 2014: 154).

Dabei gibt es sehr wohl auch andere Ansätze, die Ökologie, Ökonomie und Geschlecht vereinen, und von denen daher eine Auswahl im nächsten Kapitel vorgestellt wird.

d r i t t e s k a p i t e l - e c o n o m i c s a s i f a l l p e o p l e m a t t e r e d

feministische Ökonomik

Feministische Ökonomik ist der für diese Arbeit zentrale theoretische Ansatz, mit dessen Hilfe ich mich mit Postwachstumstheorien beschäftigen möchte.

So wie sich auch feministische Ökonomik mit den blinden Flecken der Mainstreamökonomie beschäftigt - *economics as if women* mattered*⁶ -, möchte ich erstere nutzen, um mich mit den blinden Flecken von Postwachstumstheorien auseinanderzusetzen.

Feministische Ökonomik ist im Kontext von Alternativen zu Wachstum und alternativen Wachstumstheorien zugleich nützlich, geht es ihren Vertreter_innen doch darum,

„den unbezahlten Teil der Ökonomie – sei es in Form von Haus- oder Subsistenzarbeit – sichtbar zu machen und als wesentlichen Wertschöpfungsprozess zu behandeln; die spezifische Situation von Frauen am Arbeitsmarkt als Arbeitnehmerinnen oder Unternehmerinnen ins Blickfeld zu bekommen; und die Geschlechterblindheit von ökonomischen Prozessen aufzudecken“ (Haidinger/Knittler 2014: 7).

Feministische Ökonomik ist so wie beispielsweise auch ökologische Ökonomik Teil der heterodoxen Ökonomik. Ihre Institutionalisierung und damit verbundene Professionalisierung in Forschung und Lehre erfolgte mit der Gründung der *International Association for Feminist Economics* im Jahr 1992 (vgl. Bauhardt/Çağlar 2010: 7). Der tatsächliche Beginn feministischer Ökonomiekritik lässt sich allerdings bereits im 18. Jahrhundert verorten (vgl. ebd.). Seither ist „[d]as Verdienst feministischer Ökonominnen [...], Blindstellen und geschlechtsspezifische Asymmetrien in der ökonomischen Theorie- und Modellbildung identifiziert und damit Ansatzpunkte für alternative Theorien, Modelle und Politiken herausgearbeitet zu haben“ (Bauhardt/Çağlar 2010: 8). Doch feministische Ökonomik ist auch vielgestaltig: So wie es feministische Theorie in Form von liberalem, marxistischen, postmodernen Feminismus (und vielen anderen) gibt, spiegelt sich auch in feministischer Ökonomik „nahezu das gesamte wirtschaftstheoretische Spektrum – von neoklassischen über institutionalistischen bis hin zu marxistischen Theorieansätzen“ (ebd.) wider.

Zentral ist jedenfalls auch das Bemühen feministischer Ökonomik, das sogenannte strategische Schweigen (vgl. Bauhardt/Çağlar 2010: 9) „zu brechen und die nicht-marktförmige Reproduktionsarbeit als zentralen Bestandteil der Ökonomie ins Zentrum von

6 siehe: Marilyn Waring: *If Women Counted* & E. F. Schumacher: *Small is Beautiful. Economics as if People Mattered*.

wirtschaftstheoretischen Diskussionen zu rücken“ (Bauhardt/Çağlar 2010: 9). Mit diesem Fokus sind feministische Ökonom_innen vor allem neoklassischen Ökonom_innen entgegengesetzt, da sie nicht nur Markttransaktionen als relevante Transaktionen betrachten, Reproduktionsarbeit und Produktionsarbeit in der Regel als einander bedingend sehen und letztlich auch den wesentlich von der Neoklassik als ökonomisch effizienten und stets rational handelnden, zumeist als Mann definierten Menschen in Zweifel ziehen (vgl. van Staveren 2010: 30).

Die bereits angesprochene feministische Kritik der Ökonomie beginnt also im 18. Jahrhundert mit ersten Versuchen zur Sichtbarmachung von unbezahlter, von Frauen erbrachter, gering bewerteter Haus- und Sorgearbeit (vgl. Bauhardt/Çağlar 2010: 7). Dieses Thema wurde ab den 1970er Jahren in der sogenannten Hausarbeitsdebatte durch feministische Marxist_innen verstärkt debattiert, eine wichtige Vertreterin war hierbei Mariarosa Dalla Costa (vgl. Bauhardt/Çağlar 2010: 9). Sie stellte zentral fest, dass Hausarbeit sehr wohl zur Mehrwertproduktion beitrage und damit nach klassisch ökonomischem Verständnis sehr wohl produktive Arbeit sei, da die männliche Lohnarbeit ohne die unbezahlte Arbeit der Frau nicht möglich sei (vgl. Bauhardt/Çağlar 2010: 10). Ohne dafür ebenfalls einen Lohn zu erhalten „werde ihre kapitalistische Ausbeutung verschleiert“ (Bauhardt/Çağlar 2010: 10).

Gleichzeitig übten diese feministischen Marxist_innen Kritik am Marxismus selbst, mit seinem Fokus auf die Produktion und Vernachlässigung der Reproduktion (vgl. trouble everyday collective 2017: 311).

Im Zuge dieser Debatte und darüber hinaus setzten sich die Vertreter_innen der Hausarbeitsdebatte das Ziel, die Ausbeutung von Frauen weiter sichtbar zu machen und forderten in weiterer Konsequenz einen Lohn für Hausarbeit (vgl. Bauhardt/Çağlar 2010: 10). Letztlich ging es ihnen auch um eine generelle Politisierung der Hausarbeit (vgl. trouble everyday collective 2017: 311).

Dass ein Lohn für Hausarbeit jedoch keineswegs automatisch zu Geschlechtergerechtigkeit, sondern vielmehr zur Ökonomisierung sozialer Reproduktionsarbeit, führt, wird heute in Form von Debatten zu *global care chains* und Care-Arbeit problematisiert. Diese beiden Themen werden daher als wichtiger Teil feministischer Ökonomik in diesem Kapitel behandelt werden.

Feministische Ökonomik geht neben diesen Themen auch auf die Frage nach Wachstum ein. So wird die in der Mainstreamdebatte oftmals vertretene Annahme, dass Wirtschaftswachstum automatisch zu einer Verringerung von Geschlechtergleichheit führt, unter feministischen Ökonom_innen großteils abgelehnt, wie Irene van Staveren zeigt (vgl. van Staveren 2010: 40).

Van Staveren nennt zwei Arten wie sich Geschlechterungleichheit auf Wachstum auswirkt: Zum einen ist sie ineffizient, zum anderen kann sie Wachstum ankurbeln (vgl. van Staveren 2010: 40-

42). Geschlechterungleichheit ist unter anderem insofern ineffizient, da Frauen dadurch oftmals von sogenannter produktiver Arbeit ausgeschlossen werden (van Staveren 2010: 40). Geschlechterungleichheit kann allerdings auch genutzt werden, um Wirtschaftswachstum zu generieren, zum Beispiel, wenn Frauen für dieselben Tätigkeiten niedrigere Löhne gezahlt werden als Männern und diese geschlechtsspezifische Lohngefälle von Ländern als Wettbewerbsvorteil genutzt wird (van Staveren 2010: 42).

Dennoch hat die Beschäftigung mit Geschlechterungleichheit gerade Hochkonjunktur. Viele internationale und regionale Organisationen reagieren auf die sogenannte Vielfachkrise mit verstärkten Maßnahmen zur Geschlechtergleichstellung, weil sie sich davon versprechen, „dass die Marktintegration von Frauen Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum von nationalen Ökonomien steigern würde“ (Bauriedl/Wichterich 2014: 8). Bisher exkludierte Bevölkerungsgruppen werden nunmehr als Humankapital gesehen, das genutzt werden muss, um wieder neues Wachstum und eine erneute Stärkung der bisherigen Verhältnisse zu erreichen. Auch diese Form kann feministische Ökonomie also annehmen: die der Instrumentalisierung. Die fehlende Inklusion von Frauen in wachstumsschaffenden Wertschöpfungsprozessen wird hier, etwa der Weltbank zufolge, als Wachstumshindernis gesehen (vgl. Bauriedl/Wichterich 2014: 8).

Ausgangspunkt einer jeden feministischen Transformationsperspektive ist zunächst eine feministisch-ökologische Analyse gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Kapitalismus, denn „[d]iese verbindet die ökologische Kritik an der Ausbeutung und Übernutzung natürlicher Ressourcen mit der feministischen Kritik an der Ausbeutung und gesellschaftlichen Aneignung der (unbezahlt oder unterbezahlt) geleisteten Arbeit von Frauen in der Sozialen Reproduktion“ (Bauhardt 2015: 35). Um diese Analyse wird es daher auf den folgenden Seiten gehen.

Ökofeminismus

Ökofeminismus ist in den 1970er und 1980er Jahren aus feministischen, Anti-Atomkraft-, Friedens- und ökologischen Bewegungen heraus und an ihrer Seite gewachsen (vgl. Mies/Shiva 1993: 13-14).

„Whenever women acted against ecological destruction or/and the threat of atomic annihilation, they immediately became aware of the connection between patriarchal violence against women, other people and nature, and that: In defying this patriarchy we are loyal to future generations and to life and this planet itself“ (Mies/Shiva 1993: 14).

Mary Mellor ergänzt dies durch die Feststellung, dass Ökofeminismus diese Strömungen gleichzeitig auch herausgefordert hat (vgl. Mellor 1997: 1): Sowohl feministische Strömungen der zweiten Welle als auch die wachsende Ökologiebewegung griffen zu kurz, weshalb Ökofeminist_innen versuchten, beides zu verbinden.

Ökofeminist_innen setzen sich nicht nur zentral mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen auseinander. Sie sehen auch einen grundlegenden Zusammenhang zwischen der Ausbeutung und Subordination der Natur und der Ausbeutung und strukturellen Unterdrückung von Frauen (Mellor 1997: 1; Bennholdt-Thomsen/Mies 1997). Aus diesem Grund machen sie ein doppeltes Herrschaftsverhältnis aus, das sich in der „Unterwerfung und Ausbeutung der Natur und der zur Natur erklärten Arbeit von Frauen“ (Bauhardt 2015: 35) äußert.

Laut Mellor geht es jedoch keineswegs darum, Frauen als grundsätzlich naturnäher darzustellen, „but rather that it is not possible to understand the ecologically destructive consequences of dominant trends in human development without understanding their gendered nature (Mellor 1997: vii). Für sie bedeutet Ökofeminismus daher die gemeinsame Analyse der Folgen von Fortschritt und Entwicklung für die Umwelt und der ungleich auf Frauen verteilten Verantwortung für Reproduktion (vgl. Mellor 1997: viii). Ungleichheiten zwischen Menschen drücken sich in dieser Sichtweise in der zerstörerischen Beziehung zwischen Menschen und ihrer Umwelt aus (vgl. ebd.). Mellor fokussiert sich daher in ihrer Arbeit stark auf Ungleichheiten und hier speziell auf geschlechtsbasierte Ungleichheiten, wobei sie auch betont, dass es genauso wichtig sei, auch Faktoren wie Klasse, Rassismus und Kolonialismus einzubeziehen (vgl. Mellor 1997: viii).

Verschiedene Autor_innen warnen daher vor einem im Ökofeminismus tief verwurzelten Essentialismus, der Frauen auf oftmals auf ihre Reproduktionsfähigkeit reduziert, sie damit als naturnäher und naturverbundener und aus diesem Grund als die besseren Naturschützer_innen darstellt (vgl. Mellor 1997: 2; Bauhardt 2015: 36). Die Gefahr eines unreflektierten, essentialisierenden Ökofeminismus besteht daher in der Naturalisierung von Frauen, die übersieht, dass Menschen, die dasselbe biologische und/oder soziale Geschlecht teilen, deshalb nicht automatisch auf dieselbe Weise von Unterdrückung betroffen sind.

Daraus wird deutlich, dass auch Ökofeminismus unterschiedliche Strömungen kennt, die sich in ihren jeweils spezifischen Ausformungen unterscheiden. Nicht zuletzt aus dieser essentialistischen Form des Ökofeminismus heraus lässt sich wohl auch erklären, dass sich ökofeministische Ansätze aktuell vor allem in Form der queer ecologies fortsetzen (vgl. Bauhardt 2015: 36). Dennoch stellen

für Bauhardt trotz der essentialistischen Fallen des Ökofeminismus diese Ansätze zentrale feministische Perspektiven zur Überwindung des Kapitalismus dar (vgl. Bauhardt 2015: 35).

Für eine Arbeit, die im Kontext der Entwicklungsforschung verfasst wird, stellt sich außerdem die Frage nach der Rolle des globalen Südens innerhalb des Ökofeminismus. Ist Ökofeminismus alleinige Sache des globalen Nordens?

Ähnlich wie im Fall der Postwachstumstheorien arbeiten und schreiben Autor_innen wie Aktivist_innen des Ökofeminismus zum Großteil aus dem globalen Norden. Einige der wichtigsten Autor_innen sind hierbei Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen, Claudia von Werlhof, Ariel Salleh und Mary Mellor. Vandana Shiva ist eine der wenigen Ausnahmen von Beiträgen aus dem globalen Süden.

Mellor unterscheidet Ökolog_innen in zwei Gruppen: Jene, die Anhänger_innen einer Grünen Ökonomie sind, weil sie für technologisch-innovative Lösungen für die ökologische Krise argumentieren und auf diese setzen, und jene, die der Meinung sind, Menschen müssten ihre Beziehung zur Umwelt ganz grundsätzlich überdenken. Erstere ordnet sie der light green bzw. shallow ecology zu, letztere der dark green bzw. deep ecology. In die zweite Kategorie gehören in der Regel auch Ökofeminist_innen (vgl. Mellor 1997: 1). Gleichzeitig ergänzen diese die Perspektiven der Ökologie durch ihren Fokus auf die Verwobenheit mit bestehenden Geschlechterverhältnissen, welche die Ökologie und ihre verschiedenen Bewegungen oft außer Acht lassen (vgl. Mellor 1997: 1).

Auf den folgenden Seiten möchte ich nun einige konkrete Beispiele aus der feministischen Ökonomie und dem Ökofeminismus vorstellen: das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens, wie es Adelheid Biesecker und das gleichnamige Netzwerk vertreten; Frigga Haugs 4-in-1-Perspektive, den Capability Approach von Amartya Sen und Martha Nussbaum, die Ideen von Starhawk für die Konzeption einer neuen Ökonomie, die Subsistenzperspektive aus Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsens Arbeiten, sowie einige Ansätze zu sozialer Reproduktion/Care-Arbeit und Commons.

Subsistenzperspektive

Der Subsistenzansatz entstand in den 1970er Jahren aus der Frauenforschung und der Entwicklungssoziologie heraus (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 16). Maria Mies, Veronika Bennholdt-Thomsen und Claudia von Werlhof waren maßgeblich an seiner Entwicklung beteiligt.

Sie führten zu dieser Zeit Feldforschungen in Mexiko, Venezuela und Indien durch und gewannen dadurch genau jene Einsichten, mit deren Hilfe sie den Subsistenzansatz prägten. Ihre Arbeiten lassen sich generell als Kapitalismuskritik aus feministischer Sicht und aus Sicht der Subsistenz sehen.

Entstanden ist er unter anderem aus der Erkenntnis heraus, dass die Ausbeutung der Subsistenzarbeit ähnlich wie die Ausbeutung der Natur von Statten geht (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 16), weil beides ohne monetäre Bezifferung als freies Gut gilt. Beides ist „angeblich kosten- und grenzenlos“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 16). Damit wurden in weiterer Folge durch diese Art der Naturalisierung nicht nur die Natur und die Länder des globalen Südens zu „Kolonien des Weißen Mannes“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 17) gemacht, sondern auch Frauen (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 17).

Die Autorinnen stellten außerdem fest, dass die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise zentral durch die Einteilung von Arbeit in Erwerbs- und Hausarbeit, öffentliche und private Arbeit, Produktions- und Reproduktionsarbeit und die Naturalisierung dieser Dichotomien ermöglicht wird (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 16-17).

Damit verbanden sie sowohl feministische Ansätze als auch die Beschäftigung mit den asymmetrischen Beziehungen zwischen globalem Norden und globalem Süden und Ansätze der Ökologiebewegung miteinander (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 17). Die Subsistenzperspektive stellt daher die Beschäftigung mit diesen drei miteinander zusammenhängenden Themen dar. Die Autorinnen sehen sie nicht zuletzt als möglichen Ansatz, um Patriarchat, Kolonialismus und Naturzerstörung – und damit die Voraussetzungen des Kapitalismus mitsamt seiner inhärenten Wachstumslogik – zu überwinden (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 27).

Der Subsistenzbegriff bezieht sich grundsätzlich auf die Produktion für den Eigenbedarf anstelle von Produktion für die Verwertung auf dem Markt. Bennholdt-Thomsen und Mies sehen den Begriff jedoch viel breiter: Ihnen geht es nicht bloß um ökonomische Selbstversorgung, sondern auch um andere Aspekte in Wirtschaft, Kultur, Sprache, Politik und Gesellschaft (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 25).

„Subsistenzproduktion – oder Lebensproduktion – umfaßt alle Arbeit, die bei der Herstellung und Erhaltung des unmittelbaren Lebens verausgabt wird und auch diesen Zweck hat. Damit steht der Begriff der Subsistenzproduktion im Gegensatz zur Waren- und Mehrwertproduktion“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 26).

Mit dieser Transformation ändert sich auch der Konsum. Insofern als die Befreiung vom Konsum auf dem Markt als neue Art der Freiheit gesehen wird, argumentieren Ökofeminist_innen in weiterer Folge dafür, diese Befreiung von Konsum nicht als „Verzicht, sondern als ‚Einforderung eines anspruchsvolleren, glücklicheren, gesünderen, heiteren Lebens‘“ (Bauhardt 2015: 36) zu sehen.

Obwohl Subsistenzproduktion in der Regel mit dem globalen Süden in Verbindung gebracht wird, liegt sie auch im globalen Norden nicht weit zurück, wie eine der Autorinnen schildert: „Bis nach dem Zweiten Weltkrieg waren die meisten Menschen in den Industrieländern sowohl auf dem Land als auch in den Städten in der einen oder anderen Weise mit Subsistenztätigkeiten beschäftigt“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 23). Den Autorinnen zufolge war „[d]ie Subsistenzorientierung der Lohnarbeiter [,] zwar einerseits *notwendig*, um die geringen Löhne aufzubessern, andererseits aber auch ein Stück Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, ein Stück Lebenslust, ein Stück Heimat in einer fremden und entfremdenden Industrieland“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 23). Dass es aber zugleich auch eine zusätzliche Last war, kommt bei Bennholdt-Thomsen und Mies nicht vor.

Die Bekämpfung der Subsistenz begann schließlich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, zeitgleich mit dem Entstehen der ersten Entwicklungstheorien (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 23). Die Politik des New Deal in den USA, gepaart mit dem fordistischen Akkumulationsregime und der daraus folgenden Expansion des Warenmarktes machte Subsistenzproduktion überflüssig (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 24). Dies läutete schließlich „eine rapide Kommodifizierung der Hausarbeit“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 24) ein. In dieser Zeit wurde Subsistenz als eine dem Fortschritt und der Moderne entgegenstehende Tätigkeit dargestellt. Entwicklungstheorien, die Modernisierung, Technisierung und Industrialisierung, also Prozesse, die wiederum allesamt auf Wirtschaftswachstum abzielten, vorsahen, propagierten ein solches System, das alles der Kapitalakkumulation unterordnete und Subsistenzproduktion als rückständige Praxis der Vergangenheit konstruierte. Heute lebt diese als unmodern diffamierte Subsistenzproduktion jedoch wieder auf: In Zeiten der ‘Krise’ legen Menschen in jenen europäischen Ländern, die besonders stark getroffen wurden, etwa Gemüseärten an, um sich, ihre Familien und Freund_innen selbst versorgen zu können, und auch in den weniger stark betroffenen Ländern des wirtschaftlichen Zentrums Europas stellen Urban Gardening, Reparaturcafés und Ähnliches als Trends Teil der neuen Lebensweise einer urbanen Mittelschicht dar.

Ganz verschwunden ist die Subsistenzproduktion ohnehin nie. Sie ist „im Gegenteil der dauernde Gegenpol *und* die Grundlage der modernen Industriegesellschaft und ihrer verallgemeinerten

Warenproduktion“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 26). Denn: *„Ohne Subsistenzproduktion keine Warenproduktion, ohne Warenproduktion aber sehr wohl Subsistenzproduktion“* (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 26).

Subsistenzproduktion findet demnach nicht nur im globalen Süden, sondern auch im globalen Norden statt: Hier *„wird die Subsistenzproduktion vor allem in der Form der unbezahlten Hausarbeit fortgesetzt“* (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 26), die überhaupt erst die Ausübung und Sicherung der bezahlten Lohnarbeit ermöglicht.

Aus diesen Gründen argumentieren Mies und Bennholdt-Thomsen:

„Wenn wir also heute von Subsistenzperspektive reden, dann ist das keine neue, voluntaristische Marotte, sondern knüpft an eine Geschichte an, die viele noch kennen. Wir wollen die Subsistenzorientierung von dem Makel befreien, den der Fortschrittsdiskurs ihr angehängt hat und der nun wie Pech an ihr klebt“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 24).

Die Autorinnen greifen dabei auch auf einen Subsistenzbegriff von Erika Märke (1986) zurück, den sie als positiven Subsistenzbegriff bezeichnen und der Kritik des negativen Subsistenzbegriffs entgegensetzen. Diese weitere Autorin sieht Subsistenz als *„die Eigenschaft der Selbständigkeit‘, des Durch-sich-selbst-Existierens“* (Märke 1986: 138f zitiert nach Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 27). Sie definiert drei Eigenschaften der Subsistenz: *„1. Eigenständigkeit im Sinne der Autonomie, 2. Selbstgenügsamkeit im Sinne eines Nicht-Expansionismus, 3. Aus-sich-selbst-Bestand-Haben im Sinne kultureller Identität“* (Märke 1986: 138f zitiert nach Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 27).

Für sie hat die Realisierung dieser neuen Subsistenzperspektive und mancherorts auch ihre Fortführung bereits begonnen: *„Sie hat angefangen bei denen, die nicht ‘entwickelt‘ werden wollen, die wissen, daß sie zwar den Preis für die Modernisierung zahlen, aber nie ihre Früchte ernten werden“* (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 28). Die Autorinnen sehen die Subsistenzperspektive nicht nur als etwas absolut Notwendiges, sondern auch als etwas absolut Umsetzbares an (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 28).

Kritik am Subsistenzansatz

Nicht nur der Ökofeminismus als Ganzes, sondern auch die Subsistenzperspektive zieht Kritik nach sich.

Einer der Hauptkritikpunkte, welche die Autorinnen selbst erwähnen, dreht sich um die als solche wahrgenommene Romantisierung des Landlebens und einer ländlichen, bäuerlichen Lebensweise gegenüber jener in der Stadt (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 19). Ein weiterer Punkt dreht

sich erneut um die Essentialisierung und Naturalisierung der Rolle von Frauen als (er-)nährende, mit der Natur verbundene Mütter (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 19).

Generell wird argumentiert, der Ansatz führe zurück in unbequemere Zeiten anstatt nach vorne und sei allein für wohlhabende Frauen überhaupt möglich, nicht aber für Frauen ohne entsprechendes soziales und ökonomisches Kapital (vgl. (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 19). Darüber hinaus sei er zu wenig politisch und strebe nicht nach gesamtgesellschaftlicher Veränderung (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 20). Gerade letzteres ist allerdings auch nicht Ziel der Autorinnen. Im Gegenteil meinen sie: „Die Veränderungen, um die es beim Subsistenzansatz geht, setzen weder eine politische Avantgarde voraus noch müssen sie warten, bis die Situation oder die Produktivkräfte ‘reif‘ sind. Sie können von jeder und jedem hier und heute sofort begonnen werden. Allerdings setzt dies eine andere Perspektive voraus“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 28). Diese andere Perspektive ist die Subsistenzperspektive.

Sie führen jedoch nicht aus, inwiefern der Subsistenzansatz nur Teil eines gesellschaftlichen und ökonomischen Wandels sein soll oder die Hauptveränderung. Damit bleibt zumindest dieser Aspekt des Ansatzes unscharf.

Subsistenzgesellschaft

Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen umreißen ihre Vision einer auf Subsistenz aufbauenden Wirtschaft und Gesellschaft mit einigen Eckpunkten. Dazu gehören die Etablierung einer Kreislaufwirtschaft in begrenzten Wirtschaftsräumen, ein neuer Arbeits- und Produktivitätsbegriff und die Wiederaneignung der Allmende (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997).

Eine nach Prinzipien der Subsistenz funktionierende Ökonomie kann nur „*in kleineren, regionalen, dezentral strukturierten Wirtschaftsräumen*“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 62) funktionieren, denn: „[n]ur in einer regionalen Ökonomie können Produktion und Konsum so verbunden werden, daß die Interessen von ProduzentInnen und KonsumentInnen identisch sind“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 62).

Die Subsistenzperspektive benötige außerdem einen neuen Arbeits- und Produktivitätsbegriff: Leben solle „nicht mehr Nebeneffekt unendlicher Geldvermehrung, sondern das Hauptziel des Arbeitens“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 63) sein. Fortan soll daher die Gebrauchswertproduktion (das heißt, die Subsistenzproduktion) anstelle der Tauschwertproduktion (der kapitalistischen Produktionsweise) im Vordergrund stehen. Zusätzlich sei die „Aufhebung der herrschenden hierarchischen geschlechtlichen und sozialen und kolonialen Arbeitsteilung [...] Grundvoraussetzung und Ergebnis einer subsistenzorientierten Wirtschaft“ (Bennholdt-

Thomsen/Mies 1997: 63). Eine Subsistenzgesellschaft strebt außerdem die grundsätzliche Aufwertung von Reproduktionsarbeit an, die gegenüber der Produktionsarbeit der wichtigere Beitrag zum Lebensunterhalt sein soll (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 63). Dies soll bei gleichzeitiger Aufwertung und, wie sie es nennen, ‘Wiederaneignung der Allmende’ geschehen, da Gemeinschaften dafür die Kontrolle über die Produktionsbedingungen und Ressourcen wie Land und Wasser benötigen (vgl. Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 164).

Es geht damit um eine grundlegende Ablehnung des bestehenden kapitalistisch-patriarchalen Entwicklungs-, Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells und keine bloße Reform desselben. Aus diesem Grund lehnen sie beispielsweise auch reformorientierte Ansätze wie Tauschökonomien ab, denn „[s]olche Tauschringe stören weder den zunehmenden Zugriff der Großkonzerne auf sämtliche Ressourcen noch die Ausbeutung der Frauen, der Dritten Welt und der Natur“ (Bennholdt-Thomsen/Mies 1997: 164).

Vorsorgendes Wirtschaften

Dieses Konzept wird seit den 1990er Jahren vom Netzwerk Vorsorgendes Wirtschaften rund um die Ökonomin Adelheid Biesecker entwickelt und vertreten⁷. Es beschreibt ein neues Modell des Wirtschaftens, welches ‘das Ganze der Arbeit’ und ‘das Ganze des Wirtschaftens’ in den Blick nimmt und dabei einen Perspektivenwechsel nicht nur von der Marktökonomie zur Care-Ökonomie vollzieht, sondern auch einen Perspektivenwechsel hin zu einer naturverträglichen Produktionsweise (vgl. Biesecker 2011: 77-79). Bei all dem steht die Zukunftsfähigkeit von Ökonomie und Gesellschaft im Mittelpunkt (vgl. Biesecker 2011: 75). Zentrale Frage hierbei ist: „Welche Märkte (auch: welche Finanzmärkte?) tun den Menschen und der Natur gut?“ (Biesecker 2011: 77).

Basis für dieses Konzept ist dabei eine grundsätzliche Wachstums- und Kapitalismuskritik: „Das kapitalistische System schafft seinen angeblichen Reichtum durch die Zerstörung der Reichtumsgrundlagen. Daher ist diese Ökonomie nicht zukunftsfähig, daher muss diese Art von Wachstum überwunden werden“ (Biesecker 2011: 75).

Das Konzept des vorsorgenden Wirtschaftens ist damit eine explizite Absage an kapitalistisch generiertes Wachstum. Mehr noch, so argumentiert Biesecker: „Die Frage nach Wachstum stellt sich nicht, wenn vorsorgend gewirtschaftet wird. Wachsen und Schrumpfen sind ganz unpassende Begriffe für eine Wirtschaftsweise, die ihre Aufgabe in der langfristigen Sicherung von Lebensprozessen der Menschen und der Natur sieht“ (Biesecker 2011: 82).

⁷ <http://www.imzuwi.org/index.php/imzuwissen/utopedia/98-infothek/utopedia/116-vorsorgendes-wirtschaften>

Das Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens stützt sich auf drei Handlungsprinzipien (vgl. Biesecker 2011: 78-79):

- Vorsorge statt Nachsorge
- Kooperation anstelle von Konkurrenz
- Orientierung am für das gute Leben Notwendigen

Mit Vorsorge ist gemeint, dass zukunftsfähig, also mit Bedacht auf zukünftige Generationen und daher umweltschonend gewirtschaftet werden soll anstatt sich von technischen Lösungen, die künftige wie heutige Umweltprobleme potenziell verringern können, abhängig zu machen (vgl. Biesecker 2011: 78).

Kooperatives Wirtschaften bedeutet, dass „im gemeinsamen Verständigungsprozess nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen gesucht wird“ (Biesecker 2011: 78), wobei diese Kooperation auf den Prozess und nicht auf ein Ziel gerichtet sein soll (vgl. Biesecker 2011: 78). Vorstellungen eines guten Lebens spielen hier abermals eine Rolle, wobei „[s]eine je konkrete Ausgestaltung [...] kulturell geprägt und daher vielfältig unterschiedlich [ist] und im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu bestimmt und durch gesellschaftliche Regelungen ermöglicht werden [muss]“ (Biesecker 2011: 79). Wie auch in anderen Theorien zum guten Leben ist es dabei „nicht allein monetär bestimmt“ (Biesecker 2011: 79).

Biesecker nimmt bei diesem Punkt Bezug auf Martha Nussbaums *Capability Ansatz*, der gutes Leben als ein Leben versteht, „in dem die Menschen in der Lage sind, ihre Fähigkeiten zur Gestaltung ihres eigenen Lebens zu entwickeln“ (Biesecker 2011: 79).

Diese Art des Wirtschaftens orientiert sich außerdem an anderen Prinzipien. Biesecker nennt insbesondere drei (vgl. Biesecker 2011: 80):

- sozial-ökologische Qualitäten von Produkten und Prozessen
- Suffizienz
- Geschlechtergerechtigkeit

Damit ist ihr Konzept ein zentraler Beitrag zu einer (öko-)feministischen Ökonomie.

Es sollen fortan nur solche Produkte hergestellt werden, „die der Fähigkeit der Natur zur Regeneration angepasst sind“ (Biesecker 2011: 81).

Das Prinzip der Geschlechtergerechtigkeit wiederum bedeutet, dass Abwertungen und Werthierarchien verschwinden müssen, da diese als hinderlich für die Entstehung des Neuen gesehen werden (vgl. Biesecker 2011: 81).

Suffizienz meint, konkrete Bedürfnisse neu festzulegen und Lebensformen ohne Konsumzwang zu ermöglichen (vgl. Biesecker 2011: 81). Diese Bedürfnisse müssen sich dabei an deren jeweiliger Naturverträglichkeit orientieren (vgl. Biesecker 2011: 81).

Vorsorgendes Wirtschaften trennt nicht in die bisherigen Kategorien Produktion und Reproduktion, sondern betrachtet diese als eine Einheit (vgl. Biescker 2011: 79). Diese Einheit wird durch die von Biesecker und Sabine Hofmeister entwickelte Kategorie der (Re)Produktivität ausgedrückt (vgl. Biesecker 2011: 79). Sie „umfasst die Produktivitäten aller Arbeitsprozesse einschließlich der Care-Arbeit sowie die Produktivität der ökologischen Natur und damit alle Prozesse des Herstellens und Wiederherstellens“ (Biesecker 2011: 79).

Biesecker stellt zentral fest: „Herstellen geht mit Wiederherstellen, Produktion mit Reproduktion einher“ (Biesecker 2011: 80). Nicht zuletzt daher ist die Trennung, auf der die kapitalistische Wirtschaftsweise beruht, eine zutiefst künstliche und auf Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Auch menschliche Produktion und Naturproduktion sind nicht voneinander loszulösen, da diese einander bedingen: „Menschliche Produktion als Prozess zwischen Mensch und Natur verändert auch die Natur selbst, stellt ein gesellschaftliches Naturprodukt mit her (z.B. verändertes Klima, vergifteten Boden, Kulturwälder)“ (Biesecker 2011: 79-80).

Zusammengefasst bedeutet vorsorgendes Wirtschaften daher erhaltendes und erneuerndes Wirtschaften (vgl. Biesecker 2011: 80). Das wirtschaftliche Handeln, das durch diese Perspektive entsteht, achtet ebenso auf die Bedürfnisse der heute lebenden Menschen wie auch der zukünftig lebenden Menschen und die Regenerationsprozesse der Natur (vgl. Biesecker 2011: 80). Aus diesem Grund müssen Produktionsprozesse, wie beispielsweise Land-, Forst- und Fischwirtschaft, an die Regenerationsfähigkeit der Natur angepasst werden (vgl. Biesecker 2011: 81-83). Dazu gehört außerdem, dass Entscheidungen über das Ganze der Ökonomie und das Ganze der Arbeit demokratisch getroffen und nicht mehr dem Markt überlassen werden sollen (vgl. Biesecker 2011: 82). Sie sollen stattdessen „von BürgerInnen in demokratischen Prozessen gefällt“ werden (Biesecker 2011: 82). Nicht zuletzt in diesem Punkt sieht Biesecker Parallelen zwischen ihrem Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens und der Postwachstumsdebatte (vgl. Biesecker 2011: 82).

4-in-1-Perspektive

Die marxistisch-feministische Soziologin und Psychologin Frigga Haug hat einen Ansatz entwickelt, der darauf abzielt, nicht nur vorhandene Arbeit anders, weil gerechter zu verteilen, sondern auch den Arbeitsbegriff neu zu definieren. Die Dichotomie von Produktions- und

Reproduktionsarbeit soll damit aufgehoben werden, es soll von einer Geringschätzung zu einer Wertschätzung von Reproduktionsarbeit kommen. Sie fasst den Arbeitsbegriff damit weiter als nur Produktionsarbeit, indem sie vier unterschiedliche Arten von menschlicher Tätigkeit, beziehungsweise vier Arten von Arbeiten, die auch die vier Dimensionen ihres Modells bilden, sieht. Diese sind: Erwerbsleben, Sorge um sich und andere, die eigene Entwicklung und die Politik. Sie sollen jeweils gleich gewichtet (vgl. Haug 2014: 33-34) und verknüpft werden:

„Funktion der Verknüpfung ist es, einen Kompass zu liefern, der für die unterschiedlichen Projekte auf einen Zusammenhang orientiert und in dieser Bündelung wahrhaft kritisch, ja revolutionär ist, während jedes für sich genommen langfristig reaktionär wird, weil es den Herrschaftsknoten nicht angreift, der das Ganze zusammenhält“ (Haug 2011).

Hintergrund für Haugs Modell bildet vor allem ihre Feststellung, dass immer noch eine Verteilungsungerechtigkeit und Geringschätzung von Reproduktionsarbeit gegenüber Produktionsarbeit besteht (vgl. Haug 2011; Haug 2014). Hinzu kommt der Verlust von Arbeitsplätzen durch anhaltende Produktivitätssteigerungen und Digitalisierung. Dieser Arbeitsplatzverlust betrübt sie jedoch nicht. Ganz im Gegenteil argumentiert sie, dass in Zeiten des Wegfallens von Arbeitsplätzen einerseits und der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder des globalen Südens andererseits ihrer Meinung nach keineswegs um den Erhalt dieser Arbeitsplätze, das heißt, den, wie sie es formuliert, reaktionären Kampf der Gewerkschaften um sie, gehen, sondern um die Ermöglichung von guter Arbeit und des guten Lebens für alle (vgl. 243). Außerdem gehe es auch nicht darum, „neue Arbeit aus dem Hut zu zaubern, sondern die vorhandene Arbeit gerecht zu verteilen“ (Haug 2014: 33).

Haug sieht sogar einen regelrechten Überfluss an Arbeit anstelle des ewigen Mantras der unsicheren und verschwindenden Arbeitsplätze. Sie argumentiert: „Der Schein von zu wenig Arbeit verdankt sich der offiziellen Nichtwahrnehmung der meisten notwendigen Tätigkeiten in der Gesellschaft, weil sie keinen Profit bringen“ (Haug 2011)

Eine zweite wichtige Basis für die 4-in-1-Perspektive bildet die Erkenntnis, „dass Geschlechterverhältnisse nicht bloß Zutat zu den Produktionsverhältnissen, sondern diesen selbst konstitutiv eingeschrieben [sind]“ (Haug 2011: 241). Sie sieht die geschichtliche Entwicklung als bestimmt durch zwei miteinander zusammenhängende Herrschaftsarten: „die Verfügung über Arbeitskraft in der Lebensmittelproduktion und die Verfügung der Männer über die Frauen in der Reproduktion. Dieses Zusammenspiel bewirkt, dass die Entwicklung der Menschen zugleich mit

der Zerstörung ihrer Grundlagen voranschreitet, gestützt und getragen durch Geschlechterverhältnisse“ (Haug 2011: 241). Die 4-in-1-Perspektive ist damit als neue feministische Perspektive auf Arbeitszeit zu verstehen.

Sie baut ihr Konzept schließlich auf der Hypothese eines 16-Stunden-Arbeitstages auf. Alle menschlichen Tätigkeiten müssten gleich verteilt werden, was für jeden Bereich vier Stunden ergibt.

Die *Erwerbsarbeit* wird in ihrem Modell auf vier Stunden verkürzt. Diese Verkürzung bedeute letztlich nicht nur eine Verschiebung und bessere Verteilung von Zeit auf andere Lebensbereiche und dass man sich nunmehr auf die Qualität der Arbeit und nicht mehr auf die Quantität der Arbeit konzentrieren können, sondern auch das Verschwinden prekärer Lebensweisen (vgl. Haug 2014: 33).

Reproduktionsarbeit bedeutet die Sorge um sich selbst und andere Menschen, geht aber über Haus- und Familienarbeit hinaus: „Eingeschlossen sind hier auch die Fragen der Kinder, der Alten, der Behinderten, der Kranken, aber auch der Freunde und Geliebten, bis hin zum verpflichtenden Verhältnis zur Natur“ (Haug 2014: 33). Niemand kann aus der Erwerbs- und niemand aus der Reproduktionsarbeit ausgeschlossen sein (vgl. Haug 2014: 33). „alle Menschen können und sollen hier ihre sozialen menschlichen Fähigkeiten entwickeln“ (ebd.).

Bezüglich des Bereichs der *eigenen Entwicklung* stellt sie fest: „Es sollte nicht mehr hingenommen werden, dass die einen viele Sprachen sprechen, tanzen, musizieren, dichten, malen und reisend sich weiter vervollkommen, während andere froh sein müssen, wenn sie überhaupt lesen und schreiben können“ (Haug 2014: 34). Alle Menschen sollten Zugang dazu haben.

Politik sollte von allen gestaltet werden, deshalb sollten auch alle Zeit haben, um mitgestalten zu können (vgl. Haug 2014: 34).

Capability Approach – Amartya Sen & Martha Nussbaum

Der *Capabilities Approach/Fähigkeitenansatz* wurde ursprünglich durch den Ökonomen und Philosophen Amartya Sen entwickelt und von der Philosophin Martha Nussbaum weiterentwickelt. Der *Human Development Index* der Vereinten Nationen basiert grundlegend auf Sens Arbeit. Er formuliert seinen *Capability Approach* aus der Überlegung heraus, dass Wachstums- und damit BIP-basierte Indikatoren alleine niemals menschliche Entwicklung abbilden können (Sen 2003). Damit argumentiert er gegen die Aussagekraft von Wirtschaftswachstum als Indikator der

Lebensqualität eines Landes und stattdessen für *capabilities* als Ausdruck dessen was Menschen in der Lage sind zu tun und zu sein (vgl. Nussbaum 2003: 33). So zeigen etwa Studien, dass es keine grundsätzliche Korrelation zwischen BIP/Kopf und menschlicher Entwicklung gibt (Sen 2003: 3), denn: „A country can be very rich in conventional economic terms [...] and still be very poor in the achieved quality of human life“ (Sen 2003: 4). Darüber hinaus bildet ein Indikator, der rein auf Wirtschaftswachstum fokussiert, auch nicht ab, inwiefern dieses Wirtschaftswachstum bestimmten Gruppen zugute kommt – oder eben auch nicht (vgl. Nussbaum 2003: 33). Nussbaum zufolge geht es Sen mit seinen *capabilities* außerdem, wie auch generell in seiner gesamten Arbeit, um Geschlechtergerechtigkeit (vgl. ebd.).

Auf Wachstum basierenden Indikatoren setzt er daher seine *Capabilities/Fähigkeiten/Befähigungen* entgegen, die beschreiben sollen was Menschen konkret in der Lage sind zu tun und zu sein (Sen 2003).

Im Rahmen dieses Ansatzes sieht er menschliches Leben „as a set of ‘doings and beings‘“ (Sen 2003: 4) und argumentiert für „seeing the quality of life in terms of valued activities and the capability to achieve these activities“ (ebd.). Eine solche Sichtweise auf Lebensqualität und menschliche Entwicklung hat nichts mit Einkommen, Wirtschaftswachstum und sonstigen rein ökonomischen Indikatoren zu tun. Sens *functionings*, das heißt, alles das, was Menschen in der Lage sind zu tun und zu sein, geben schließlich Aufschluss über Lebensqualität und menschliche Entwicklung.

Das Leben wird in bestimmte Funktionen aufgeteilt, die entweder der Gruppe der elementaren Funktionen oder der Gruppe der komplexen Funktionen zugeordnet werden können (vgl. Sen 2003: 5). Zu den elementaren Funktionen gehört zum Beispiel angemessene Ernährung, zu den komplexen Funktionen gehören zum Beispiel das Erreichen von Selbstachtung und die Partizipation im Gemeinschaftsleben (vgl. ebd.).

Die konkreten *Capabilities* wiederum setzen sich aus Kombinationen einzelner solcher *functionings* zusammen, die Menschen erreichen können (vgl. Sen 2003: 5). Damit ergibt sich eine Sichtweise von menschlichem Leben und menschlicher Entwicklung als Kombination unterschiedlicher *Capabilities*: „Capability reflects a person’s freedom to choose between different ways of living“ (ebd.).

Während Sen darüber hinaus keine genaue Festlegung bezüglich relevanter Fähigkeiten trifft, stellt Martha Nussbaum eine Liste von zehn sogenannten menschlichen Grundfähigkeiten, der *Central*

Human Capabilities, auf. Diese sind (Nussbaum 2003: 41/42). Diese zehn *capabilities* stellen für sie „central requirements of a life with dignity“ (Nussbaum 2003: 40) dar.

1. *Life* – bedeutet befähigt zu sein, eine normale menschliche Lebensspanne zu durchleben (vgl. ebd.: 41).
2. *Bodily Health* – die Möglichkeit einer guten Gesundheit zu haben. Dies beinhaltet reproduktive Gesundheit, ausreichende Ernährung und ein angemessenes Obdach (vgl. ebd.).
3. *Bodily Integrity* – körperliche Integrität, also in der Lage zu sein, sich frei bewegen zu können, vor Gewalt geschützt zu sein (inklusive Schutz vor sexuellen Übergriffen und häuslicher Gewalt), die Möglichkeit zur sexuellen Befriedigung und zur Wahlmöglichkeit in Bezug auf Reproduktion (vgl. ebd.).
4. *Senses, Imagination, and Thought* – die Fähigkeit zu denken, zu Vernunft und Vorstellungskraft, all das ermöglicht durch angemessene Bildung, und auch in der Lage zu sein, all das auch anwenden zu können (vgl. ebd.).
5. *Emotions* – Beziehungen zu anderen Dingen und Menschen aufbauen und pflegen zu können und dabei „[n]ot having one’s emotional development blighted by fear and anxiety“ (Nussbaum 2003: 41).
6. *Practical Reason* – praktische Vernunft, das heißt, „[b]eing able to form a conception of the good and to engage in critical reflection about the planning of one’s life“ (Nussbaum 2003: 41).
7. *Affiliation* – hier geht es zentral um Zugehörigkeit, nämlich einerseits Anschluss an andere Menschen finden und sich an sozialen Interaktionen beteiligen und sich in die Lage anderer versetzen zu können, und andererseits aber auch selbst mit Respekt behandelt zu werden. Dazu gehört zentral auch Nichtdiskriminierung aufgrund von race, Geschlecht, sexueller Orientierung, Ethnizität, Kaste, Religion und Herkunft (vgl. Nussbaum 2003: 41-42). Zur Sicherung dieser *capability* braucht es Institutionen, die solche Zugehörigkeiten ermöglichen und erhalten und gleichzeitig Versammlungsfreiheit und die Freiheit der politischen Rede ermöglichen und beschützen (vgl. ebd.).
8. *Other Species* – in der Lage zu sein, in einer Beziehung und mit Interesse zu anderen Spezies wie Tieren, Pflanzen etc. zu leben (vgl. Nussbaum 2003: 42).
9. *Play* – „Being able to laugh, to play, to enjoy recreational activities“ (Nussbaum 2003: 42).
10. *Control Over One’s Environment* – enthält zwei Aspekte: einen politischen und einen materiellen Aspekt. Der politische Aspekt beinhaltet in der Lage zu sein, an politischen Entscheidungen teilzuhaben, das Recht zur politischen Partizipation, Schutz der freien

Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit. Der materielle Aspekt wiederum beinhaltet in der Lage zu sein, Besitz und gleiche Eigentumsrechte wie andere zu haben, das Recht zu haben anhand derselben Grundlagen wie andere Arbeit suchen zu können, geschützt zu sein vor unbefugter Durchsuchung und Beschlagnahme, und auch am Arbeitsplatz in der Lage zu sein, bedeutungsvolle Beziehungen auf Augenhöhe mit Kolleg_innen eingehen zu können (vgl. ebd.).

Diese zehn grundlegenden *Capabilities* sind absichtlich recht allgemein, offen, überarbeit- und erweiterbar gehalten, damit Gesellschaften sie selbst in ihrer genauen Bedeutung und ihrem genauen Umfang gemäß ihrem jeweilig spezifischen historisch-kulturell-politischen Kontext definieren können (vgl. Nussbaum 2003: 40-42). Sie dienen sowohl der weiteren Forschung, für Vergleiche von Lebensstandards und zur Formulierung politischer Prinzipien (vgl. Nussbaum 2003: 40). Für sie bedeutet diese Liste an zehn *capabilities* einen „minimum account of social justice: a society that does not guarantee these to all its citizens, at some appropriate threshold level, falls short of being a fully just society, whatever its level of opulence“ (Nussbaum 2003: 40).

Für sie sind die *capabilities* außerdem – wie auch für Sen – für Geschlechtergerechtigkeit wichtig, da Befähigungen keinen Zufällen oder kulturellen Traditionen überlassen werden dürfen (vgl. Nussbaum 2003: 47): „To say that education for women, or adequate healthcare, is not justified just in case some nation believes that it is not justified seems like a capitulation to subjective preferences“ (ebd.). Sie will daher auch die Nützlichkeit des *Capability Approach* für Geschlechtergerechtigkeit aufzeigen (vgl. ebd.: 36).

Permakultur-Ökonomie

Konzeptionen von und Ideen für eine andere Ökonomie sind vielfältig. Besonders eindrücklich sind dabei die Überlegungen der Ökofeministin, Permakultur-Designerin, Aktivistin und Wicca starhawk. Ihr Modell ist insofern interessant, als dass sie durchgehend die Metapher der Permakultur verwendet und sich durch deren Prinzipien in ihrer Formulierung der einzelnen Elemente anleiten lässt und damit den gänzlich neuen Vorschlag macht, auch die Ökonomie aus dieser Sicht heraus zu betrachten. In ihren eigenen Worten: „I’m not an economist, which may be an advantage. Hazel Henderson claims that economics is a form of brain damage“ (starhawk 2003: 243).

Sie definiert eine zukünftig anzustrebende Ökonomie folgendermaßen:

„The job of the economy is to produce security and abundance for all, equably, efficiently, and sustainably, in a way that furthers human freedom and mutual solidarity, that

strengthens our bond to place, and that protects the interests of future generations“ (starhawk 2003: 242).

Auf den ersten Blick unterscheidet sich diese Definition wahrscheinlich nicht sonderlich stark von anderen (Mainstream-)Definitionen aller Art. Deshalb ist die Definition der einzelnen Bestandteile von obiger Begriffsdefinition wichtig.

Abundance, also Überfluss, ist ein zentraler Aspekt, den sie mehrfach betont. Sie definiert ihn folgendermaßen: „*Abundance* means we value pleasure and beauty as well as survival. *Abundance* is more than survival, it means bread and roses, enough resources to allow us to indulge our creativity and curiosity, time for play as well as for work“ (starhawk 2003: 243).

Sie nennt fünf Elemente zur Schaffung dieser Art des Überflusses, wie sie selbst ihn versteht: Erstens braucht es zukünftig *new inputs of energy*, nämlich in Form von erneuerbarer Energie sowie zweitens, *new inputs of materials and labor*, die ebenfalls erneuerbar sein sollen (vgl. starhawk 2003: 244). Drittens geht es um *recycling* im Sinne von Wiederverwendung und Mehrfachverwendung, denn „we could design our production processes so that every part of a product either can be reused or reprocessed or can decay naturally into fertilizer“ (starhawk 2003: 244). Viertens seien auch Kreativität und Innovation wichtig, denn: „Creativity is perhaps our only unlimited resource“ (starhawk 2003: 244). Das letzte Element stellt Effizienz dar, mit der sie meint, mit weniger mehr tun zu können (vgl. starhawk 2003: 245). Auch Permakultur verfolgt schließlich das Ziel verfolgt, dass jedes Element eines Systems möglichst mehr als nur eine Funktion erfüllen kann (vgl. starhawk 2003: 245). In diesem Sinne soll auch im zukünftig anzustrebenden ökonomischen System jedes Element mehrere Bedürfnisse und Funktionen erfüllen (vgl. starhawk 2003: 245).

Auch ihr Konzept fußt grundlegend auf Wachstumskritik: „The old economic model is based on the image of the frontier: there is always somewhere new to go, there are always new sources of materials and energy to explore and exploit“ (starhawk 2003: 245). Demgegenüber steht die Konzeption einer neuen Ökonomie, die auf Erneuerbarkeit, Kreativität und Effizienz basiert.

Dabei geht es für starhawk weniger um die Frage wie ein solches neues ökonomisches System aussehen könnte, sie fragt stattdessen lieber, „How can we best create conditions and open up spaces where that experimentation can take place? How do we buy time for it to unfold?“ (starhawk 2003: 256/257). Der erste Schritt sei es daher sowieso, zunächst einmal einen Raum zum Experimentieren zu schaffen (vgl. starhawk 2003: 242). Zwar gibt es diese Orte, Experimente und alternative Praxis bereits seit längerem, doch die Aufgabe sei es nun, diese sichtbarer zu machen -

„so that they pose a living challenge to the ethos of oil dependency and top-down control“ (starhawk 2003: 257).

Auch potenzielle Bewegungen für solche Veränderungen können ihrer Ansicht nach von den Prinzipien der Permakultur profitieren, denn „if we were to apply some of the principles of permaculture to the design of the movement, we might see that a movement is like an ecosystem. It needs the full spectrum of diversity“ (starhawk 2003: 257).

Letzten Endes komme es darauf an, unser Denken zu verändern: „We need to learn to see patterns, to think in terms of flows and connections rather than isolated objects, to plan for and design the connections rather than focus on the things they connect“ (starhawk 2003: 260).

Commons

Commons-based peer production

Die feministische Ökonomin und Historikerin Friederike Habermann hat einen Ansatz einer commons-basierten Wirtschafts- und Lebensweise entwickelt, den sie Ecommony nennt. Dieser basiert „statt auf strukturellem Gegeneinander auf struktureller Gemeinschaftlichkeit“ (Habermann 2016: 110) mit Care statt Profit als zentraler Logik dahinter (vgl. ebd.).

Diese commons-based peer production basiert auf einigen Prinzipien die großteils eng miteinander zusammenhängen: auf einer geldlosen Welt, Besitz statt Eigentum, auf Teilen und dem Gedanken des Sorgens für andere (Habermann 2016).

- **Besitz statt Eigentum**

Sie macht einen grundlegenden Unterschied zwischen Besitz und Eigentum aus, den sie dem deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch entnimmt: „Während das Verhältnis der Eigentümerin rein abstrakt ist und sich nicht zuletzt darauf bezieht, das Gut in eine Ware verwandeln zu können, ist der Besitzer jener, welcher das Gut braucht und gebraucht. Dies lässt sich am Beispiel einer Wohnung verdeutlichen: Der Mieter ist der Besitzer, die Vermieterin die Eigentümerin“ (Habermann 2016: 117). In diesem Verständnis hängt Besitz mit Nutzung zusammen: Der Mieter nutzt die Wohnung, also besitzt er sie.

Sie nennt zahlreiche Beispiele für eine solche Sichtweise, die sich in den Nutzungsverhältnissen indigener Gemeinschaften finden lassen:

„Da Besitzverhältnisse nur solange anerkannt sind, solange sie aktiv bestehen, konnte beispielsweise bei den Inuit ein auf Dauer ungenutztes Stück Flussufer von jemand anderem zum

Fischen genutzt werden, und damit in Besitz genommen werden. Zudem wurde ein solches Besitzrecht gebrochen durch das Recht eines anderen Menschen, sich ernähren zu können. Teilweise bestand auch die Verpflichtung, andere am Nutzen teilhaben zu lassen. So galt es bei den Yuroks, dass wer im Besitz eines Kanus war, dazu verpflichtet war, es auszuleihen oder auch, Reisende über den Fluss zu bringen“ (Habermann 2016: 118).

Sie bezieht sich darüber hinaus auf Commons und nennt einige Arten von Gütern, die Commons darstellen können, und führt aus, auf welche Weise diese anhand des Besitz-statt-Eigentum-Prinzips genutzt werden können. Dazu gehören sowohl nicht-rivale Güter wie Software, die durch Kopieren nicht weniger werden können und deren Nutzung dadurch auch für niemanden eingeschränkt wird, als auch klassische öffentliche Güter wie Straßen, Wasserversorgung und -entsorgung und öffentliche Verkehrsmittel, in deren Fall zwar „eine gewisse Rivalität im Konsum besteht“ (Habermann 2016: 118), die aber trotzdem nach diesem Prinzip genutzt werden können, denn „wer führe nur noch Bahn den ganzen Tag oder würde das Abwassersystem verstopfen, nur weil es umsonst ist?“ (ebd.: 118-119), fragt sie und gibt sogleich die Antwort: „Bedürfnisse sind relativ bald befriedigt“ (ebd.: 119).

Auch bei Gegenständen lasse sich dieses Prinzip anwenden: Sowohl bei Gegenständen, die seriell gemeinsam genutzt werden können, wie zum Beispiel Büchern, als auch dann, wenn es um wechselnde Nutzung geht, wie etwa im Fall von Werkzeugen (vgl. Habermann 2016: 119). Beides sind Beispiele für gemeinsame Nutzungen, wie sie überdies bereits praktiziert werden, in Form von offenen Bücherschränken und auch einfach in Form des Verborgens von Gegenständen im Freund_innen- und Bekanntenkreis, und in Form von Leihläden und offenen Werkstätten, um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Zu guter Letzt könnten selbst Lebensmittel, „um das wohl rivalste unter den *rivalen Gütern* zu nennen“ (Habermann 2016: 119), mit diesem Prinzip gefasst werden, beispielsweise über Foodsharing-Initiativen (vgl. ebd.: 119-120).

Dies sind nur einige Beispiele für Güter, die nach dem Besitz statt Eigentum-Prinzip genutzt werden können, denn im Grunde, so Commons-Vertreter_innen wie auch Habermann, sollten alle Güter Commons sein (vgl. Habermann 2016: 117).

- Teilen von Wissen, dh. sogenanntes skill-sharing (vgl. Habermann 2016: 120), „[w]obei Wissen sich bekanntlich vermehrt, ja vervielfacht durch Teilen“ (Habermann 2016: 120). Menschen können ihr Wissen, ihre Ressourcen und ihre Infrastrukturen miteinander teilen, mit dem Ziel der optimalen Ressourcennutzung ganz ohne Tauschlogik (vgl. ebd.).

Eine solche Art der gemeinsamen Ressourcennutzung komme ohne Konkurrenz aus, so Habermann, denn: „Wer sich nicht durch Elitebildung im Konkurrenzkampf behaupten muss, kann genießen, mit anderen zusammen hierdurch die eigenen Fähigkeiten noch besser nutzen zu können“ (ebd.).

- Beitragen statt Tauschen

Geteilt werden könne auch bei der Produktion, und zwar mittels „Austausch ohne Tauschlogik“ (Habermann 2016: 121). Damit meint Habermann, dass Produkte wie beispielsweise landwirtschaftliche Produkte in Form einer nichtkommerziellen Landwirtschaft ohne Gegenleistung abgegeben werden, denn es „wird in einer commonsbasierten Peerproduktion aus einem Bedürfnis heraus aktiv gehandelt; das muss nicht unbedingt Spaß an der Sache bedeuten, sondern es kann auch Verantwortungsgefühl sein“ (Habermann 2016: 121).

Dies würde in einer gesellschaftlich koordinierten Wirtschaftsweise geschehen, in der Bedürfnisse und Tätigkeiten etwa „internetgestützt koordiniert werden [könnten]“ (Habermann 2016: 122):

„Dann wird zwar nicht erst beim Aufstehen entschieden, was am Tag ansteht – aber welcher Unterschied zu einer Gesellschaft, die Menschen weitgehend schon nach der Grundschule, spätestens aber mit der beruflichen Ausbildung weitgehend darauf festlegt, womit sie in Zukunft überwiegend ihre Lebenszeit zu füllen haben“ (ebd.).

Dieses Prinzip des Beitragens statt Tauschen ließe sich außerdem auch auf Sorgearbeit anwenden, da, so Habermann, eine solche commons-basierte Peerproduktion keine Trennung mehr zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten kennen würde (vgl. Habermann 2016: 122).

- Freiwilligkeit/Freie Kooperation/Offenheit

Mit diesem Prinzip betont Habermann nochmals den Unterschied zwischen Beitragen und Tauschen, denn: „Freiwilligkeit ist das, was das Beitragen vom Tauschen unterscheidet. Dies geht nur mit der Offenheit des Zugangs von Ressourcen, sonst wäre keine Freiwilligkeit gegeben“ (Habermann 2016: 123).

- Statt Profit: Care

Sorgetätigkeiten stellen ein Schlüsselement von Habermanns Ecommony dar, da sie immer für andere ausgeführt werden und damit nur schwer profitabel ausgebeutet werden können

(vgl. Habermann 2016: 127). Eine solche „Care-Logik erlaubt einen anderen Blick auf das Wirtschaften: Denn wenn es Care ist, einer Kranken Essen zu verabreichen – warum sollte es nicht Care sein, das Essen anzubauen? Wenn es Care ist, ein Kind ins Bett zu bringen – warum sollte es nicht Care sein, das Bett zu produzieren?“ (Habermann 2016: 127).

Sie nimmt damit auch Bezug auf Silvia Federicis Kritik, die meint, „dass der Blick auf die Commons die Frage nach der Reproduktion des alltäglichen Lebens vernachlässige“ (Habermann 2016: 127). Dabei gehe es um die Aneignung und Vergesellschaftung der Reproduktion und um die Aufhebung der Trennung von Produktion und Reproduktion (vgl. Federici 2010 zitiert nach Habermann 2016: 127).

Gerade Reproduktionsarbeit sieht Habermann als Beispiel für die Notwendigkeit der Überwindung der gegenwärtigen Tauschlogik und damit als wichtigen und konkreten Ansatzpunkt: „In der Reproduktionsarbeit bzw. bei *care* wird nur sichtbar, was für jede Form von Tätigkeit gilt: dass sie zwangsläufig entfremdet ist, solange sie im Tausch gegen Lebensmittel – und damit als Zwang – absolviert wird“ (Habermann 2016: 127).

Zusammengefasst zeichnet sich diese commons-basierte Wirtschafts- und Lebensweise also durch das Prinzip des Besitzes statt Eigentum, durch freiwilliges Beitragen, durch das gemeinsame Nutzen von Commons und der Sorge-Logik als Fundament aus.

Eine feministische Perspektive auf Commons

Die marxistisch-feministische Autorin und Aktivistin Silvia Federici eröffnet uns eine feministische Perspektive auf Commons, die spätestens seit der Verleihung des Wirtschaftsnobelpreises an Elinor Ostrom im Jahr 2009 für ihre Arbeiten zu Commons viel Aufmerksamkeit von kapitalistischer wie antikapitalistischer Seite erhalten.

Federici wie auch andere kapitalismuskritische Autor_innen vertreten die Idee der Commons als Alternative zu Staat und Markt (vgl. 2012: 139). Dabei können als Commons, also gemeinschaftlich verwaltete und genutzte Güter, etwa Land, Boden, Wasser, Luft, digitale Commons wie etwa Software, und verschiedene Dienstleistungen gesehen werden.

Commons geraten in den letzten Jahren auch deshalb stärker in den Blick, da sie einerseits immer stärker unter Kommerzialisierungs- und Verwertungsdruck geraten, andererseits aber auch immer mehr Commons entstehen, wodurch wiederum der Widerstand gegen diesen Druck wächst: „The new enclosures ironically demonstrated that not only commons have not vanished, but new forms of social cooperation are constantly being produced, also in areas of life where none previously existed, as for example the Internet“ (Federici 2012: 139).

Federici bemängelt allerdings, dass die Frage, wie Commons die Basis einer nicht-kapitalistischen Ökonomie werden könnten, bislang unbeantwortet bleibt (vgl. Federici 2012: 141). Ebenso unbeantwortet lasse die Linke die Frage der Bündelung einzelner Commons-Projekte als Basis für eine neue Form der Produktion (vgl. ebd.: 142).

Sie kritisiert außerdem, dass der Diskurs rund um die Commons in der Regel bereits existierende Commons und deren Potenziale und damit auch potenzielle Commons im Bereich der sozialen Reproduktion ausspart - nicht zuletzt aus diesem Grund brauche es eine feministische Perspektive auf Commons (vgl. Federici 2012: 142).

Die Basis für eine solche ist für Federici die Erkenntnis, dass es immer Frauen* waren und bis heute sind, die als hauptsächliche Träger_innen der Reproduktionsarbeit am meisten von kommunalen, das heißt, gemeinsamen und gemeinschaftlichen, Ressourcen abhängig waren und sind und deshalb auch am stärksten und am meisten an ihrer Verteidigung beteiligt waren und sind (vgl. Federici 2012: 142/143).

Als Beispiele dafür nennt sie zum einen die Kämpfe gegen die ersten Landeinhengungen im frühkapitalistischen England, und zum anderen die Flucht von Frauen* im heutigen Peru vor den spanischen conquistadores in die Berge, um sich ihre Formen kollektiven Lebens zu bewahren, die anscheinend bis heute existieren (vgl. Federici 2012: 143).

Der Gegenschlag gegen diese Bewegungen von Frauen* erfolgte im 16. und 17. Jahrhundert in Form der Hexenverfolgungen (vgl. ebd.).

Auch heute schreibt Federici Frauen* und ihren Kämpfen große Bedeutung und Notwendigkeit zu:

„Today, in the face of a new process of Primitive Accumulation, women are the main social force standing in the way of a complete commercialization of nature. Women are the subsistence farmers of the world. In Africa, they produce 80 percent of the food people consume, despite the attempts made by the World Bank and other agencies to convince them to divert their activities to cash-cropping“ (Federici 2012: 143).

Sie nennt außerdem Beispiele aus afrikanischen Ländern, in denen Frauen mangels Zugang zu Land und aus Protest dagegen begonnen haben, in den Städten öffentliche Grundstücke zu bepflanzen (vgl. ebd.).

Ein weiteres Beispiel stellen Kreditvereinigungen von Frauen* in Ländern des globalen Südens dar, die Gegenmodelle zu Mikrokredit-Systemen darstellen. Diese sind „autonomous, self-managed, women-made banking systems, providing cash to individuals or groups that can have no access to banks, working purely on the basis of trust“ (Federici 2012: 143).

Ein weiteres unmittelbares Beispiel für soziale Reproduktionsarbeit stellen die Gemeinschaftsküchen der 1980er Jahre in Peru und Chile dar, in denen sich Frauen* in Zeiten hoher Inflation und während der Diktatur in Chile gemeinsam um die Lebensmittelversorgung ihrer Nachbarschaften kümmerten (vgl. Federici 2012: 143). Dies sieht Federici zwar durchaus als Ausdruck der Beibehaltung und Stärkung gemeinschaftlicher Strukturen, gleichzeitig warnt sie aber davor, dies aus feministischer Seite als reaktionäre, unpolitische, traditionelle Verhaltensweisen abzustempeln und von der Hand zu weisen (vgl. 2012: 144), sondern folgendermaßen zu sehen: „these struggles shape a collective identity, constitute a counterpower in the home and the community, and open a process of self-valorization and self-determination from which we have much to learn“ (Federici 2012: 144).

Sie bringt außerdem das Beispiel urbaner Gärten in den USA, um einen weiteres wichtiges Potenzial von Commons zu illustrieren: „The gardens are far more than a source of food security. They are centers of sociality, knowledge production, cultural and intergenerational exchange. [...] Still, the most significant feature of urban gardens is that they produce for neighborhood consumption, rather than for commercial purposes“ (Federici 2012: 141/142). Damit stärken diese Nachbarschaftsgärten nicht zuletzt den nachbarschaftlichen Zusammenhalt (vgl. ebd.: 141).

Commons erlauben es ihrer Meinung nach „to de-link our reproduction from the commodity flows that through the world market are responsible for the dispossession of so many people in other parts of the world“ (Federici 2012: 144). Wie auch andere Autor_innen weist sie damit auf den direkten Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Produktionsweise und Ausbeutung und Unterdrückung im globalen Süden hin – also im Grunde auf die imperiale Lebensweise, wie Ulrich Brand und Markus Wissen ebendiesen Zusammenhang bezeichnen.

Federici sieht mit dem Aufbau anti-kapitalistischer, feministischer Commons daher nicht nur einen Ausweg aus den ungleichen und ausbeuterischen Produktionsstrukturen, sondern ebenso einen Ausweg aus den nicht-nachhaltigen Konsumstrukturen und der Kriegsmaschinerie des globalen

Nordens (vgl. ebd.). Commons bedeuten außerdem, auf gemeinsame Interessen zu bauen und damit zwischenmenschliche Solidarität und Bindungen zu schaffen (vgl. ebd.).

Einen zentralen Ansatzpunkt beim weiteren Aufbau von Commons sieht sie daher in der Aufbrechung und Aufhebung der künstlichen Trennung von Produktion und Reproduktion und des Politischen und des Persönlichen. Diese Trennungen verleiten uns dazu, „to ignore the conditions under which what we eat or wear, or work with, have been produced, their social and environmental cost, and the fate of the population on whom the waste we produce is unloaded“ (Federici 2012: 144). Diese lässt uns nicht nur die Zusammenhänge, sondern auch die Konsequenzen unserer Produktions-, Ernährungs- und Konsumweise vergessen (vgl. Federici 2012: 145). Daher brauche es für die Produktion von Commons zunächst die Zusammenführung der beiden voneinander getrennten Bereiche (vgl. ebd.: 144).

Für Federici bedeuten Commons vor allem auch einander zwischenmenschlich ohne Ausbeutung gemeinsam zu denken: „Indeed if ‘commoning‘ has any meaning, it must be the production of ourselves as a common subject. This is how we must understand the slogan ‘no commons without community‘“ (Federici 2012: 145). Gemeinschaft umfasst in ihrer Lesart nicht nur Menschen, sondern auch andere Lebewesen und die Natur: „Community as a quality of relations, a principle of cooperation and responsibility: to each other, the earth, the forests, the seas, the animals“ (Federici 2012: 145).

Ein besonders wichtiges Projekt im Zusammenhang damit ist für sie die Vergemeinschaftung bzw. Kollektivierung von Hausarbeit und dabei das Anknüpfen an frühere Experimente der kollektiven Hausarbeit und Hauswirtschaft (vgl. Federici 2012: 145). Hinsichtlich der Notwendigkeit der Kollektivierung dieser knüpft sie an die Argumente anderer Autor_innen zu sozialer Reproduktion an, die ich in diesem Kapitel bereits vorgestellt habe. So argumentiert also auch Federici: „the reproduction of human beings is the most labor-intensive work on earth, and to a large extent it is work that is irreducible to mechanization. We cannot mechanize childcare or the care of the ill, or the psychological work necessary to reintegrate our physical and emotional balance“ (Federici 2012: 146).

Für sie kann einzig und allein geteilte, kollektive Verantwortung in einer Gemeinschaft gute (Für-)Sorgearbeit für alle Beteiligten bedeuten (vgl. Federici 2012: 146). Damit stellt sie auch einen historischen Rückbezug zu vergangenen Jahrhunderten her, in denen (Für-)Sorgearbeit lange Zeit die kollektive Arbeit der gesamten erweiterten Familie und Nachbarschaft war – das Erstarken des Kapitalismus habe dem schließlich ein Ende gesetzt (vgl. ebd.). Gerade Frauen*, so argumentiert

sie, „must take the initiative to reclaim the house as a center of collective life, one traversed by multiple people and forms of cooperation, providing safety without isolation and fixation, allowing for the sharing and circulation of community possessions, and above all providing the foundation for collective forms of reproduction“ (Federici 2012: 147). Dies bedeute im Übrigen nicht, Haus- und Fürsorgearbeit als weibliche* Arbeit zu naturalisieren, sondern vielmehr, die früheren wie auch heutigen Erfahrungen, das Wissen und die Kämpfe in Bezug auf soziale Reproduktion und als Widerstand gegen den Kapitalismus zu nutzen (vgl. Federici 2012: 148). Mehr noch, „Reconnecting with this history is today for women and men a crucial step, both for undoing the gendered architecture of our lives and reconstructing our homes and lives as commons“ (Federici 2012: 148).

Soziale Reproduktion müsse letzten Endes im Zentrum anti-kapitalistischer, feministischer Commons stehen: „Most important, we cannot build an alternative society and a strong self-producing movement unless we redefine in more cooperative ways our reproduction and put an end to the separation between the personal and the political, political activism and the reproduction of everyday life“ (Federici 2012: 147).

Soziale Reproduktionsarbeit/Care-Arbeit

Wie sich noch zeigen wird, ist soziale Reproduktionsarbeit die wohl größte Leerstelle gegenwärtiger Postwachstumsansätze. Gleichzeitig ist es aber auch das aktuell am meistdiskutierte Thema in der feministischen Ökonomik (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 123). Im ökonomischen Mainstream lange Zeit und zum Teil bis heute ausgeblendet und marginalisiert und als ‘Frauenarbeit’ angesehen, ist Reproduktionsarbeit wesentlich für das Funktionieren einer jeden Gesellschaft und Ökonomie (vgl. Barker 2012: 574).

Zunächst muss allerdings zwischen zwei Begriffen unterschieden werden, die oft synonym verwendet werden, aber doch unterschiedliche Konnotationen haben: Soziale Reproduktion/Reproduktionsarbeit und Care/Care-Arbeit.

Stammt ersterer aus einer marxistischen Tradition (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 124) und bringt damit auch eine längere Begriffsgeschichte mit sich, kommt Care aus dem Englischen und wird mittlerweile auch im Deutschen verwendet.

Der Begriff soziale Reproduktion bezeichnet „die Fürsorgearbeit, die notwendig ist für die biologische Reproduktion und für die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft sowie für die

Reproduktion der sozialen und kulturellen Werte von Gesellschaften“ (Haidinger/Knittler 2016: 124).

Als analytische Kategorie wird der Begriff seit der Zweiten Welle der Frauenbewegung verwendet (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 125):

„Insbesondere ging es hier darum, unbezahlte Tätigkeiten der sozialen Reproduktion, die im Familien-Haushalt-System erbracht werden, als relevanten und genuinen Bestandteil der Kritik der Politischen Ökonomie einzufordern und ihre Funktion und spezifischen Funktionsweisen für die kapitalistische Geld-Waren-Ökonomie zu erklären“ (Haidinger/Knittler 2016: 125).

Der Begriff der Care-Ökonomie hingegen beschreibt jenen „Bereich der Ökonomie [..], in dem Tätigkeiten erbracht werden, die die Fürsorge von Menschen und ihrer Umgebung sowie eine starke persönliche und emotionale Dimension beinhalten“ (Haidinger/Knittler 2016: 126). Care ist damit eine Art Sammelbegriff und umfasst alle solcher Tätigkeiten, egal ob auf staatlicher Ebene oder im privaten Haushalt, egal ob bezahlt oder unbezahlt (vgl. ebd.). Er ist heute ein Schlüsselbegriff der feministischen Ökonomik, der ein Stück weit den Begriff der (sozialen) Reproduktionsarbeit abgelöst hat, und hat den Anspruch, „‘das Nebeneinander und die Verflochtenheit der bezahlten und unbezahlten Arbeit und die damit verbundenen Arbeitsverhältnisse und generell Produktionsverhältnisse als Gesamtes [zu analysieren] (...) [und] den Dualismus zwischen dem Ökonomischen und der ‘anderen Ökonomie‘ (...) zu durchbrechen““ (Madörin 2010: 84 zitiert nach Haidinger/Knittler 2016: 126).

Care ist außerdem der neuere Begriff, der mit der Internationalisierung und der damit verbundenen zunehmenden Privatisierung und Monetarisierung von Reproduktionsarbeit aufkam (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 128). Gemeint sind hier nicht nur globale Betreuungs- und Fürsorgeketten, die sogenannten *global care chains*, sondern auch ganz grundsätzlich private, bezahlte Hausarbeit. Damit wurde „Reproduktionsarbeit [..] selbst zum Gegenstand der ‘sichtbaren Marktwirtschaft‘: zuerst im Zuge des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates in den 1970er-Jahren und dann durch die zunehmende Privatisierung seit den 1980er-Jahren“ (Haidinger/Knittler 2016: 129).

Frigga Haug zufolge ist ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen den beiden Begriffen, dass die Care-Debatte

„keine [ist], die die kapitalistische Verwertung von Lohnarbeit und Care-Arbeit grundsätzlich in Frage stellt. Stattdessen soll pragmatisch auf die Leerstelle von Sorgearbeit in der Mainstream- und der heterodoxen Ökonomietheorie verwiesen und umsetzbare Lösungen für ihre

Organisation gefunden werden. Die Reformidee verdrängt die Befreiungsidee“ (Haug 2013 zitiert nach Haidinger/Knittler 2016: 128).

Debatten rund um Care geht es folglich nicht um Fragen der Bezahlung oder Nicht-Bezahlung von Care-Arbeit, anders als dies in Folge der Hausarbeitsdebatte der 1970er der Fall war, und auch nicht um die Funktion, die Care-Arbeit für die Aufrechterhaltung und das Funktionieren des Kapitalismus erfüllt (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 125-127).

Zwar findet sich im Versuch, die Dichotomie zwischen Lohnarbeit und Reproduktions-/Fürsorgearbeit aufbrechen zu wollen, wenngleich auch dieses Vorhaben sehr unterschiedlich geschieht, eine Gemeinsamkeit zwischen den beiden Begriffen (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 127), für Frigga Haug verfolgt Care allerdings nicht das Ziel „einer befreiten Gesellschaft, in der alle nach ihren Fähigkeiten füreinander tätig sind, sondern [...] [eher das] einer innerkapitalistischen Reformpolitik“ (Haug 2013: 89 zitiert nach Haidinger/Knittler 2016: 127).

Aus diesen skizzierten Gründen verwende ich im weiteren Verlauf der Arbeit den Begriff der sozialen Reproduktion anstelle von Care. Eine solche Unterscheidung ist auch für Postwachstum relevant, da es bei den später vorgestellten Ansätzen keineswegs nur um eine Reform des aktuellen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems geht, sondern um die Befreiung von diesem und das Denken und den Aufbau eines neuen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems.

Dennoch, egal ob wir von Care- oder Reproduktionsarbeit sprechen, sind zwei Aspekte gleichermaßen für beide Begrifflichkeiten wichtig. Zum einen geht es um die zunehmende Ökonomisierung von Care und sozialer Reproduktionsarbeit und zum anderen um thematisieren beide den speziellen Charakter dieser Arbeit, die kaum mit anderen Arten von Arbeit verglichen werden kann (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 124). Soziale Reproduktionsarbeit/Care-Arbeit ist eine Art von Arbeit, „welche (lebens-)notwendige Betreuung für Personen bereitstellt und auf einer starken affektiven und zwischenmenschlichen Grundlage beruht“ (Haidinger/Knittler 2016: 136). Daher erfordert sie auch eine spezielle, spezifische Betrachtungsweise – gerade beim Neudenken von Wirtschaft und Gesellschaft.

Global care chains

Der Begriff der *global care chains*, der globalen (Für-)Sorgeketten, wurde erstmals von der US-amerikanischen Soziologin Arlie Hochschild im Jahr 2000 verwendet (vgl. Yeates 2009: 40). Sie

bezeichnet damit „‘a series of personal links between people across the globe based on the paid or unpaid work of caring‘“ (Hochschild zitiert nach Yeates 2009: 40). Dies bedeutet also im Grunde, dass Haushalte weltweit miteinander über Sorgearbeit und deren Auslagerung verbunden sein können. So verlassen zum Beispiel Frauen aus der Slowakei ihre eigenen Familien, um in Österreich Senior_innen zu pflegen. Dabei bleiben ihre eigenen Kinder und Partner_innen und oft auch ihre eigenen pflegebedürftigen Eltern zurück, für die wiederum sie Fürsorge- und Pflegearbeit organisieren müssen.

Ein wichtiger Grund für die Ausweitung dieser *global care chains* ist die angestrebte Niedrighaltung der Kosten für bezahlte Reproduktionsarbeit. Dafür werden nicht nur Arbeitsprozesse rationalisiert, sondern wird soziale Reproduktionsarbeit zu schlechteren Arbeitsbedingungen und niedrigeren Löhnen auch an private Haushalte, den privaten Sektor und zum Großteil an Migrant_innen ausgelagert (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 137). Mehr noch: „Die bezahlte Reproduktionsarbeit von Migrantinnen ist ein relevanter Faktor für die Reproduktion von Haushalten im globalen Norden geworden“ (Haidinger/Knittler 2016: 138). Diese zeigt auch „wie arme und reiche Regionen dieser Welt ökonomisch und ‘fürsorgetechnisch‘ miteinander verbunden sind“ (Haidinger/Knittler 2016: 139), wobei die Fürsorgeketten in der Regel folgendermaßen aufgebaut sind: „Many care chains start in poor countries and end in rich ones“ (Yeates 2009: 41).

Die Internationalisierung von Reproduktionsarbeit kann weiters als Folge des Zusammenspiels von Prozessen der Neoliberalisierung mit Migrationsprozessen gesehen werden (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 137). Verschiedene polit-ökonomische internationale Institutionen wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds und verschiedene internationale Abkommen regulieren Kapital- und Migrationsströme (vgl. Barker 2012: 581). Erst durch internationale Verpflichtungen der Schuldentrückzahlung und Migrationsregime, geregelt von diesen und ähnlichen Institutionen, kann die Versorgung des privaten Care-Sektors mit informellen, prekären, flexiblen Arbeitskräften überhaupt aufrechterhalten werden (vgl. Barker 2012: 581). Damit sind diese globalen Sorgeketten der aktuellste Ausdruck einer globalisierten, unterbezahlten und oftmals prekären Haus- und (Für-)Sorgearbeit, bei der die bislang vor allem von Frauen geleistete, unbezahlte Arbeit in Form von Hausarbeit, Kinder- und Altenbetreuung, Pflege etc. von bezahlten, aber oftmals prekär arbeitenden und lebenden Frauen aus anderen Ländern verrichtet wird. Haus- und (Für-)Sorgearbeit wird damit immer mehr privatisiert und damit auch kommerzialisiert.

Drei Gruppen von Care-Tätigkeiten

Haidinger/Knittler unterscheiden unter Bezugnahme auf Frigga Haug schließlich drei Gruppen von Care-Tätigkeiten, „die unterschiedlichen Arbeits-, Geschlechter- und anderen Machtverhältnissen unterliegen“ (2016: 129) und einander als lebenswichtige Tätigkeiten zur Reproduktion von Gesellschaften ergänzen (vgl. ebd.: 130).

1. Zur ersten Kategorie gehören „Tätigkeiten, die in Form eines formellen und potentiell kollektiv verhandelbaren Dienstverhältnisses, das sozial- und arbeitsrechtlich abgesichert ist, und im Rahmen einer profit- oder nichtprofitorientierten Organisation ausgeführt werden“ (Haidinger/Knittler 2016: 129). Dazu zählen die Autorinnen etwa Arbeit in Kindergärten, Krankenhäusern und Pflegeheimen, aber auch die Arbeit für private Vereine, die bestimmte Care-Tätigkeiten für private Haushalte anbieten (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 129).
2. Zur zweiten Kategorie gehören „Tätigkeiten, die in informellen, kolonial geprägten und ‘unfreien‘ [...] Arbeitsverhältnissen ohne oder mit eingeschränkter arbeits- und sozialrechtlicher Absicherung stattfinden“ (Haidinger/Knittler 2016: 129). Diese Arbeit ist zwar bezahlt, die ausführenden Personen haben aber in der Regel kaum bis gar keine Möglichkeit, ihre Rechte durchzusetzen, denn es sind individualisierte Tätigkeiten, bei denen Organisation, wenn überhaupt, nur als Selbstorganisation besteht (vgl. Haidinger/Knittler 2016: 129). Hier geht es also um „Haushalts- und Pflegetätigkeiten, die für den Privathaushalt, der gleichzeitig als Arbeitgeber und Klient auftritt, erfolgt“ (Haidinger/Knittler 2016: 129).
3. Die dritte Kategorie umfasst wiederum „[u]nbezahlte Tätigkeiten zur Bewerkstelligung der materiellen Versorgung und generativen Reproduktion – das heißt, die altbekannte Haus- und Betreuungsarbeit, die von Familienmitgliedern im Haushalt unbezahlt gemacht wird“ (Haidinger/Knittler 2016: 130).

Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit

Wie bereits erwähnt, lässt sich in privaten Haushalten wie auch im privaten und öffentlichen Sektor eine fortschreitende Kommodifizierung von Reproduktionsarbeit beobachten, in privaten Haushalten vor allem dort, „wo öffentlich bereitgestellte oder subventionierte Dienstleistungen fehlen“ (Haidinger/Knittler 2016: 130).

Diese Reproduktionsarbeit kann als affektive Arbeit allerdings aufgrund ihres speziellen Charakters nur sehr begrenzt der Marktlogik mit ihren Prinzipien der Rationalisierung, Gewinnmaximierung und Kostensenkung, sowie Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen unterworfen werden (vgl.

Haidinger/Knittler 2016: 132), da sie in der Regel bedeutet, Beziehungen aufzubauen, diese zu pflegen und Leidenschaft für sie aufzubringen: „Es ist Arbeit, die immer in Beziehung zu jemandem entsteht“ (Haidinger/Knittler 2016: 132). Eine der Grundbedingungen dafür ist das Aufbringenkönnen der dafür nötigen Zeit (vgl. ebd.: 133), aber auch der dafür notwendigen emotionalen Ressourcen. Soll Reproduktionsarbeit nun doch rationalisiert werden, führt dies „unmittelbar zu einem Qualitätsverlust, der sich auf beiden Seiten der Care-Beziehung niederschlägt: auf die Person, die die Sorgearbeit leistet, und jene, die sie empfängt“ (Haidinger/Knittler 2016: 133). Im Zuge angestrebter Produktivitätssteigerungen wird von den Beschäftigten oftmals immer mehr unbezahlte Mehrarbeit erwartet, um dadurch Qualitätseinbußen abwenden zu können. Deshalb argumentieren die Autor_innen: „Eine Aufwertung von Care-Arbeit über ihre Kommodifizierung und Vermarktlichung kann nur gelingen, wenn entsprechende finanzielle Mittel für die Bezahlung von Care-Zeit zur Verfügung gestellt werden“ (Haidinger/Knittler 2016: 135). Diese Argumentation lag auch den Kollektivvertragsverhandlungen für die private Sozialwirtschaft von Jänner bis Februar 2019 zugrunde, als unter dem Slogan *Soziale Arbeit ist mehr wert* nicht nur Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, sondern auch eine höhere Entlohnung und mehr Urlaubstage gefordert wurden. Denn auch die Soziale Arbeit ist ein Bereich der Care-Arbeit, in dem von den Beschäftigten geradezu erwartet wird, dass sie Mehrarbeit leisten, weil es ja doch eine Arbeit ist, die aus der Liebe zu dieser speziellen Form der Arbeit gemacht wird und nicht etwa aus Prestige- oder finanziellen Gründen.

Queere Perspektiven auf soziale Reproduktionsarbeit

Die bisher dargestellte Theorie zu Care und sozialer Reproduktionsarbeit entstammt dem Mainstream der feministischen Ökonomik. Diesen kritisiert die feministische Ökonomin Drucilla K. Barker dafür, dass er sich in ihrer Analyse von globaler Fürsorgearbeit viel zu stark auf Haushalte und Märkte konzentriert und dabei das große Ganze außer Acht lässt, wodurch Konnotationen von race, Heteronormativität und Weiblichkeit bestehen und nicht weiter analysiert und problematisiert werden (vgl. Barker 2012: 574). Dem gegenüber stellt sie eine Perspektive der queeren/globalen politischen Ökonomie, die sich viel stärker auf soziale Reproduktion als Ort von Biopolitik fokussiert und argumentiert, dies sei eine Möglichkeit, sich mit der emotionalen bzw. affektiven Dimension von Care-Arbeit zu beschäftigen ohne diese wieder automatisch als Arbeit von Frauen* einzuschreiben (vgl. Barker 2012: 576). Sie lenkt dabei besondere Aufmerksamkeit auf die Rolle von Heteronormativität und betont die Wichtigkeit und Notwendigkeit davon, diese zu hinterfragen – auch und gerade wenn es um globale Reproduktionsarbeit geht.

Heteronormativität spielt nämlich eine wichtige Rolle bei der Konstitution und Normalisierung von Geschlechterrollen: der Rolle des Mannes als Lohnarbeiter und der Rolle der Frau als Fürsorgearbeiterin, und damit der Abwertung der Arbeit von zweiterer (vgl. Barker 2012: 575) – und blendet schließlich auch Zwischentöne aus. Dies „also restricts our ability to imagine families, alliances, and forms of nurturance and care organized outside the heterosexual matrix“ (Barker 2012: 576).

Aus der Sicht einer queeren globalen politischen Ökonomie sind migrantische Reproduktions-Arbeiter_innen queere Subjekte (vgl. Barker 2012: 580). Sie sind queer in dem Sinne, dass sie sich ihre eigene Fürsorge anderswo besorgen müssen, abseits der Nähe zu ihren eigenen Familien, abseits von Intimität mit gesellschaftlich akzeptierten Partner_innen und abseits von Staatsbürger_innenschaft (vgl. Barker 2012: 580). Sie sind außerdem queer in dem Sinne, dass ihnen die Erfüllung der „middle-class, heteronormative imaginary that children need the proximate care of their mothers during their formative years“ (Barker 2012: 580) gar nicht zuteil werden kann. Den Reproduktions-Arbeiter_innen aus der Peripherie wohnt damit ein Widerspruch inne: Einerseits stehen die Leben transnationaler Mütter in großem Kontrast zu heteronormativen Vorstellungen von Familienleben, andererseits verlangt ihre Arbeit von ihnen, in Bezug auf ihre Klient_innen dennoch heteronormativen Vorstellungen von Fürsorge und Emotionalität zu gehorchen und gerecht zu werden (vgl. Barker 2012: 580).

Barker argumentiert weiters, dass eine Perspektive der globalen politischen Ökonomie es auch ermöglicht, „to understand the many ways in which domestic labor in general and caring labor in particular are examples of labor that capital has ‘continuously sought to colonize, discipline, and subsume in the sense of the old ... imperialist and patriarchal orders““ (Barker 2012: 582). Darüber hinaus identifiziert sie einen Zusammenhang zwischen der Forderung von Frauen nach gleichberechtigter Partizipation am Arbeitsmarkt mit der Ausweitung der Unterdrückung durch zunehmend privatisierte und prekarierte Arbeitsplätze (vgl. Barker 2012: 582). Zugleich ist es aber so, dass soziale Reproduktion die grundlegende Basis für das Funktionieren des Kapitalismus darstellt, denn „[d]omestic labor is originating labor power“ (Barker 2012: 582). Ohne die oftmals unsichtbare, um nicht zu sagen, unsichtbar gemachte und prekarierte Care-Arbeit zum Beispiel in Form von Au Pairs, Kindermädchen, 24-Stunden-Pflegekräften und Putzkräften könnten Gesellschaft und Ökonomie in ihrer heutigen Form nicht bestehen. Ohne die tagtägliche Wiederherstellung der Arbeitskraft durch Reproduktionsarbeit und das Aufziehen von Kindern gäbe es keine Lohnarbeiter_innen für die Produktion.

Für eine queer-feministische Postwachstumsperspektive stellt sich daher nicht nur die Frage wie die Dichotomie und Trennung und Vergeschlechtlichung von Lohnarbeit und Sorgearbeit aufgehoben und anders verteilt werden kann, sondern auch wie die automatische Gleichsetzung von Sorgearbeit als Arbeit von Frauen* überwunden werden kann. Wie kann Sorge- und Reproduktionsarbeit sichtbar gemacht und aufgewertet werden? Welche Institutionen braucht es dafür? Welche alternativen Modelle können geschaffen werden? Welches Potenzial besitzen kollektive Formen der Organisation von Reproduktionsarbeit? Welche Handlungsmöglichkeiten zur solidarischen und kollektiven Organisation von Reproduktionsarbeit gibt es bereits und welche braucht es noch?

Zwischenfazit

Die in diesem Kapitel dargestellten und besprochenen Theorien und Ansätze feministischer und queer-feministischer Ökonomik stellen das theoretische Grundgerüst für die Analyse bestehender Postwachstumsansätze im zweiten Teil dieser Arbeit dar. Dafür spielt sowohl das Neudenken von Zeit und Arbeit, sozialer Reproduktionsarbeit und des Wirtschaftens eine Rolle, sondern können auch bereits bestehende feministische und queer-feministische Ansätze bestehendes Postwachstumsdenken bereichern.

viertes kapitel - Postwachstumdiskurse

Postwachstum ist Theorie und politisches wie soziales und ökologisches Projekt zugleich. Es vereint Wachstums, Entwicklungs- und Kapitalismuskritik, Überlegungen aus unterschiedlichen akademischen Disziplinen wie der ökologischen Ökonomie, der politischen Ökologie, der Geographie, der Umwelt- und Systemwissenschaften und der Philosophie, sowie Erkenntnisse unterschiedlicher sozialer, politischer und ökologischer Bewegungen.

Grundsätzlich geht es um eine Abkehr vom Wachstum als ökonomisches und gesellschaftliches Ziel (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 3). Dafür, so Latouche, müsse jedoch das Denken vom Wachstumsgedanken dekolonisiert werden (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 3; Latouche 2015), das heißt, Wachstum dürfe nicht mehr das über allem stehende gesamtgesellschaftliche Ziel sein. Der zunächst negativ erscheinende Begriff Postwachstum wird dabei verwendet, um die positive Konnotation und automatische Assoziation von Wachstum mit einer positiven Entwicklung zu brechen und aufzuzeigen, dass die Zukunft auch anders gestaltet werden kann (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 5). Aus diesem Grund sehen manche Autor_innen den Begriff als „a deliberately subversive slogan“ (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 5).

Schrumpfung bedeutet auch, dass Postwachstum zu einem insgesamt kleineren, vor allem aber auch zu einem grundsätzlich anderen sozialen Metabolismus führt, wobei er eben nicht bloß verkleinert, sondern auch ganz grundsätzlich verändert werden soll, denn: „our emphasis here is on *different*, not only *less*“ (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 4).

Wachstumskritik, die, wie bereits dargestellt, mindestens ebenso lange existiert wie das Wachstumsparadigma, hat bislang noch keinerlei Konsequenzen in Politik und Wirtschaft nach sich gezogen. In den letzten Jahren werden zwar immer mehr Kommissionen ins Leben gerufen, die nach Alternativen für das BIP als zentralen Wohlstandsindikator suchen (vgl. Egan-Krieger et al. 2011: 15), bisher haben aber auch deren Erkenntnisse noch keine Veränderungen bewirkt. Vor allem reicht die Etablierung eines solchen alternativen Indikators nicht aus, manche Autor_innen vertreten gar die Ansicht, dass es ohnehin schwierig sei, „so vielfältige, heterogene und umstrittene Qualitäten einer Gesellschaftsentwicklung wie Wohlstand, gutes Leben, Verteilungsgerechtigkeit, Naturschutz und vieles mehr in einem einzigen Indikator abbilden zu wollen“ (Egan-Krieger et al. 2011: 15) ohne damit die notwendige Debatte über all diese Fragen zu bremsen (vgl. ebd.: 15-16). Dies wäre schließlich Ausdruck und Teil einer ausschließlich technokratischen Politik (vgl. ebd.: 16).

Außerdem geht es Postwachstumsautor_innen zentral darum, „deutlich zu machen, dass das Wirtschaftswachstum nicht die Lösung, sondern eine der Ursachen der weltweiten Probleme ist“ (Egan-Krieger et al. 2011: 8).

Definitionen

Postwachstum kann unterschiedlich definiert werden: rein ökonomisch, aber auch weiter gefasst mit anthropologischen, sozialen, ökologischen und demokratischen Komponenten.

Kallis/Schneider definieren Postwachstum aus Sicht der ökologischen Ökonomie folgendermaßen: „An equitable downscaling of production and consumption that increases human well-being and enhances ecological conditions at the local and global level, in the short and long term“ (Kallis/Schneider 2008 zitiert nach Kerschner 2010: 544). Ihnen zufolge geht es um die Schrumpfung von Produktion und Konsum. Dazu gehört auch die Schrumpfung des Ressourcenverbrauchs, womit eine weniger emissions- und extraktionsintensive Wirtschafts- und Lebensweise einhergeht. Diese Schrumpfung der Ökonomie kann allerdings nicht innerhalb des bestehenden Systems stattfinden, weil diese „immer zulasten der Ärmsten und Schwächsten der Gesellschaft [geht] und [...] außerdem eine unfreiwillige Schrumpfung [ist], die von den Menschen als Unglück empfunden wird“ (Egan-Krieger/Muraca/Passadakakis/Rätz/Schmelzer/Vetter 2011: 10). Schrumpfung des BIP ist dabei keineswegs das Ziel von Postwachstum, sondern vielmehr dessen unmittelbares Ergebnis (vgl. Kallis 2011: 874). Odum/Odum bezeichnen dies als Vision eines „prosperous way down“ (Odum/Odum 2011) und Autor_innen wie Giorgos Kallis sprechen von „socially sustainable degrowth“ (Kallis 2017)

Postwachstum meint ohnehin nicht einfach nur die Schrumpfung aller bestehender Sektoren, da manche Sektoren in einer Postwachstumsgesellschaft auch wachsen, so etwa Bildung, Gesundheitsversorgung und Sorgearbeit.

Der Begriff ist damit ein „umbrella keyword, a multi-faceted framework that gives purpose and connects different policies and citizen initiatives“ (Kallis 2011: 874). Er baut auf einer langen Geschichte von Wachstums-, Kapitalismus- und Konsumkritik auf, die nicht nur auf ökonomischen und politischen, sondern auch auf philosophischen, anthropologischen und kulturellen Überlegungen beruht (vgl. Kallis 2011: 874). Darüber hinaus wird von einigen Autor_innen auch die Ansicht vertreten, dass Postwachstum „a case of activist-led science“ (D’Alisa/Demaria/Cattaneo 2013: 215) sei. Dies bedeutet, dass Postwachstum zentral durch seine Verschränkung von Aktivismus und Wissenschaft charakterisiert ist. So gibt es etwa Forschungsk Kooperationen zwischen Aktivist_innen und Wissenschaftler_innen, die gemeinsam

„‘activist knowledge‘“ (D’Alisa/Demaria/Cattaneo 2013: 217) produzieren. Mithilfe unterschiedlicher Gruppen, Projekte und Initiativen wird neues Wissen generiert, das nicht nur wissenschaftlich, sondern auch politisch und praktisch relevant ist.

Unter dem Dach von Postwachstum findet sich daher nicht nur Kritik an Bestehendem, sondern finden sich auch viele unterschiedliche neue Konzeptionen, Verständnisse, Überlegungen und Ziele, die in dieser Arbeit diskutiert werden sollen.

Postwachstum bedeutet außerdem nicht nur eine Repolitisierung von Umweltfragen, sondern auch eine Repolitisierung grundlegender gesellschaftlicher Fragen, die durch die gegenwärtigen und alternativen Wachstumsmodelle depolitisiert worden sind. Allen voran steht dabei die Frage im Vordergrund: Wie wollen wir zukünftig als Gesellschaft leben?

Postwachstum als Utopie?

Definitionen für Utopien sind zahlreich. In den Worten von Kallis/March ist „Utopia [...] not an end-state of stability and perfection but a state of struggle and conflict“ (Kallis/March 2015: 364). In dieser Sichtweise auf Utopien stellen diese also kontinuierliche Aushandlungsprozesse ohne Endpunkt dar, denn aus vermeintlich erreichten, vermeintlichen Utopien erwachsen immer auch neue Utopien.

Eine weitere, komplementäre Definition hält sich an die Zusammensetzung des ursprünglich griechischen Begriffs und umschreibt eine Utopie als einen nicht-existierenden, gleichzeitig aber auch erstrebenswerten Ort: „Basically, utopia is a non-existent location, which is a good place to be – at least for some people“ (Schönpflug 2008: 8). Deshalb gelte es beim Nachdenken über Utopien auch immer mitzubedenken, für wen dieser Ort und Zustand eigentlich tatsächlich gut ist (vgl. Schönpflug 2008: 7-8). Gleichzeitig bietet das Charakteristikum des nicht existenten Ortes, der sich weit entfernt vom Hier und Jetzt befindet, auch die Möglichkeit, viel freier über diesen Ort und diesen Zustand nachzudenken, eben weil beides außer Reichweite liegt (vgl. Schönpflug 2008: 8). Außerdem weist Schönpflug auf folgendes hin: „The utopias created in our days usually reflect on modern optimism towards unrestricted technological progress (this is also the ‘magic word‘ in economic growth theory)“ (Schönpflug 2008: 8). Diesen Utopien werden mittlerweile immer mehr andere Utopien entgegengesetzt, wie etwa Postwachstumstheorien mit ihren jeweiligen Vorstellungen eines guten Lebens für alle.

Grundsätzlich wird Utopien im Alltag oft die Rolle von Gedankengespinnten zuteil. Im Alltagsgebrauch stehen sie in der Regel für das nicht Erreichbare, das Unmögliche. Utopien dienen

dazu, im Kopf Dinge auszuprobieren, aber weniger dazu, diese Ideen auch in die Praxis über zu führen.

Alternative, gegenhegemoniale Ideen werden daher oft als Utopien bezeichnet und damit diskreditiert. Dabei sind es aus einer Postwachstumsperspektive bei genauerer Betrachtung die heute herrschenden Strukturen, welche die Unmöglichkeiten darstellen. Wie zahlreiche Studien und die ökonomische Krisenrealität zeigen, ist weder steigendes, noch stagnierendes Wirtschaftswachstum auf Dauer aufrecht zu erhalten. Irgendwann ist alles durchkapitalisiert und Inwert gesetzt, womit die kapitalistische Produktions- und Konsumweise keine Möglichkeiten mehr hat, weiter zu akkumulieren. Auch Rohstoffe, die per definitionem endlich sind, werden irgendwann aufgebraucht sein.

Die herrschenden Diskurse schaffen es dennoch, die gegenwärtige Lebens- und Wirtschaftsweise des globalen Nordens als allgemeingültig, das heißt, als die einzig sinnvolle, die einzig mögliche und die als einzige Wohlstandschaffende darzustellen. In dieser Hinsicht sind Postwachstum und alle anderen Alternativen Gegendiskurse zum vorherrschenden Paradigma und die eigentlich viel weniger utopische, weil aus ökonomischer, gesellschaftlicher und Umweltperspektive notwendige Welt.

Letztlich sind sowohl die Vorstellung von unendlichem Wachstum als auch Postwachstum Utopien, denn im Grunde versprechen beide die Lösung für alle gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme (Muraca 2014: 13).

Der Ruf nach wie auch die Beschäftigung mit Utopien kommt heute vor allem aus der Geographie, von Autor_innen wie David Harvey und Erik Swyngedouw (vgl. Kallis/March 2015: 360), aber auch die Philosophin und Postwachstumstheoretikerin Barbara Muraca setzt sich mit Utopien und hier besonders mit Postwachstum als konkreter Utopie auseinander.

Sowohl Serge Latouche als auch Barbara Muraca bezeichnen Postwachstum als eine konkrete Utopie (Latouche 2015; Muraca 2014). Für Muraca erfüllt die Postwachstumsutopie zwei Funktionen: Zum einen „kritisiert [sie] bewusst und explizit die zeitgenössische Lebensweise und eine Gesellschaftsform, die auf stetiges ökonomisches Wachstum aufbaut“ (Muraca 2014: 14). Zum anderen zeigt sie Alternativen auf und wird damit in ihrer zweiten transformativen Funktion zur konkreten Utopie (vgl. Muraca 2014: 15-16). Eine solche konkrete Utopie verweist auf etwas, das im Kleinen bereits existiert. Im Fall von Postwachstum existiert zwar noch kein groß angelegtes Gesamt-Postwachstumsprojekt, sehr wohl aber kleine Einzelprojekte wie Tauschökonomien, urbane

Landwirtschaft und Transition Towns, die zusammengenommen durchaus in Richtung Postwachstum weisen.

Dabei kommt Utopien, wie Muraca sie versteht, eine zentrale Rolle bei einer jeden Transformation zu: „Die Kraft der Utopie liegt aber nicht bloß in ihrer unmittelbaren Umsetzbarkeit, sondern darin, dass sie neue Möglichkeiten gegen einen naiven Realismus überhaupt erst sichtbar machen kann“ (Muraca 2014: 16).

Schließlich entstehen Utopien in einem bestimmten Kontext, das heißt, innerhalb oder neben herrschenden Ideologien, die deshalb herrschend sein können, „weil sie auch Wünsche und Vorstellungen derer in sich aufnehmen, die am Rande stehen und benachteiligt sind“ (Muraca 2014: 17). Denn „[d]ie Kraft herrschender Erzählungen liegt nicht so sehr darin, dass sie die Fakten [...] absichtlich manipulieren, sondern vielmehr, dass sie den Erwartungen, Bedürfnissen und Hoffnungen so vieler Menschen zu entsprechen scheinen“ (ebd.). Diese herrschenden Ideologien sind weiters „immer am erfolgreichsten, wenn sie auch Kritik, alternative Vorstellungen und Widerstand integrieren können“ (Muraca 2014: 17).

Laut Muraca „speist sich die Utopie aus Wünschen und Wertvorstellungen, die bereits in den sozialen Widersprüchen der gegenwärtigen Gesellschaft angelegt sind“ (Muraca 2014: 17). Aus diesen Widersprüchen lassen sich Alternativen entwickeln, welche „in die etablierten gesellschaftlichen Muster eingefädelt werden“ (Muraca 2014: 17) müssen.

Mit Utopien lässt sich hinterfragen, ob gegenwärtige gesellschaftliche Wünsche tatsächlich den aktuellen Bedürfnissen der Menschen entsprechen oder vielmehr Ausdruck etablierter Vorstellungen sind, die der Aufrechterhaltung des Bestehenden dienen (vgl. Muraca 2014: 18):

„Durch utopische Experimente können Zwänge kurzweilig aufgehoben und kollektive Lernprozesse in Gang gesetzt werden, in denen sich das Verständnis über das, was wünschens-, begehrenswert und notwendig ist, allmählich verändert und alternative Vorstellungen des guten Lebens geschmiedet werden“ (Muraca 2014: 18).

Utopien beinhalten allerdings auch Risiken und Nebenwirkungen.

Utopien wecken träumerische Vorstellungen einer zukünftigen perfekten neuen Welt, können damit aber auch das Hier und Jetzt und damit verbundene Beherrschungsstrukturen vernachlässigen (vgl. Muraca 2014: 19). Damit sind sie stark auf die Zukunft bezogen, wodurch auf die Gegenwart vergessen werden kann. Außerdem können in allzu harmonischen Vorstellungen der zukünftigen Welt gesellschaftliche Konflikte ausgeblendet werden: „Gerade solch eine harmonische Vorstellung

steht aber einer Verwirklichung der Utopie im Weg, denn diese könnte sich – wenn überhaupt – nur durch Auseinandersetzungen und Kämpfe gegen herrschende Strukturen und Gegeninteressen durchsetzen“ (Muraca 2014: 19). Utopien können weiters „[e]ine von der Realität entkoppelte Hoffnung“ (Muraca 2014: 19) sein.

Utopien können auf der einen Seite Freiräume eröffnen, auf der anderen Seite können sie aber „auch missbraucht werden, um Menschen und ihre Bedürfnisse an ein feststehendes Gesellschaftsideal anzupassen“ (Muraca 2014: 20).

Dies birgt Gefahren in sich:

„Damit die anvisierte Gesellschaft funktioniert, müssten dementsprechend die Menschen, die in ihr leben sollen, geformt und verändert werden. Damit wird der versprochene Raum der Freiheit ganz schnell wieder nur von einigen wenigen okkupiert. Ein solches (Miss-)Verständnis legitimiert nämlich automatisch, dass die Utopieväter und -mütter eine Führungsrolle einnehmen, weil sie besser als alle anderen zu wissen scheinen, wie das Ideal verwirklicht werden kann und welche Opfer zu bringen sind. So verstanden, dient die Utopie dem Totalitarismus im wortwörtlichen Sinne: Die abstrakte Idee einer alternativen Gesellschaftsordnung leitet nun alle Bereiche des Lebens“ (Muraca 2014: 20).

Damit zeigt sich, dass Utopien nicht automatisch emanzipatorisch sind, sondern im Gegenteil auch regressiv und der Bewahrung einer bestimmten Ordnung dienen können (vgl. Muraca 2014: 21). So können durchaus auch Postwachstumsansätze in diese Richtung gehen und durch ihre Kritik der Moderne und des Fortschritts anfällig für konservative und rechte Variationen werden (vgl. Muraca 2014: 59). Muraca nennt zwei Beispiele dafür: Meinhard Miegels Exit-Modell und Alain De Benoists Neue Rechte in Frankreich.

Der Sozialwissenschaftler und Autor Meinhard Miegel argumentiert in seiner konservativen Wachstumskritik: „Die Überschüsse, die durch ökonomisches Wachstum generiert wurden, haben den Wohlfahrtsstaat und dessen Verschuldung finanziert sowie eine Reihe von sozialen Dienstleistungen ermöglicht, die nun nicht mehr finanziell getragen werden können“ (Muraca 2014: 60). Daher versteht er unter Schrumpfung vor allem die Schrumpfung wohlfahrtsstaatlicher sozialer Dienstleistungen. Darüber hinaus peilt er auch einen Wertewandel an: weg von seiner Sicht nach an Wachstum gekoppelten Werten wie Wettbewerb, Individualismus und Selbstverwirklichung und stattdessen hin zur Stärkung der traditionellen Rolle von Familien, zu Eigenverantwortung, Freiheit, Kreativität und Bescheidenheit (vgl. Muraca 2014: 60-62). So ist er etwa der Meinung, Umverteilung könne beispielsweise durch Spenden ersetzt werden (vgl. ebd.: 62). Daher wird daran

kritisiert, „das alte neoliberale Programm der Zerschlagung des Wohlfahrtsstaates unter dem Mantel des Postwachstums wiederbeleben zu wollen: Abbau des Sozialstaates, Prekarisierung der Arbeit, Privatisierung der Renten, Stärkung der Rolle der traditionellen Familien“ (Muraca 2014: 61).

Muraca kritisiert hier vor allem auch den inneren Widerspruch des Modells vom Versprechen des Ausgleichs von Wohlstandsverlust durch die Wiederentdeckung von Kunst und Kultur, das allerdings für die große Mehrheit nicht erfüllt werden kann, die durch den Wegfall von Sorgeeinrichtungen diese in ihrer freien Zeit neben der Lohnarbeit kompensieren müssten (vgl. Muraca 2014: 63). Diese Postwachstumskonzeption ist gerade auch im Hinblick auf Geschlechterverhältnisse interessant, da Sorgetätigkeiten klar in die Familie verlagert werden sollen. Denn: „Eigenverantwortung und Selbstbestimmung gibt es im Exit-Modell nur für diejenigen, die sich das leisten können“ (Muraca 2014: 62/63), für Menschen also, die das notwendige Kapital besitzen, nicht auf staatliche Leistungen angewiesen sind und nicht von Unterdrückungs- und Ausschlussmechanismen wie Homophobie, Xenophobie, Sexismus, Ableismus etc. betroffen sind. Muraca schlussfolgert daher: „Das Exit-Modell ist daher im engeren Sinne keine wirkliche Utopie, sondern ein Notprogramm zur Wiederherstellung traditioneller Werte und Lebensformen“ (Muraca 2014: 63).

Alain De Benoist wiederum greift mit seiner Neuen Rechte in Frankreich die Kritik am westlichen Entwicklungsgedanken auf, verwendet diese allerdings zur Argumentation der Verteidigung traditioneller Werte und tritt anstelle von globaler Umweltgerechtigkeit für die getrennte Entwicklung der verschiedenen Völker ein (vgl. Muraca 2014: 65). Bei ihm finden sich auch ökofaschistische Ansätze: „Umweltschutz wird dabei mit Heimat- oder gar Völkerschutz in Verbindung gebracht“ (Muraca 2014: 66).

Anhand dieser beiden Beispiele wird klar, dass Wachstumskritik nicht automatisch emanzipatorisch sein muss und aus der Diagnose der sozial-ökonomisch-ökologischen Krise sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen werden können und auch sehr unterschiedliche Interpretationen möglich sind. Muracas Fazit lautet daher: „Da die wachstumskritische Bewegung ein fruchtbares Terrain für solche Versuche der Unterwanderung bietet, ist es umso wichtiger, ein klares Bekenntnis zu Fragen der Solidarität, (Um-)Verteilung, Geschlechterverhältnisse, Demokratie und Inklusion zu formulieren“ (Muraca 2014: 67). All diese Aspekte sind schließlich auch für einen wahrhaft emanzipatorischen, queer-feministischen Postwachstumsansatz wichtig.

Akteur_innen

Eine sehr wichtige Frage, die in der Literatur zu Postwachstum allerdings oft zu kurz kommt, ist jene nach den Beteiligten und Ausgeschlossenen an Diskussionen zu Postwachstum. Aus diesem Grund stellen Egan-Krieger et al. einige grundsätzliche Fragen: Wo sind die Stimmen aus dem globalen Süden, etwa die Stimmen indigener Communities? Wer sind die Expert_innen in dieser Debatte? (Egan-Krieger et al. 2011: 9).

Mögliche Postwachstumsakteur_innen in Österreich und Europa erstrecken sich von NGOs, sozial-ökologischen Bewegungen und Initiativen über Gruppen wie *System Change, Not Climate Change* in Österreich. Eine weitere wichtige Akteur_innengruppe ist die Forscher_innengruppe *Research & Degrowth* in Barcelona.

Oftmals ist Postwachstum aber auch nicht das alleinige Thema von Gruppen und Initiativen, sondern fließt über konkrete Projekte, etwa Projekten Solidarischer Ökonomie, in Foodcoops, Reparaturcafés und Urban Gardening ein.

Weiterhin fehlende Akteur_innen in Postwachstumstheorie und -praxis sind nicht nur Akteur_innen im globalen Süden, die im globalen Norden kaum gehört werden, sondern auch Gewerkschaften und politische Parteien, besonders die verschiedenen Grün-Ökologischen Parteien Europas (vgl. D'Alisa/Demaria/Cattaneo 2013: 217). Ausnahmen stellen vor allem kleine und radikale Gewerkschaften dar, wie die spanische anarcho-syndikalistische *Confederación General del Trabajo*, sowie eigene, kleine Postwachstumsparteien in Italien, die sehr wechselhaften Erfolg genießen, und linke Parteien in Spanien und Katalonien, die Postwachstum zumindest ansatzweise in ihren Programmen erwähnen (vgl. D'Alisa/Demaria/Cattaneo 2013: 217-218).

Auch in den großen internationalen NGOs wie Greenpeace, Friends of the Earth oder Attac gibt es bislang kaum Berührungspunkte mit Postwachstum (vgl. D'Alisa/Demaria/Cattaneo 2013: 218). Deshalb stellen D'Alisa/Demaria/Cattaneo fest: „Degrowth has more successfully flourished in the interstices of grassroots activist spheres, which are less institutionalized, more ground-breaking and radical“ (D'Alisa/Demaria/Cattaneo 2013: 218).

Selbst bei Gruppen, die Postwachstum behandeln, wie *System Change* und zum Teil *Extinction Rebellion*, stellt sich die Frage nach ihrer oftmals sehr homogenen Zusammensetzung. So schreibt etwa ein Kommentator über *Extinction Rebellion (XR)* als hauptsächlich weiße und bürgerliche Organisation: „XR must realise its lack of diversity, middle-class image and glamorisation of arrest puts young black and brown people off“ (Akec 2019).

Damit stellt sich nicht nur die Frage inwiefern Postwachstum nicht nur ein sehr stark den globalen Norden, sondern dort auch nur eine bestimmte Bevölkerungsgruppe beschäftigendes Phänomen ist, nämlich die privilegierte, weiße, gebildete Mittel- und Oberschicht des globalen Nordens.

.. aber was ist mit dem globalen Süden?

Mit der vorherigen Problematik hängt ein weiterer wichtiger Kritikpunkt an Postwachstum zusammen: Er betrifft die Problematik seiner Anwendbarkeit bzw. Nicht-Anwendbarkeit auf den globalen Süden (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 5). Postwachstum ist nicht zufällig in den Zentren des globalen Nordens entstanden und wird auch bis heute hauptsächlich von dort aus beforscht und debattiert. Dennoch lässt sich über Postwachstum nicht ohne den globalen Süden nachdenken, wäre zum einen das Wachstum des Nordens doch ohne den Süden gar nicht möglich und umgekehrt die Dependenz des Südens ohne das jahrhundertelange und bis heute anhaltende Einwirken des Nordens nicht entstanden. Zum andern stammen einige Ansätze, die Postwachstum prägen, wie zum Beispiel *Buen Vivir* und *Postextraktivismus*, aus dem globalen Süden. Gleichzeitig werden die globalen Folgen einer Postwachstums-Transformation des globalen Nordens in der Diskussion oft ausgespart (vgl. Dengler/Seebacher 2019: 246). Deshalb stellen die Autorinnen auch fest: „Degrowth, in our perspective, precisely aims to focus on what needs to be done in the Global North“ (ebd.: 248), wodurch gegenwärtige Postwachstumsansätze als alleinige Ansätze für den globalen Norden verstanden werden können.

Dennoch betonen sie gerade die Bedeutung der ersten Postwachstumskonferenz im globalen Süden, die 2018 in Mexiko stattgefunden hat, und verweisen außerdem auf eine steigende Anzahl an Beiträgen zur Postwachstumsdebatte, die mittlerweile – meist in Form konkreter case studies – auch aus dem globalen Süden kommen (vgl. Dengler/Seebacher 2019: 248). Dies sind beispielsweise Forschungen zu Anti-Bergbau-Bewegungen in Osteuropa, zum bhutanesischen Gross National Happiness und zu konkreten, bestehenden Wirtschafts- und Wachstumsalternativen in Madagaskar (vgl. ebd.).

D'Alisa/Demaria/Kallis argumentieren bezüglich der Zusammenhänge zwischen globalem Norden und globalem Süden: „[D]egrowth in the North will liberate ecological space for growth in the South“ (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 5). Denn durch ein Herunterfahren der industriellen Produktion im Norden werde auch die Nachfrage nach Ressourcen des Südens sinken, wodurch die Länder der globalen Peripherie ihre eigene Bedürfnisbefriedigung und mit ihren jeweils eigenen Konzepten ihre eigenen gesellschaftlichen Ziele verfolgen könnten. Deshalb, so ihr Argument, müsse Postwachstum zunächst vor allem im globalen Norden beginnen, was allerdings nicht heißen

würde, dass die zahlreichen politischen, ökologischen und sozialen Bewegungen wie Konzepte im globalen Süden keinerlei Einfluss auf die Vertreter_innen von Postwachstum im Norden hätten.

Das Wachstums- wie Entwicklungsparadigma als jeweils andere Seite derselben Münze wurde aus dem Norden in den Süden gebracht, daher ist es für eine wahrhaft eigenständige Entwicklung des Südens unabdingbar, dass diese Einflussnahme sein Ende nimmt: „They only stand to flourish by a retreat of the growth imaginary in the Northern countries that have promoted it, if not forced it to the rest of the world“ (D’Alisa/Demaria/Kallis 2015: 5-6).

Die andere Seite ist jedoch, dass ein einseitiges Herunterfahren der Produktion des globalen Nordens geringere Importe von Primärgütern aus Ländern des globalen Südens zur Folge und damit gewaltigen negativen Einfluss auf die Ökonomien und damit auch die Gesellschaften dieser Länder hätte, wie dies auch Dengler/Seebacher anmerken:

„Will degrowth in the Global North have negative short-term impacts on the Global South, e.g. people losing their jobs in all sorts of export industries? Is it not rather privileged to claim that these are bad jobs anyway and to opt for the long-term vision of socio-ecological justice, when the lived realities of people are shaped by struggles for survival? Are we once again ‘setting the global agenda’, thereby reproducing long-standing asymmetries?“ (Dengler/Seebacher 2019: 246).

Daher argumentieren sie, Postwachstum müsse auch bedeuten, die speziellen historischen wie bestehenden Ungleichheiten zwischen globalem Norden und globalem Süden anzuerkennen und sich ihrer bewusst zu werden (vgl. Dengler/Seebacher 2019: 248). Mehr noch, meinen sie, dass zentrale Postwachstumsideen durchaus auch von Bewegungen im globalen Süden aufgegriffen werden würden (vgl. Dengler/Seebacher 2019: 249).

Sie sehen Postwachstum daher als ergänzende Zutat aus dem globalen Norden zu bestehenden Konzepten im Süden (vgl. Dengler/Seebacher 2019: 251).

Darüber hinaus hingen gerade im globalen Süden Vorstellungen vom unmittelbaren Zusammenhang zwischen ökonomischem Wachstum und Entwicklung und Fortschritt noch immer eng zusammen – die ersten Wirtschaftswachstums-basierten Entwicklungstheorien lassen grüßen –, weshalb es dort zunächst eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Vorstellungen von Entwicklung brauche (vgl. ebd.).

Kritik an Postwachstum

So wie auch Postwachstum Kritik übt, gibt es Kritik an Postwachstum. Einer der Kritikpunkte betrifft die Vagheit vieler Ansätze, etwa hinsichtlich Überlegungen wie ein post-kapitalistisches System in Zukunft konkret aussehen könnte. Darauf erwidert etwa Kallis: „In fact, it might be better to remain agnostic and pluralistic at this stage about what a post-capitalist alternative could look like and let it emerge organically from the ground, rather than dictate it from any intellectual or political height“ (Kallis 2011: 875).

Egan-Krieger et al. sehen allerdings auch zwei zentrale Gefahren, die bestimmte Sichtweisen auf Postwachstum mit sich bringen. Zum einen ist eine der einfachsten Möglichkeiten die Wirtschaft zu schrumpfen, ein politischer Deregulierungspfad, bei dem beispielsweise Dienstleistungen aus dem öffentlich finanzierten Sektor wieder in die Familie verlagert werden (vgl. Egan-Krieger et al. 2011: 16).

Wie bereits an anderer Stelle angesprochen, birgt zum anderen auch die Förderung lokaler Wirtschaftskreisläufe, einer der zentralen Aspekte vieler Postwachstums-Ansätze, Gefahren in sich, da solch ein Fokus schnell in eine reaktionäre, ausschließende Tendenz umschlagen kann: „Utopische Vorstellungen bergen die Gefahr ideologischer Fixierungen auf Ausschlusskriterien, bis hin zu totalitären Folgen“ (Egan-Krieger et al. 2011: 16).

Ein weiterer Kritikpunkt an Postwachstum betrifft die Befürchtung, es würde neokoloniale Asymmetrien reproduzieren und seine Vertreter_innen im globalen Norden alleine bestimmen wollen was getan werden müsste – mit globalen Folgen und Konsequenzen (vgl. Dengler/Seebacher 2019: 248). Dem entgegen die Autorinnen: „we argue that degrowth must not be misunderstood as a blueprint for global transformation proposed by the Global North and imposed on the Global South, but rather as a Northern supplement to Southern ideas and movements, which already exist“ (Dengler/Seebacher 2019: 249).

Dies sind Aspekte, die daher bei jeder Theorie und Praxis zu Postwachstum mitgedacht werden müssen.

Übergang

Bezüglich eines konkreten Überganges und konkreter Richtungen, die zu Postwachstum führen, gibt es viele unterschiedliche Ansichten.

Eine der wohl bekanntesten und meistzitierten Konzeptionen stammt vom ökonomischen Anthropologen Serge Latouche, der acht miteinander zusammenhängende Transitionen in Richtung Postwachstum nennt, die sieben großen R's. Diese sind: Reevaluation, Rekonzeptualisierung, Restrukturierung, Redistribution, Relokalisation, Reduktion und Recycling (vgl. Latouche 2015: 58).

1. Reevaluation

Es geht Latouche zunächst um die Etablierung anderer Werte, „nämlich jene, die den gegenwärtig vorherrschenden Werten (beziehungsweise dem Werteverlust) entgegengesetzt sind“ (Latouche 2015: 59). Das bedeutet: Altruismus statt Egoismus, Kooperation statt Konkurrenz, Zwischenmenschliches und Soziales statt Materiellem und unbegrenztem Konsum, Lokales statt Globales und so weiter (vgl. Latouche 2015: 59).

2. Rekonzeptualisierung

Zusätzlich zur Reevaluation braucht es die Rekonzeptualisierung, das heißt, die Neudefinition unserer Vorstellungen, wie beispielsweise von Reichtum und Armut, Knappheit und Überfluss (vgl. Latouche 2015: 60-61).

3. Restrukturierung

Dies bedeutet die Anpassung des Produktionssystems und der sozialen Beziehungen an den Wertewandel (vgl. Latouche 2015: 61) – mit einer klaren Richtung: „Die Zielrichtung muss eine Degrowth-Gesellschaft sein“ (Latouche 2015: 61/62).

4. Redistribution bzw. Umverteilung

Damit ist sowohl Umverteilung von Ländern des globalen Nordens zugunsten von Ländern des globalen Südens, als auch Umverteilung innerhalb von Gesellschaften gemeint (vgl. Latouche 2015: 62): „Wir haben gegenüber dem Süden eine riesige ‘ökologische Schuld‘ angehäuft. Diese zu begleichen, indem wir die Natur weniger ausbeuten, wäre nur gerecht. Dabei handelt es sich, [...] weniger darum, etwas zu geben, sondern eher darum, weniger zu nehmen“ (Latouche 2015: 62/63).

5. Relokalisierung der Produktion

Zwar sollten „Ideen [...] Grenzen frei überwinden, aber der Transport von Waren und Kapital muss auf das Notwendigste beschränkt werden“ (Latouche 2015: 63). Diese Relokalisierung ist allerdings nicht nur als ökonomisches Thema, Latouche dehnt sie vielmehr auch auf Politik, Kultur und den

Sinn des Lebens aus, die „wieder auf ihre lokalen Wurzeln zurückgeführt werden“ (Latouche 2015: 63-64) müssen. „Dazu gehört auch, dass ökonomische, politische und kulturelle Entscheidungen ebenfalls auf lokaler Ebene getroffen werden müssen“ (Latouche 2015: 64).

6. Reduktion

Dies „bedeutet zunächst einmal, eine Produktions- und Konsumptionsweise zu entwickeln, die sich weniger auf die Biosphäre auswirkt. Dabei geht es vor allem darum, unseren Überkonsum zu beschränken und unsere Wegwerfmentalität abzulegen“ (Latouche 2015: 64).

7. Recycling

Das letzte R meint nicht nur den gleichnamigen Prozess an sich, sondern auch die Bekämpfung der geplanten Obsoleszenz bei Geräten und generell der hemmungslosen Vergeudung (vgl. Latouche 2015: 68).

Auch D'Alisa/Demaria/Kallis nennen verschiedene Praktiken, Initiativen und Institutionen, die einen solchen Postwachstums-Übergang ausmachen können. Dazu gehören neue ökonomische Praktiken, wohlfahrtsstaatliche Institutionen, die nicht auf Wachstum basieren, neue Arten von Banken und konkrete politische Strategien (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 11-14).

Ökonomisch können Ökosiedlungen, Kooperativen, Urban-Gardening-Projekte, Gemeinschaftswährungen wie auch Zusammenschlüsse für gemeinschaftliche und solidarische Sorge- und Fürsorge-Arbeit⁸ zu einem Wandel beitragen (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 11).

All diese Projekte teilen ihrer Ansicht nach fünf verbindende Eigenschaften:

Erstens charakterisiert sie die Verschiebung von Tauschwertproduktion zu Gebrauchswertproduktion (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 11). Zweitens steht die Freiwilligkeit der Arbeit anstelle von Lohnarbeit im Vordergrund, womit es automatisch zu einer Entkommodifizierung und Entprofessionalisierung von Arbeit kommen soll (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 11-12). Drittens zirkulieren Waren fortan als freiwillige Geschenke anstelle von Profitstreben getrieben zu sein (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 12). Damit hängt auch die vierte Eigenschaft zusammen: ihre Loslösung vom Akkumulationsdrang. Fünftens sind sie allesamt neue Formen anti-kapitalistischer Commons (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 12). Darüber hinaus tragen alle diese Praktiken grundlegende Gedanken von Postwachstumsansätzen in sich: Ihre Herstellung benötigt weniger Materialverbrauch, womit wiederum weniger CO₂-

⁸ Silvia Federici hat einen solchen, bereits bestehenden Verein in New York beschrieben, Regeneración Child Care New York

Emissionen ausgestoßen werden als bei der bisherigen Produktion für Staat und Markt. Gleichzeitig sind diese Praktiken auch ineffizienter, wie die Autoren anführen, da sie nicht mehr auf Spezialisierung und Arbeitsteilung beruhen (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 12). Ich würde allerdings argumentieren, dass genau diese Art der Produktion von Waren und Dienstleistungen sogar effizienter sein kann, da sie direkt auf konkrete Bedürfnisse ausgerichtet ist. Ihre geringere Produktivität macht sie außerdem umweltfreundlicher, „precisely because their unproductiveness limits their scale“ (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 12).

Öffentliche Dienstleistungen wie Bildung und Gesundheit sollten mit der Einbindung ihrer Nutzer_innen erfolgen, damit sollen sie billiger und vor allem auch demokratischer und nutzer_innenzentrierter werden (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 12). Auch hier geht es wieder darum, dass Leistungen an jeweils konkrete Bedürfnisse angepasst werden. D'Alisa/Demaria/Kallis versprechen sich davon daher „an improvement, not a deterioration, of public services“ (S. 12).

Postwachstum bedeutet im zweiten konkreten Übergang auch, bezahlte Beschäftigung von Wachstum, und Wohlbefinden von bezahlter Beschäftigung zu entkoppeln: dafür brauche es in Zukunft neue und vor allem andere Institutionen, die nicht mehr auf Wachstum basieren müssen (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 12). Die Autoren sprechen hier etwa ein bedingungsloses Grundeinkommen, eine Höchsteinkommensgrenze sowie Arbeitszeitverkürzung an (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 12). Gerade letztere könnte es Menschen stärker als bisher ermöglichen, sich in gemeinschaftlichen, unbezahlten, aber gesellschaftlich wichtigen Aktivitäten zu engagieren (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 13). Zusätzlich kann gerade die gezielte Förderung sozialer und ökologischer Berufe den Kern einer solchen neuen Ökonomie bilden, die auch ohne Wachstum Wohlstand hervorbringt (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 13).

Auch neue Formen von Banken und Währungen spielen eine wichtige Rolle in einem solchen Übergang und einer Postwachstumsökonomie. Als Beispiele nennen die Autoren hier „Community currencies, time banks and local exchange trading systems“ (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 13), die allesamt zur Relokalisierung des Wirtschaftens beitragen können (vgl. ebd.). Hinzu kommt die Idee öffentlichen, schuldenfreies Geldes, das Kredite durch private Banken ablösen soll. Denn letztere müssen mit Zinsen und daher mit Wachstum zurückgezahlt werden (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 13). Öffentliches, schuldenfreies Geld hingegen kann vom Staat für den öffentlichen Bedarf ausgegeben werden: für die Finanzierung eines Grundeinkommens, für Jobgarantien, für die Unterstützung von Kooperativen und vielem mehr (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 13).

Letztlich sind die Autoren der Meinung, dass der Übergang am ehesten durch möglichst unterschiedliche Akteur_innen und Strategien zuwege gebracht werden kann (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 14).

Die Frage, die sich an dieser Stelle stellt, ist, auf welche Art und Weise und durch wen ein solcher Übergang angestoßen werden kann. Die Positionen hierzu sind erneut so unterschiedlich wie die Möglichkeiten, die präsentiert werden: Einige Autor_innen setzen auf aktivistische Aktionen, um den Übergang einzuleiten, andere wiederum, wie Serge Latouche, sprechen von einer Mischung aus politischen Akteur_innen und grassroots-Aktionen (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 14). Dieser argumentiert auch am stärksten von allen für Postwachstum als Projekt einer politischen Linken, wobei er allerdings gegen eine ausgesprochene Postwachstumpartei ist, die nur dieses eine Thema vertritt (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 14).

Wieder andere setzen auf soziale Bewegungen wie die spanischen Indignados „to change the parliamentary system into a more direct form of democracy, such as that signified by the assemblies in the occupied squares“ (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 14). Weitere Autor_innen verweisen auf das transformative potential of non-capitalist grassroots economic practices of education, care, food provision, living and producing which are deemed political, even if they don't take place in the traditional arenas associated with politics, such as political parties, elections or parliaments“ (D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 14).

Auch Adelheid Biesecker nennt einige konkrete, wie sie diese nennt, „Keimlinge des Neuen“ (Biesecker 2011: 83), die für eine solche Transformation zum Wachsen gebracht werden müssen, während andere wiederum schrumpfen müssen (vgl. Biesecker 2011: 83). Zu diesen Keimlingen gehören eine nachhaltige Land-, Forst- und Fischwirtschaft, Solidarische Ökonomien, kooperative Wohnprojekte und Care-Strukturen, energieautonome Regionen, die erneuerbare Energiepotenziale der eigenen Region nutzen, Nachbarschaftsgärten und Banken als Akteur_innen vorsorgenden Wirtschaftens (vgl. Biesecker 2011: 83). Viele solcher Initiativen bestehen bereits, wie sich nicht zuletzt in Friederike Habermanns *Halbinseln gegen den Strom* nachlesen lässt.

Ausblick

Letzten Endes braucht es noch viel mehr Forschung, um Postwachstumsargumente und -ansätze nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in Politik und Gesellschaft verankern zu können (vgl. D'Alisa/Demaria/Kallis 2015: 15). Forschung kann dabei Argumente liefern und Narrative schaffen, die einen solchen Postwachstums-Übergang überhaupt erst ermöglichen (vgl. ebd.)

Die Autoren argumentieren:

„More research can help us understand how people and nations adapt to the lack of growth, why some grassroots practices succeed while others collapse or get incorporated into the mainstream, or how, and under what conditions, new welfare institutions will produce the outcomes their advocates claim they will“ (D’Alisa/Demaria/Kallis 2015: 15).

Dabei darf es allerdings nicht nur um Forschung gehen. Postwachstum ist schließlich keineswegs ein ausschließlich wissenschaftliches Projekt, sondern stellt ganz im Gegenteil vor allem auch den Anspruch auf Veränderung. Wissenschaftliche Erkenntnisse dienen dabei als argumentative Hilfslinien für den Abschied vom Wachstum, wobei gerade auch praktische Erfahrungen ein wesentlicher Bestandteil der einzelnen Ansätze, Vorschläge und Projekte sind.

Zwischenfazit

Nach diesen theoretischen Ausführungen zu Wachstum, Wachstumskritik, queer-feministischer Ökonomik und Postwachstum folgt im Anschluss im zweiten Teil der Arbeit die Darstellung und Analyse ausgewählter, konkreter Postwachstumsansätze hinsichtlich ihrer Leerstellen und Anknüpfungspunkte bezüglich Geschlechterverhältnissen, gefolgt von zentralen Anknüpfungspunkten für eine queer-feministische Postwachstumstheorie.

TEIL II

f ü n f t e s k a p i t e l - m e t h o d i k

Einleitung

Unterschiedliche Ansätze feministischer Ökonomie wie auch ökofeministische Theorien können meiner Meinung nach zur Füllung der Leerstellen von Postwachstumsansätzen beitragen. Diese Theorien fragen prominent nach dem Verhältnis von produktiver und reproduktiver Arbeit, wie es Postwachstumsansätze bislang kaum bis gar nicht tun, nach den Zusammenhängen zwischen Kapitalismus, Wachstum, Umweltzerstörung und der Unterdrückung bestimmter Bevölkerungsgruppen und zeigen Alternativen, Transformationsmöglichkeiten sowie Möglichkeiten des Widerstandes auf. Damit werfen sie Fragen auf, die viele Postwachstumstheorien nur streifen oder gar nicht erst behandeln.

Aus diesem Grund folgt nach diesem theoretischen Zwischenstand nun im zweiten großen Teil der Arbeit die Fokussierung auf spezifische Postwachstumsansätze und deren kritische Analyse. Die bisher vorgestellte und besprochene Theorie ist nicht nur Selbstzweck, sondern diene dafür als Vorarbeit, da sie im zweiten Forschungsabschnitt zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen soll.

Diese theoretischen Ansätze haben zu Beginn des Prozesses vor allem die Richtung dieser Arbeit beeinflusst und damit auch bestimmte Vorannahmen erzeugt, die meinen Blick für bestimmte Themen und Aspekte geschärft haben, was wiederum im nun folgenden zweiten Teil von Nutzen sein kann.

Vorgehensweise

Im zweiten Teil dieser Arbeit liegt der Fokus nun auf spezifischen Postwachstumsansätzen, die ich anhand einiger lektüreleitender Fragen in Bezug auf Geschlechterverhältnisse untersuchen möchte. Dadurch sollen sowohl Leerstellen als auch Anknüpfungspotenziale sichtbar gemacht werden, um im letzten Kapitel schließlich alles bisherige verweben und queer-feministische Perspektiven für Postwachstum aufzeigen zu können.

Lektüreleitende Fragen

1. Kommen Geschlechterverhältnisse im vorliegenden Ansatz vor? Wenn ja, wie kommen sie vor und zu welchem Zweck?
2. Wo werden Geschlechterverhältnisse nicht explizit thematisiert, obwohl dies laut Theorie notwendig wäre?

3. Bezugnahme auf Konzepte feministischer Ökonomik? - dh. konkrete Anknüpfungspunkte
4. Welche Rolle spielt soziale Reproduktion/Care-Arbeit in den Ansätzen?
5. Wozu befähigen die einzelnen Ansätze?

Hinzu kommen einige grundlegende Fragen:

6. Wie definieren die einzelnen Autor_innen konkret Postwachstum?
7. Wie sehen sie die Gestaltung von Postwachstum?
8. Was ist das Ziel der jeweiligen Theorie/des jeweiligen Ansatzes?
9. Woraus leiten sie ihre Wachstumskritik ab?
10. Haben sie Ideen für eine Transformationsstrategie, wenn ja, wie sieht diese aus?

s e c h s t e s k a p i t e l - d i e r o l l e q u e e r - f e m i n i s t i s c h e r p e r s p e k t i v e n i n b e s t e h e n d e n p o s t w a c h s t u m s t h e o r i e n

Im zweiten Teil dieser Arbeit möchte ich in einem ersten Schritt nach der vorhergehenden Einführung in den Postwachstumsdiskurs einige bestehende Postwachstumstheorien unterschiedlicher Autor_innen darstellen und in einem weiteren Schritt mithilfe der lektüreleitenden Fragen analysieren, das heißt, auf ihre Leerstellen und Anknüpfungspunkte hin besprechen.

Im dritten Schritt im darauffolgenden letzten Kapitel geht es schließlich um die abschließende Diskussion der Ergebnisse.

Matthias Schmelzer & Alexis Passadakis: Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte.

Matthias Schmelzer ist Historiker, Politikwissenschaftler und Philosoph und als solcher Teil des Kollegs Postwachstumsgesellschaften und des Konzeptwerks Neue Ökonomie. Alexis Passadakis ist Politikwissenschaftler und attac-Mitglied.

Sie beide gehören laut Schmelzers eigener Typisierung zum kapitalismuskritischen Strang von Postwachstum. Gemeinsam haben sie das Büchlein *Postwachstum: Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte* verfasst, das als attac Basistext erschienen ist. In diesem zeichnen sie nicht nur die Geschichte des Wachstumsparadigmas nach – zu der Schmelzer promoviert hat –, sondern hinterfragen auch die häufigsten Argumente für Wachstumspolitiken und besprechen schließlich ihre eigene Vision einer, wie sie es nennen, solidarischen Postwachstumsökonomie. Mit diesem Begriff wollen sie, laut Eigenaussage, „an globalisierungskritische Forderungen anknüpfen und diese vorantreiben“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 67).

Diese solidarische Postwachstumsökonomie bedeutet für sie:

„eine konsequente sozial-ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise und eine demokratisch organisierte Reduktion von Produktion und Konsum. Ziel ist eine Ökonomie, die global soziale Rechte für alle sichert und die ökologischen Grenzen nicht überschreitet“
(Passadakis/Schmelzer 2011: 67).

Damit wollen sie der gegenwärtigen imperialen Lebensweise eine solidarische Lebensweise entgegensetzen (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 88)

Sie stellen heutigen Trends von ‘Lifestyle-Ökos’, die in den richtigen Bio- und Fairtrade-Geschäften die richtigen Bio- und Fairtrade-Produkte kaufen, dabei die wachstumsorientierten Konsummuster keineswegs hinter sich lassen, sondern auf andere Weise weiterführen und möglicherweise sogar

noch verstärken, ihr Konzept der solidarischen Postwachstumsökonomie gegenüber. Dies nennen sie zugespitzt: „Solidarische Lebensweise statt Bionade-Bourgeoisie“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 88) und meinen damit „dass heute und konkret Lebensbereiche wie Ernährung, Wohnen, Haus- und andere Arbeit sowie Einkauf und Konsum in einer solidarischen Weise organisiert werden“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 88).

Die solidarische Postwachstumsökonomie betrifft Süden wie Norden. Aus diesem Grund stellen sie das Modell der Kontraktion & Konvergenz vor, einen Ansatz, der Norden und Süden insofern verbindet als es zum einen um eine globale Kontraktion der Wirtschaftsaktivität als auch um eine Konvergenz zwischen globalem Norden und globalem Süden geht (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 69). Globaler Naturverbrauch und globale Wirtschaftsaktivität sollen weit genug zurückgefahren werden, um innerhalb der ökologischen Grenzen zu bleiben (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 69). Diese Kontraktion betrifft größtenteils die Aktivitäten des Nordens im Süden wie auch im Norden selbst. Im Rahmen der Konvergenz wiederum soll ein Ausgleich zwischen dem Naturverbrauch des Nordens und des Südens erreicht werden (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 69).

Im Norden braucht es dafür zunächst „sektorales selektives Schrumpfen“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 71), das heißt, manche Wirtschaftssektoren müssen schrumpfen, andere wiederum wachsen. Als Ergebnis davon nimmt das BIP ab, wodurch Wirtschaftswachstum kein zentraler Wohlstandsindikator mehr sein kann.

Jene Sektoren, die nicht sozial-ökologisch umgebaut werden können, wie Kohlekraftwerke, Atomkraftwerke, die Rüstungsindustrie, Flugverkehr und große industrielle Landwirtschaft, müssen schrumpfen (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 71). Wachsen wiederum sollen erneuerbare Energien, ökologische, kleinteilige Landwirtschaft, solidarische und genossenschaftliche Unternehmen, der öffentliche Verkehr, Bildung und Gesundheit (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 71). Damit deckt sich dieser Teil des Ansatzes stark mit bereits vorgestellten, generellen Postwachstumsideen.

Ausgebaut werden sollen also hauptsächlich Dienstleistungssektoren, wobei es andernorts auch Kritik daran gibt, wie ich bereits in einem vorangegangenen Kapitel ausgeführt habe.

Auch für sie hängen globale Klimagerechtigkeit und Postwachstum grundlegend zusammen.

Einer ihrer wesentlichen Ausgangspunkte ist der Öko-Keynesianismus. Dieser zielt allerdings immer noch auf Wachstum ab, weshalb die Autoren Elemente einer öko-keynesianischen Wachstumspolitik, wie Arbeitszeitverkürzung, Umverteilung und die Kontrolle von Kapital und Investitionen mit anderen Konzepten wie Commons, Energiedemokratie, Ernährungssouveränität und Deglobalisierung (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 73-74) verbinden. Diese übersetzen sie

schließlich in sieben Punkte zur Gestaltung ihrer solidarischen Postwachstumsökonomie: Solidarische Ökonomie, Keimzellen, Commons; Investitionslenkung, Schrumpfung und Regulierung der Finanzmärkte, weniger und anders arbeiten, eine demokratische Wirtschaftspolitik, Umverteilung und Sicherung des Sozialen, Lokalisierung und Deglobalisierung (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 74).

Eine solidarische Postwachstumsökonomie baut grundlegend auf Commons auf. Dafür braucht es die Ausbreitung von **Commons**, sowohl in Produktion als auch Konsum (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 75). Der Prozess der Kommodifizierung muss umgekehrt werden, damit „vor allem lebensnotwendige Güter wie Wasser, Luft, Meere, Wälder, Boden, Lebensmittelversorgung, Wohnraum und Wissen dem Markt (aber auch der staatlichen Verwaltung) [entzogen werden] [...] und kollektiv und solidarisch [...] [verwaltet werden können]“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 74-75). Bereits bestehende Initiativen, die in diese Richtung gehen, seien jedoch, selbst wenn sie stark wachsen würden, nicht genug, so die Autoren. Stattdessen gelte es, diese konkreten Projekte mit einer übergeordneten wirtschaftlichen Transformation zu verbinden (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 75).

Deshalb führen die Autoren als nächsten Punkt die Notwendigkeit der **Lenkung von Investitionen** an. Da es einen direkten Zusammenhang zwischen steigenden Investitionen und steigendem Materialdurchsatz und Naturverbrauch gibt, argumentieren die Autoren grundsätzlich für eine Reduktion von Investitionen, argumentieren aber auch, dass bestimmte Investitionen, wie etwa jene in postfossile soziale Infrastrukturen, gestärkt werden müssen (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 76 – 77). Neue Investitionen brauche es vor allem in vier Bereichen: Für den sozial-ökologischen Umbau der Ökonomie (etwa durch Maßnahmen für Ernährungssouveränität und dezentrale erneuerbare Energien), in die Sorge-Ökonomie, Bildung, Gesundheit und Soziales, Investitionen zur Anpassung an und Vermeidung des Klimawandels und von Umweltschäden; und Finanztransfers des Nordens an den Süden zum Ausgleich der Klimaschulden des Nordens, beispielsweise mithilfe von Wiederaufforstungsprogrammen (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 76). Diese lokale Infrastruktur soll zukünftig auf dezentralen erneuerbaren Energien basieren, demokratisch beschlossen und kontrolliert werden sowie durch öffentliche Banken und kommunale Investitionsprogramme finanziert werden (vgl. ebd.).

Der dritte Punkt betrifft die **Schrumpfung und Regulierung der Finanzmärkte**. Eine solidarische Postwachstumsökonomie brauche auf jeden Fall „ein grundlegend anderes internationales Währungs- und Finanzsystem“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 79). Finanzinstitutionen müssen reguliert und geschrumpft werden, wobei es ihre zukünftige Aufgabe ist, „die sozial-ökologische

Transformation von Ökonomie und Gesellschaft zu unterstützen“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 79). Dementsprechend sollen nur mehr gesellschaftlich nützliche finanzielle Investitionen und Geldflüsse getätigt werden (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 79).

Viertens wird in einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft **weniger und anders gearbeitet**.

In diesem Bereich soll Erwerbsarbeit sozial-ökologisch umgeschichtet und fair auf alle Menschen verteilt, das Gesamtarbeitsvolumen reduziert und die Einkommen angeglichen werden, mit der Erwartung, dass durch all diese Maßnahmen Materialdurchsatz und daher auch das BIP reduziert werden (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 80-81). Die Verbindung zwischen Beschäftigung und Wachstum soll damit gekappt werden, weshalb die wachstumsbasierte Vollbeschäftigungsgesellschaft auch nicht mehr als Ziel angesehen wird, die ohnehin schon länger nicht mehr aufrechterhalten werden kann (Passadakis/Schmelzer 2011: 81). Ähnlich wie bei den Investitionen gäbe es Arbeit, die schrumpft und schrumpfen muss, wie zum Beispiel die Produktion vieler Konsumgüter, genauso aber auch Arbeit, die in einer post-fossilistischen und de-industrialisierten Ökonomie und Gesellschaft mehr wird, wo also in Zukunft auch entsprechend mehr Menschen eingesetzt werden müssen (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 81-82). Denn auch „[d]ie Länge der Erwerbsarbeitszeit steht in unmittelbarem Zusammenhang zu Fragen des Naturverbrauchs einer Ökonomie“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 81).

Sie erwähnen auch das politische wie ökonomische Kampf- und Schlagwort der Arbeitszeitverkürzung bei gleichzeitiger gesellschaftlicher Lohnangleichung (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 81-82): „Löhne im unteren Einkommensdrittel könnten steigen, während die Löhne der oberen Einkommensgruppen mit der Verkürzung der Arbeitszeit sinken“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 82). Von dieser Verkürzung versprechen sie sich die Lösung vieler heutiger Probleme, die durch die gegenwärtige Gestaltung von Arbeit und Arbeitszeit ausgelöst werden: „Arbeitsüberlastung und Stress für einige, Massenerwerbsarbeitslosigkeit für andere, imperiale Lebensweise, geringes gesellschaftliches Wohlbefinden, tief in die Arbeitswelt eingeschriebene (Geschlechter-)Ungleichheiten und genereller Zeitmangel, um sozial und ökologisch zu leben“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 81). Dies ist damit auch die erste Stelle, an der sie explizit Geschlechterverhältnisse erwähnen.

Gerade Arbeitszeitverkürzung sehen sie außerdem als eine wesentliche Strategie, die „neue, strategisch notwendige Spielräume [schafft], um eine produktive Schrumpfung politisch attraktiv und durchsetzbar zu machen“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 82). Doch es ist wiederum nur eine Maßnahme, die für sich genommen keineswegs ausreicht, denn „schließlich würde weitere massive

‘Rationalisierung‘ die Antwort der Unternehmen sein, und ihr Imperativ, Profite zu erzielen, also zu wachsen, würde nicht ausgehebelt“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 82).

Unter ihrem fünften Punkt schlagen die Autoren eine **sozial-ökologische Steuerreform** vor, die aber alleine nicht ausreichend ist und daher ebenfalls durch weitere Maßnahmen ergänzt werden muss. Dieses Instrument vollzieht gewissermaßen die Internalisierung externalisierter Kosten der Produktion von Gütern, das heißt, hohe Steuern auf umweltschädliche Wirtschaftsaktivitäten, deren Folgen gegenwärtig auf Menschen und Natur externalisiert werden, sollen diese entsprechend verteuern, damit sie sich nicht mehr lohnen: Fortan müssen „Preise [...] die ‘ökologische Wahrheit‘ sagen“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 82).

Ergänzend muss es Verbote bestimmter Aktivitäten, beispielsweise den Betrieb von Kohlekraftwerken, und die Zuteilung bestimmter Produkte über andere Mechanismen als den Markt, geben, da sie Marktmechanismen als „nur bedingt geeignet, den notwendigen Umbau zu steuern“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 83) sehen.

Hinter dem sechsten Punkt der **Umverteilung und Sicherung des Sozialen** verbergen sich die Umverteilung von Einkommen und Vermögen sowie die Sicherung und Transformation der Sozialsysteme. Zum einen sehen Schmelzer und Passadakis als zentrale Bedingung für das Entstehen einer solidarischen Postwachstumsgesellschaft den „Ausbau eines umfassenden, solidarischen Sozialversicherungssystems (Arbeitslosen-, Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung etc.), das allen Menschen, die in ihr leben, ein Leben in Würde und ohne Armut gewährleistet“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 85). Zum anderen streben sie eine Kombination von Grundeinkommen und Maximaleinkommen an (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 84), „[d]enn der Naturverbrauch eines Individuums hängt stark von dem verfügbaren Einkommen ab und eine ungleiche Einkommensverteilung ist aus einer egalitären Perspektive radikal undemokratisch“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 84). Sowieso sind die Autoren der Auffassung: „Es ist genug für alle da – der bestehende Reichtum muss gerecht verteilt werden, und nicht weiter wachsen“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 84)

Im siebten und letzten Punkt, **Lokalisierung und Deglobalisierung**, kritisieren die Autoren, dass globale Wertschöpfungsketten die heutige Produktionsweise der meisten Güter prägen und diese sowie deren Transportwege wenig mit tatsächlicher Bedürfnisbefriedigung zu tun haben (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 87). Um dies zu verdeutlichen, führen sie das Beispiel Deutschlands an, das ebenso viele Milcherzeugnisse importiert wie exportiert (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 87). Dem stellen sie Lokalisierung und Deglobalisierung gegenüber.

Lokalisiert und regionalisiert werden könnten besonders zwei Bereiche: Energieerzeugung und Landwirtschaft, weshalb Ernährungssouveränität und Energiedemokratie auch „Schlüsselprojekte einer solidarischen Postwachstumsökonomie“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 88) darstellen. Sie räumen allerdings gleichzeitig ein, dass es auch Güter gibt (wie zum Beispiel Laptops), deren Produktion zu komplex ist, um sie lokal herstellen zu können (vgl. Passadakis/Schmelzer 2011: 88). Das Konzept der Deglobalisierung wiederum bedeutet, „neue handelspolitische Spielräume für die Länder des Südens zu erlangen und die Macht der internationalen Finanzinstitutionen und Finanzmärkte zu schwächen“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 87).

Leerstellen & Anknüpfungspunkte

Die Solidarische Postwachstumsökonomie von Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis kommt großteils ohne Bezugnahme auf und Reflexion von Geschlechterverhältnissen aus. Sie erwähnen zwar, dass Postwachstum vielen unterschiedlichen Ideen und Disziplinen entspringt, darunter auch die feministische Ökonomie, greifen aber keinerlei Ideen aus dieser Disziplin auf. So sprechen sie etwa die Trennung von Arbeit in (männliche) Produktion und (weibliche) Reproduktion an und sehen die Verbindung von beidem als das (Re)Produktive als einen Aspekt ihrer Solidarischen Postwachstumsökonomie, erwähnen aber nicht den gleichnamigen Ansatz der Ökonominen Adelheid Biesecker und Sabine Hofmeister, den ich bereits in Teil I dieser Arbeit vorgestellt habe. Dieser verbindet Produktion und Reproduktion und weist auf ihre unauflösbare Verwobenheit hin, und auch auf deren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Naturverhältnissen.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass Schmelzer/Passadakis' Ansatz große Teile eines weiteren Konzepts von Adelheid Biesecker, nämlich das des Vorsorgenden Wirtschaftens, teilt. Dieses besteht aus drei Elementen: Vorsorge statt Nachsorge, Kooperation anstelle von Konkurrenz und Orientierung am für das gute Leben Notwendigen – alle drei auch Elemente der Solidarischen Postwachstumsökonomie. Dennoch wird Bieseckers Konzept an keiner Stelle erwähnt.

Die Autoren sprechen zwar an, dass der Bereich der Sorgeökonomie in einer Postwachstumsgesellschaft wachsen wird müssen, stellen allerdings weder den Begriff selbst und damit die Ökonomisierung von Care-Arbeit in Frage, noch haben sie konkrete Überlegungen dazu parat. Damit fehlt eine Problematisierung nicht nur von Arbeitsverteilung im Allgemeinen, sondern auch von Care-Arbeit im Speziellen. 'Weniger und anders arbeiten' als einer ihrer Aspekte einer Transformationsstrategie bleibt außerdem zu schwammig, als dass sie „tief in die Arbeitswelt eingeschriebene (Geschlechter-)Ungleichheiten“ (Passadakis/Schmelzer 2011: 82) zwar als eines der Probleme sehen, die sich durch die gegenwärtige Gestaltung von Arbeit und Arbeitszeit

ergeben, jedoch nicht überlegen, wie sich diese Geschlechterungleichheiten auswirken und was es braucht, um sie aufzulösen. Es ist schlicht kein Fokus in ihrem Ansatz. Darüber hinaus findet Care-Arbeit in diesem sehr wichtigen Punkt der Arbeitsverteilung gar keine Erwähnung.

Auch in ihren weiteren Aspekten sowohl der Solidarischen Postwachstumsökonomie als auch der dazugehörigen Transformationsstrategie finden Geschlechterverhältnisse keinen Platz. Queer-feministische Ansätze fehlen sowieso.

Ihre Definition ihrer Solidarischen Postwachstumsökonomie lautet:

„Eine Solidarische Postwachstumsökonomie bedeutet eine konsequente sozial-ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise und eine demokratisch organisierte Reduktion von Produktion und Konsum“ (S. 67).

Sowohl in der Transformation der Produktions- und Lebensweise, als auch in der Reduktion von Produktion und Konsum spielen Geschlechterverhältnisse eine wichtige Rolle. So muss etwa die Transformation der Produktionsweise eine Auflösung der künstlichen Trennung von Produktion und Reproduktion und deren neuerliche Zusammenführung bedeuten, und die Reduktion von Produktion und Konsum darf nicht zu Lasten bestimmter gesellschaftlicher Gruppen gehen. Insofern stellen Geschlechterverhältnisse eine grundlegende Zutat einer Solidarischen Postwachstumsökonomie nach Schmelzer & Passadakis dar.

Barbara Muracas Grundpfeiler für eine Postwachstumsgesellschaft

Die ursprünglich aus Italien stammende Philosophin Barbara Muraca mit Forschungsschwerpunkten in feministischer Philosophie sowie Umwelt- und Nachhaltigkeitsethik ist eine der wenigen weiblichen Autor_innen und Akteur_innen der Postwachstumsdebatte.

Für sie stellt Postwachstum, wie bereits an anderen Stellen in dieser Arbeit angesprochen, eine konkrete Utopie dar, die allerdings, um wahrhaft zukunftsweisend zu sein, nicht abschottend, das heißt, keine Sache einzelner, isolierter Orte sein darf, wo „die Solidarität an den geographischen oder politischen Grenzen der Gemeinschaft aufhört“ (Muraca 2014: 85).

Ihre Grundpfeiler für eine Postwachstumsgesellschaft bauen großteils auf bereits existierenden Initiativen und Projekten auf. Diese stellen für sie Laboratorien und Experimentierorte „für die ‚Postwachstumsvision als konkrete Utopie‘ dar“ (Muraca 2014: 90). Ein Aspekt eint dabei alle Teile: Vom Konkurrenzdenken und von Ungleichheiten getriebenes Wachstum verschwindet und schafft Raum für andere, solidarische Beziehungen.

1. Commons bzw. Kooperation statt Wettbewerb

Unter Commons versteht sie nicht nur „die gemeinschaftliche Nutzung von Gemeingütern“ (Muraca 2014: 79), sondern „auch eine Form der Beziehungen, die unsere digitale Welt möglich gemacht hat“ (ebd.). Sie argumentiert, dass anstelle davon, Produkte und Dienstleistungen von miteinander konkurrierender Großunternehmen herstellen zu lassen, diese auch „vollständig lokal, dezentral und gleichzeitig global durch Vernetzung und Austausch gemeinsam entwickelt werden“ (Muraca 2014: 79) können. Commons sind damit nicht nur „eine andere Produktions- und Nutzungsform: Commons ist eine andere Art des Seins und des Zusammenlebens“ (Muraca 2014: 80).

2. Umverteilung gegen Ungleichheit

Muraca argumentiert, dass gerade Ungleichheit ein wichtiger Wachstumstreiber ist, „weil sie den konstanten Vergleich und den Wunsch nach sozialem Aufstieg anregt“ (Muraca 2014: 80). Gleichzeitig ist aber „Ungleichheit [...] auch – wie zahlreiche Studien nachweisen – eine der wichtigsten Ursachen für Unzufriedenheit und eine Verschlechterung der Lebensqualität“ (Muraca 2014: 80), weil das Streben nach Mehr keineswegs an einem bestimmten Punkt stoppt, sondern immer weiter geht.

Eine Postwachstumsgesellschaft, so Muraca, „ist [...] als demokratische und gerechte Gesellschaft gerade dann stabil, wenn die Ungleichheit möglichst gering bleibt“ (Muraca 2014: 80).

Um Ungleichheiten, die durchaus auch in einer Postwachstumsgesellschaft ohne Wachstums- und damit Konsum- wie auch Ungleichheitstreiber wie dem BIP, entstehen können, entgegenzuwirken, schlägt Muraca daher eine Grundsicherung vor, hinsichtlich derer es verschiedene Konzepte und Modelle gibt. Sie schlägt das Konzept einer Bedingungslosen-Autonomie-Grundausrüstung (Dotation Inconditionnelle d'Autonomie, DIA) einer Gruppe rund um Paul Ariès vor, in dem es nicht nur um Geldleistungen ohne Gegenleistung geht, sondern auch um die Bereitstellung einer bestimmten Grundausrüstung von Dienstleistungen und Nutzungsrechten (vgl. Muraca 2014: 80). Diese umfasst zum Beispiel Bildung, Mobilität und Wohnen (vgl. ebd.: 80-81), denn: „Wenn der Zugang zu wesentlichen Dienstleistungen nicht nur durch Geld ermöglicht ist, braucht man auch weniger materielle Ressourcen für die Befriedigung wichtiger Bedürfnisse“ (Muraca 2014: 81). Hinzu kommt, dass zwar zusätzliches Geld verdient kann, diese Form der Grundsicherung „allerdings mit einem maximalen Einkommenssockel kombiniert [ist], der eine Obergrenze für zusätzliche Einkünfte durch Besteuerung setzt und der Umverteilung dient“ (ebd.).

3. Neuverteilung von Raum und Zeit

In ihrem dritten Grundpfeiler denkt Muraca Umverteilung noch weiter und sieht deshalb die Notwendigkeit einer Neuverteilung bzw. Neukonfiguration der Beziehungen in drei Bereichen: (andere) Stadt-Land-Beziehungen, andere Stadt- und Landschaftsplanung und das Neudenken von Arbeit, denn „Umverteilung bezieht sich nicht nur auf Geld oder Ressourcen, sondern auch auf Raum und Zeit“ (Muraca 2014: 81).

Darin zeigt Muraca die asymmetrischen Beziehungen zwischen Stadt und Land auf, die aufgrund asymmetrischer Arbeitsteilung bestehen, da das Land vieles für die Stadt Wichtiges und Notwendiges produziert, aber von der Stadt kontrolliert wird. Damit soll gebrochen und etwa Lebensmittelproduktion oder Solartechnologien zur Energieproduktion auch in den Städten verankert werden – alles Projekte, die bereits verfolgt werden und auf denen sich daher aufbauen lässt (vgl. Muraca 2014: 82).

Bezüglich der Stadt- und Landschaftsplanung in einer Postwachstumsgesellschaft sieht sie die Notwendigkeit der Aufhebung der Trennung von Städten in einzelne, monofunktionale Räume für Produktion, Konsum, Arbeit und Leben (vgl. Muraca 2014: 82). Stattdessen zeichnen die Postwachstumsstadt andere Formen der Interaktion aus, durch die beispielsweise Produktion und gemeinsame Nutzung miteinander verbunden werden könnten (vgl. ebd.).

In diesem Zusammenhang sieht sie Transition Towns als wichtige Laboratorien für den Wandel (vgl. Muraca 2014: 83), dessen Modell eine Vielzahl verschiedener Initiativen und Projekte

vorsieht, „die an die jeweiligen lokalen Gegebenheiten gut angepasst sind“ (Muraca 2014: 83), denn „[j]e nachdem, welche Expertisen, Potentiale und Rahmenbedingungen in der Gemeinde vorhanden sind, gestaltet sich jedes Projekt anders“ (Muraca 2014: 83). Wichtig ist dabei die „direkte und aktive Teilnahme der Bewohner(innen), die in eigener Regie anfangen, ihr Wohngebiet zu verändern“ (Muraca 2014: 83).

Unter dem Punkt des Neudenkens von Arbeit nimmt sie die gegenwärtige Arbeitsteilung in sogenannte produktive und reproduktive Tätigkeiten in den Blick, denn „[d]ie Neuverteilung von Zeit und Arbeit ist vielleicht die größte Herausforderung für jede Gesellschaft, umso mehr für eine Postwachstumsgesellschaft“ (Muraca 2014: 84). Dieses Nachdenken über Arbeit und deren Neudenken ist in der Postwachstumsdebatte momentan generell sehr aktuell.

Muraca sieht Zeit als „aufgeteilt zwischen Erwerbsarbeit und Lebenszeit, und selbst die Versuche, beide miteinander in Einklang zu bringen, stellen diese Trennung nicht grundsätzlich in Frage“ (Muraca 2014: 84). Mehr noch: „Diese Arbeitsteilung beruht zudem auf einem unausgesprochenen Geschlechtervertrag, den beide Seiten nie gleichberechtigt ausgehandelt haben“ (Muraca 2014: 84). Die Trennung und auch Hierarchisierung dieser beiden Bereiche sieht sie als nach wie vor unverändert und auch das „etablierte Herrschaftsverhältnis bleibt ebenfalls unangetastet, da Sorge- und Pflégetätigkeiten auf Menschen aus anderen Ländern oder Schichten – vorwiegend auch hier Frauen – abgewälzt werden“ (Muraca 2014: 84). Demgegenüber stellt sie den Anspruch einer Postwachstumsgesellschaft dar, die nur ohne diese Teilung und Hierarchisierung wahrhaft gerecht sein kann (vgl. Muraca 2014: 84) und von grundlegenden anderen Zeitstrukturen geprägt ist, „sowohl auf gesamtgesellschaftlicher Ebene (Erwerbsarbeitszeit, Lernzeit, Zeit für Beziehungen und Pflégezeit) als auch in unseren Denkmustern, die über zwei Jahrhunderte lang an die kapitalistischen Produktionsweisen angepasst wurden“ (Muraca 2014: 84-85). In diesem Zusammenhang erwähnt sie auch die in dieser Arbeit bereits vorgestellte und besprochene 4-in-1-Perspektive von Frigga Haug als Beispiel für ein solches Neudenken von Zeit und Arbeit.

4. Solidarität: das leitende Gerechtigkeitsprinzip einer Postwachstumsgesellschaft

Solidarität soll das Handeln einer Postwachstumsgesellschaft bestimmen: „Vernetzen, kooperieren und solidarisch unterstützen sollen sich nicht nur einzelne Ortsansässige, sondern auch Menschen zwischen verschiedenen Standorten und lokalen Gemeinden“ (Muraca 2014: 85).

In dieser Hinsicht nimmt sie Bezug auf die solidarische Ökonomie, die für ihre Vision deshalb wichtig ist, da sie auf die Befriedigung individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse konzentriert ist und nicht darüber hinaus geht und stetiges Profitstreben verfolgt (vgl. Muraca 2014: 85).

Solidarische Ökonomie bedeutet für sie „zunächst kollektive Selbstverwaltung und -bestimmung der Produktion, meistens durch Genossenschaften, in denen alle Entscheidungen solidarisch und demokratisch von allen Arbeitenden getroffen werden“ (Muraca 2014: 86). Diese Solidarität stellt sie sich aber eigentlich als eine betriebsübergreifende Solidarität vor, in deren Folge Produzent_innen und ihre Betriebe nicht mehr wie bisher in Konkurrenz zueinander stehen und produzieren, sondern miteinander kooperieren (vgl. Muraca 2014: 86).

5. Jenseits des Kapitalismus ... wie wir ihn kennen

Letztlich stellt sich für Muraca auch die Frage, „ob Postwachstum überhaupt mit Kapitalismus kompatibel ist“ (Muraca 2014: 86). Ihre Antwort auf diese Frage lautet nein, denn „[e]ine Postwachstumsgesellschaft kann sicherlich nicht mit einer Wirtschaftsweise funktionieren, die durch die kontinuierliche Steigerung privater Profite angetrieben wird und auf ständige Expansion und Intensivierung ausgerichtet ist“ (Muraca 2014: 86-87). Letzten Endes beinhaltet eine Postwachstumsgesellschaft für sie daher eine Mischung aus marktvermittelten, aber auch „solidarischen Formen des Tausches“ (Muraca 2014: 87) und ist daher, wenn sie überhaupt noch kapitalistisch sein kann, „dann in einer radikal abgewandelten Variante“ (Muraca 2014: 87).

Aus diesem Grund sieht sie auch starkes Konfliktpotenzial in einer Postwachstumsgesellschaft: „Sie fordert eine radikale Veränderung der Machtstrukturen und wird nicht ohne heftige Auseinandersetzungen zu realisieren sein“ (Muraca 2014: 87).

6. Autonomie und Demokratie: Eine Postwachstumsgesellschaft wird demokratisch oder gar nicht sein!

Für Muraca gehen Postwachstum und Demokratie Hand in Hand, in dem Sinne, dass beide einander gegenseitig stärken können. Denn zum einen ist eine Postwachstumsgesellschaft nur dann stabil (genug), „wenn sich tatsächlich alle Gesellschaftsmitglieder an deren Gestaltung aktiv und kreativ beteiligen“ (Muraca 2014: 88). Dazu gehört die Entscheidungsmöglichkeit über die eigenen Institutionen, der Ausbau demokratischer Mitbestimmung in den Betrieben, vor allem aber die demokratische Kontrolle und Abstimmung über Wirtschaftsfragen (vgl. Muraca 2014: 88). Letzten Endes bedeutet dies etwa, „die gesamten Bedingungen der Produktion und der Bereitstellung von Dienstleistungen, Konsum und Nutzung demokratisch zu gestalten und nicht den Kräften des Marktes zu überlassen. Und zwar nicht in der Rolle von Konsument(inn)en, die nur durch ihr Kaufverhalten auf Produktionsentscheidungen Einfluss nehmen können, sondern als Bürger(innen), die gemeinsam darüber bestimmen, was gebraucht wird und wie es produziert werden soll“ (Muraca 2014: 88). Dies bedingt eine Stärkung der Zivilgesellschaft, die wiederum deren „aktive Beteiligung

an ökonomischen Prozessen durch Genossenschaften, solidarische Betriebe und selbstverwaltete Strukturen, lokal verankerte Produktionswerkstätten, dezentrale (aber solidarische) Energieversorgung und Technologieentwicklung“ (Muraca 2014: 88) bedeutet.

Ebenso wichtig wie die Ermöglichung einer solchen Demokratie ist allerdings auch ihre Bewahrung. Dazu wiederum gehört „die ständige Auseinandersetzung über die geteilten Grundwerte, die Überprüfung möglicher Diskriminierungen und die Bewahrung von Räumen für Widerstand, Kritik und Opposition“ (Muraca 2014: 89).

Demokratische Strukturen sind auch insofern wesentlicher Teil ihres Ansatzes als sie argumentiert, dass eine Postwachstumsgesellschaft nicht bloß „über die Kooperation zwischen selbstständigen Lokalgemeinden aufrechtzuerhalten wäre. Gerade Diskriminierung, Unterdrückung und Abschottung auf lokaler Ebene bedarf es einer Form der überparteilichen Koordination, die demokratisch legitimiert und kontrolliert wird“ (Muraca 2014: 89).

Zum ändern kann Postwachstum umgekehrt aber auch Demokratie stärken. „War Wachstum früher entscheidend für die Stabilisierung demokratischer Wohlfahrtsstaaten, ist es nun zu einer Bedrohung für ihren demokratischen Kern geworden. Eine Postwachstumsgesellschaft kann daher zu einem Rettungsanker echter Demokratie werden“ (Muraca 2014: 87-88).

So wie Ungleichheit ein bedeutender Wachstumstreiber ist und damit Instabilität innerhalb und zwischen Gesellschaften aufrecht erhält,

Sie sieht Postwachstum daher als Chance und keineswegs als Katastrophe und Zwang.

Leerstellen & Anknüpfungspunkte

Obwohl Muraca nur an einigen wenigen Stellen – insbesondere bei ihrer Thematisierung einer Neuverteilung von Arbeit und Zeit – Geschlechterverhältnisse explizit anspricht, lassen sich bei ihr dennoch bzw. gerade deswegen einige konkrete Anknüpfungspunkte finden.

In einem ihrer Grundpfeiler thematisiert sie zunächst die gegenwärtige Arbeitsteilung in sogenannte produktive und reproduktive Tätigkeiten, deren Basis ein nicht gleichberechtigter Geschlechtervertrag bildet, und sagt hierzu: „Die Neuverteilung von Zeit und Arbeit ist vielleicht die größte Herausforderung für jede Gesellschaft, umso mehr für eine Postwachstumsgesellschaft“ (Muraca 2014: 84). Für sie bedeutet eine Postwachstumsgesellschaft daher die Überwindung der Trennung und Hierarchisierung von Zeit in Erwerbsarbeit und Lebenszeit und von Arbeit in sogenannte produktive und reproduktive Tätigkeiten. Nur dadurch kann diese wahrhaft gerecht sein. Für diese Neuaufteilung von Zeit und Arbeit erwähnt sie auch Frigga Haugs 4-in-1-Perspektive.

Weitere, wenn auch von ihr unerwähnte, Anknüpfungspunkte sind feministische Commons wie sie etwa in den Arbeiten von Silvia Federici, die diese auch stark mit Care verbindet, vorkommen, und Adelheid Bieseckers Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens.

Darüber hinaus bietet auch der bereits besprochene Capability Approach Ergänzungen und Vertiefungen ihres Ansatzes. Die von ihr erwähnten sozialen Ungleichheiten könnten mithilfe dieser Ansätze auch im Sinne von Geschlechterungleichheiten besprochen werden.

Gerade in Bezug auf Bieseckers Ansatz gibt es außerdem Überschneidungen zwischen diesem und Muracas Postwachstumsansatz, denn zentraler Bestandteil von Bieseckers Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens ist Kooperation anstelle von Konkurrenz, wie dies auch in Muracas Ansatz vorkommt.

Soziale Reproduktion fehlt großteils in anderen Grundpfeilern, etwa in Bezug auf Commons und Solidarität bzw. andere Produktions-, Nutzungs- und Beziehungsformen, in Bezug auf Demokratie als Stabilisiererin einer Postwachstumsgesellschaft und -ökonomie und in Bezug auf Umverteilung. Da queer-feministische Themen gar keine Erwähnung finden, gibt es hier auch keine Anknüpfungspunkte, sondern lediglich eine Leerstelle.

Niko Paech: Umriss einer Postwachstumsökonomie

Niko Paech ist Ökonom mit Forschungsschwerpunkten in der Ökologischen Ökonomie, der Nachhaltigkeitsforschung und der Umweltökonomie. Er ist einer der Hauptvertreter_innen einer Postwachstumsökonomie in Deutschland.

Niko Paechs Vision einer Postwachstumsökonomie gründet zuallererst auf der Ausschaltung der strukturellen und kulturellen Wachstumstreiber (vgl. Paech 2016: 213). Er argumentiert, ersteres ließe sich durch Subsistenz, das heißt, die Reduktion des Fremdversorgungsgrades, erreichen, zweiteres wiederum durch Suffizienz (vgl. Paech 2016: 213/214): „Folglich ruht das Fundament einer Postwachstumsökonomie auf einer Theorie der Subsistenz und Suffizienz“ (Paech 2016: 213/214). Auf diesen beiden Bausteinen baut er seinen Ansatz einer Postwachstumsökonomie auf.

Subsistenz

Paech argumentiert, die Reduktion des Fremdversorgungsgrades sei möglich durch „eine tendenzielle Verkürzung oder Entflechtung komplexer Produktionsketten“ (Paech 2016: 113). Damit meint er eine Kombination von Selbstversorgung bzw. Eigenproduktion, das heißt tatsächlicher Subsistenz, eigener regionalökonomischer Systeme auf Basis zinsloser Komplementärwährungen und bestehende Produktion mittels globaler Arbeitsteilung (vgl. Paech 2016: 119). Diese drei Produktionsweisen könnten Paech zufolge „kombiniert werden, um die nach Ausschöpfung aller Suffizienzpotenziale verbleibenden Bedarfe so wachstumsneutral wie möglich zu befriedigen“ (Paech 2016: 119). Dies nennt er eine partielle De-Globalisierung (Paech 2016: 119), nach dem Motto: „So regional wie möglich, so global wie nötig“ (Paech 2016: 118).

Einer seiner Grundpfeiler der Subsistenz sind daher die Stärkung und der Ausbau regionaler Ökonomien, die gemeinsam eine sogenannte „Ökonomie der Nähe“ (Paech 2016: 114) ergeben. Sie zeichnen sich grundlegend dadurch aus, dass sie von Anbieter_innen bzw. Produzent_innen und Nachfrager_innen bzw. Kapitalgeber_innen gemeinsam gestaltet werden. Beide Seiten befinden sich in unmittelbarer Nähe von einander und sind wechselseitig voneinander abhängig und deshalb unmittelbar miteinander verbunden (vgl. Paech 2016: 115). Dies schaffe nicht nur *Transparenz*, *Vertrauen* und *Interessenkongruenz* zwischen beiden Seiten und mindere damit Motivationen für ausbeuterisches Handeln (vgl. Paech 2016: 114-115), sondern auch *Empathie*. Dadurch steige „die Wahrscheinlichkeit, dass die Logik reiner Profit- und Kapitalertragsmaximierung [...] durchbrochen wird“ (Paech 2016: 115). Diese Empathie bedeutet laut Paech auch die Identifikation der

Akteur_innen mit ihrer Region und der jeweiligen lokalen Ökonomie (vgl. Paech 2016: 115). Das macht die Ökonomie nicht nur regionaler, sondern auch sozialer. Hinzu kommt *Verwendungskontrolle*, denn die Kapitalgeber_innen können unmittelbar darüber entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben und damit maßgeblich auch darüber bestimmen, welche Produktion gefördert wird (vgl. Paech 2016: 115).

Solche kleinräumige Ökonomien haben darüber hinaus weitere positive Effekte, die allesamt zu einer Loslösung von der Wachstumsabhängigkeit beitragen können: kürzere Transportwege, verbesserte Möglichkeiten für geschlossene Kreisläufe, Dezentralisierung und Verkleinerung von Produktionskapazitäten, Verringerung der Notwendigkeit kapitalintensiver Technologien und Wegfall kapitalintensiver Wertschöpfungsstufen (vgl. Paech 2016: 116).

Im Zusammenhang mit regionalen Ökonomien betont er auch die Bedeutung regionaler Komplementärwährungen, denn auch sie „verkürzen die Wertschöpfungskette, weil sie lediglich innerhalb eines begrenzten Radius gültig sind“ (Paech 2016: 117). Diese Regionalwährungen sollen außerdem mit einer zinslosen Umlaufsicherung versehen sein, was bedeutet, dass sie nicht nur zinslos sind, sondern sogar an Wert verlieren, wenn sie nicht ausgegeben werden (vgl. Paech 2016: 117), denn, so Paech, „[d]amit entfiele jeder Anreiz zur Hortung und zur Spekulation“ (Paech 2016: 117). Zusätzlich soll ihr Umtausch in die staatliche Währung nur gegen eine Gebühr möglich sein, um auch dadurch den Anreiz zu stärken, dieses Geld tatsächlich in der Region auszugeben (vgl. Paech 2016: 117). Regionalwährungen sollen also bewirken, dass möglichst viel Geld, das in einer Region erwirtschaftet wird, auch tatsächlich in der Region ausgegeben wird und damit wieder sowohl den regionalen Produzent_innen selbst, als auch den Gemeinden zugute kommt.

Die partielle De-Globalisierung, von der Paech spricht, bedeutet allerdings auch verringerte materielle Kaufkraft und Optionenvielfalt (vgl. Paech 2016: 119), wobei er an dieser Stelle argumentiert, dass Suffizienzleistungen und Subsistenzpraktiken beides auffangen könnten (vgl. Paech 2016: 119). Gleichzeitig argumentiert er, dass eine ‘ehrliche’ Ökonomie ohnehin auch zu Kaufkraftreduktion und Reduktion der Optionenvielfalt führen würde und damit regional und lokal produzierte Güter billiger werden würden, da es in einer solchen Ökonomie keine Externalitäten mehr geben könnte und Preise für Güter damit nicht künstlich nach unten gedrückt werden könnten (Paech 2016: 119). Umweltschäden bzw. -verschmutzung aufgrund von Güterproduktion könnten nicht mehr herausgerechnet werden, Subventionen würden Güter nicht mehr künstlich verbilligen, faire Löhne für Arbeiter_innen müssten sich im Preis widerspiegeln.

Die kürzeste Wertschöpfungskette bedeutet für Paech jedenfalls vollständige Subsistenz (vgl. Paech 2016: 120):

„Wer beispielsweise mit anderen Nutzern einen Gemeinschaftsgarten betreibt, trägt zu einem Versorgungsmuster bei, das kein Geld, kaum Kapital, keinen Gewinn, keinen Zins und folglich keinen Wachstumszwang kennt“ (Paech 2016: 120).

Konkret spricht er in seinem Ansatz von *urbaner Subsistenz*, die als partieller Ersatz für Industrieproduktion dienen kann (vgl. Paech 2016: 120) und nennt jeweils drei Formen nötiger Inputs und drei Formen, die urbane Subsistenz annehmen kann (=Outputs):

Die Input-Kategorien, die allesamt marktfreie Güter sind (vgl. Paech 2016: 124), sind:

1. Zeit
2. handwerkliche Kompetenzen und Geschicklichkeit, um Güter selbst produzieren, Instand halten und reparieren zu können
3. soziale Beziehungen

Mit diesen Input-Kategorien können sich schließlich folgende Output-Kategorien entstehen:

1. Nutzungsintensivierung durch Gemeinschaftsnutzung (vgl. Paech 2016: 120): materielle Produktion kann mittels sozialer Beziehungen ersetzt werden. Das bedeutet, dass Güter von einer Gruppe an Menschen gemeinsam gekauft und genutzt werden oder von einer einzelnen Person gekauft und gegen andere Subsistenzleistungen an andere Menschen verliehen werden können. Als Beispiele führt Paech Autos, Gärten, Gemeinschaftsräume und elektronische Geräte an.
2. Verlängerung der Nutzungsdauer (vgl. Paech 2016: 121): Die Pflege, Instandhaltung und Reparatur von Gütern substituiert „materielle Produktion durch eigene produktive Leistungen ohne notwendigerweise auf bisherige Konsumfunktionen zu verzichten“ (Paech 2016: 121).
3. Eigenproduktion (vgl. Paech 2016: 121/122): Hier spricht er besonders die Nahrungsmittelproduktion an, die zum Teil durch Gemeinschaftsgärten und Ähnliches ersetzt werden könne. Es geht bei Eigenproduktion aber noch um viel mehr, im Grunde um alle künstlerischen, handwerklichen und sozialen Tätigkeiten – zum Beispiel Pflegeleistungen, Unterricht, Nachhilfe etc. (vgl. Paech 2016: 122).

Gerade Nahrungsmittelproduktion stuft er allerdings als besonders wichtig ein, „weil konventionelle Wertschöpfungsketten im Agrar- bzw. Lebensmittelsektor derart

schwerwiegende ökologische Schädigungen hervorrufen, dass jede auch nur teilweise Substitution entsprechende Entlastungseffekte zeigt“ (Paech 2016: 121/122).

Letztlich geht es Paech ohnehin darum, in Form von *kreativer Subsistenz*, „mehrere Input- und Outputkategorien [zu] kombinieren“ (Paech 2016: 124). So könne beispielsweise die Reparatur eines Geräts gegen selbst angebautes Gemüse aus dem gemeinschaftlich genutzten Garten getauscht werden, wofür es alle drei Input-Kategorien braucht und im Prozess alle drei Output-Kategorien produziert werden (vgl. Paech 2016: 124/125):

„Dann gründet diese Transaktion erstens auf sozialen Beziehungen, die Person A sowohl mit B als auch mit der Gartengemeinschaft eingeht, zweitens auf handwerklichem Kompetenzen (A: Gemüseanbau; B: defekte Festplatte erneuern und neues Betriebssystem installieren) und drittens auf eigener Zeit, ohne die beide manuelle Tätigkeiten nicht erbracht werden können. Die Outputs erstrecken sich in diesem Beispiel auf Eigenproduktion (Gemüse), Nutzungsdauerverlängerung (Reparatur des Notebooks) und Gemeinschaftsnutzung (Gartengemeinschaft)“ (Paech 2016: 125).

Für ihn bedeutet diese Substitution von Industrieproduktion durch *kreative urbane Subsistenz* letztlich gleichbleibenden materiellen Wohlstand bei deutlich verringerter Industrieproduktion und Erwerbsarbeitszeit (vgl. Paech 2016: 122). Denn erst durch Erwerbsarbeitszeitverkürzung wird urbane Subsistenz überhaupt möglich (vgl. Paech 2016: 120). Durch die Kombination von Selbst- und Fremdversorgung sinkt in weiterer Folge die Abhängigkeit von Einkommen und damit auch die (alleinige) Abhängigkeit von Erwerbsarbeit (vgl. Paech 2016: 120).

Paech erscheint es außerdem wichtig, die Unterschiede zwischen seinem Ansatz und einem Effizienzdiskurs darzustellen, der ebenfalls Teil der Postwachstumsdebatte, der Debatte zu Grüner Ökonomie und Grünem Wachstum und darüber hinaus ist, und ebenfalls von Subsistenz und Suffizienz spricht. Die bekanntesten Vertreter eines Effizienz- und Suffizienz-basierten Postwachstumsansatzes sind wahrscheinlich Uwe Schneidewind und Angelika Zahrt.

Der Effizienzdiskurs spricht von Entlastung durch den Rückbau von Dienstleistungen (vgl. Paech 2016: 123) und nicht von verringertem Industrieoutput, wie Paech Entlastung sieht. Außerdem sollte Subsistenz in diesem Effizienzdiskurs erneut durch kommerzielle Anbieter_innen, die Eigentum ersetzen sollen, gestaltet werden: Car-Sharing Dienste sind hierfür wohl das beste Beispiel. So können sie zwar zur Nutzungsintensivierung verwendet werden, gestärkte soziale Beziehungen können damit allerdings nicht erreicht werden (vgl. Paech 2016: 123). Darüber hinaus

dienen sie auch nicht der Entkommerzialisierung von Leistungen, die für Subsistenz ebenfalls wichtig ist (vgl. Paech 2016: 123).

Auch indem Subsistenzleistungen, wie er sie versteht, kaum bis keine Investitionen benötigen, erzeugen sie ebenfalls keine strukturellen Wachstumszwänge (vgl. Paech 2016: 123).

Paechs Fazit ist somit, dass die Lösung von der Fremdversorgung durch gleichzeitigen Industrierück- und Subsistenzaufbau möglich ist, denn damit würden Einkommensverluste – bei gleichzeitiger Reduktion der Erwerbsarbeitszeit! – und verringerter Konsum sowie verringerte Konsummöglichkeiten auch sozial verträglich (vgl. Paech 2016: 125).

Suffizienz

Zur Ausschaltung der kulturellen Wachstumstreiber wiederum schlägt Paech Suffizienz vor (vgl. Paech 2016: 113/114). Wachstum erzeugt stets die Notwendigkeit neuen Wachstums (vgl. Paech 2016: 126), wie bereits viele unterschiedliche Autor_innen festgestellt haben, weshalb auch Einkommen und materieller Lebensstandard nie genug sein können, da auch hier immer mehr angestrebt wird. Dies kann wiederum nur durch eine stetige Erhöhung der Erwerbsarbeitszeit erreicht werden (vgl. Paech 2016: 126), und

„Folglich bleibt weniger Zeit für marktfreie, vormals in Eigenarbeit ausgeführte Tätigkeiten, wie zum Beispiel die Kindererziehung, soziales Engagement, die Pflege des Haushalts oder eines Gartens, die nun ebenfalls in Konsumakte bzw. Dienstleistungen umgewandelt und finanziert werden müssen, was abermals den Bedarf an monetär entgelteter Arbeit erhöht und somit Zeit kostet“ (Paech 2016: 126).

Suffizienz bedeutet für Paech keineswegs Verzicht (vgl. Paech 2016: 126), denn: „Nicht selten ist die Reduktion oder Rückkehr zum übersichtlichen und beherrschbaren Maß der richtige Weg, um den Nutzen einer Sache oder Aktivität zu optimieren“ (Paech 2016: 126). Er argumentiert, dass auch Konsum Zeit und Aufmerksamkeit braucht, und Konsum zwar durchaus gesteigert werden kann, Zeit und Aufmerksamkeit über einen bestimmten Punkt hinaus aber nicht (vgl. Paech 2016: 127): „Moderne Gesellschaften haben deshalb ein Stadium erreicht, in welchem längst nicht mehr Kaufkraft, sondern Zeit den Engpassfaktor des individuellen Strebens nach Glück darstellt“ (Paech 2016: 127). Daher bedeutet Suffizienz für ihn, den Zwang zu dieser Überforderung durch endlose Konsummöglichkeiten zu überwinden und nur mehr das zu konsumieren, wofür die eigene Zeit und Aufmerksamkeit reicht. Damit geht es nicht um Reduktion, sondern letztlich um die Befreiung vom Überfluss – so auch der Titel seines Buches. Denn, so Paech: „Souverän ist nicht, wer viel hat,

sondern wer wenig braucht“ (Paech 2016: 130). Eine solche Besinnung auf das tatsächlich Nötige und Nützliche bedeutet außerdem auch „mehr Unabhängigkeit vom volatilen Marktgeschehen, von Geld und Erwerbsarbeit“ (Paech 2016: 130) und damit gleichzeitig Angstfreiheit und Selbstschutz gegenüber krisenhaften wirtschaftlichen Entwicklungen (vgl. Paech 2016: 130).

Was wäre eine Postwachstumspolitik?

Paech stellt sich die Postwachstumsökonomie als Result eines „schrittweisen Rückbau industriell-arbeitsteiliger Versorgungssysteme und Infrastrukturen“ (Paech 2016: 134) vor. Für eine solche Transformation braucht es spezifische Rahmenbedingungen und Bereiche, in denen angesetzt werden müsste. Er ist damit einer von wenigen Autor_innen, die sich konkrete Schritte für eine Transformation überlegt haben.

1. Geld- und Finanzmarktreformen

beispielsweise in Form einer Finanztransaktionssteuer, inklusive der Stärkung bestehender und Entwicklung neuer Regionalwährungen (vgl. Paech 2016: 134/135).

2. Bodenreform

Boden kommt insofern eine wichtige Rolle zu als dass er sich in der Regel in der Hand einiger weniger privater Eigentümer_innen befindet. Stattdessen sollte Boden als „eine endliche Ressource“ (Paech 2016: 135) Eigentum der Allgemeinheit sein und lediglich gepachtet werden können, um zu ermöglichen, dass Einkünfte aus der Nutzung des Bodens der gesamten Gesellschaft zugute kommen und der Boden auf ökologisch verträgliche Weise genutzt wird, und zu verhindern, dass Boden zur bloßen Wertsteigerung verwendet wird (vgl. Paech 2016: 136).

3. Abschaffung von Subventionen für die Bauindustrie, den Verkehr, die Industrie, die Landwirtschaft etc.

zur gleichzeitigen Reduktion ökologischer Schäden und öffentlicher Verschuldung (Paech 2016: 136). Paech zufolge tragen diese nur dazu bei, „eine Wachstumsmaschine in Gang zu halten, die sonst nicht mehr funktionsfähig wäre“ (Paech 2016: 136). Durch ihre Abschaffung könnte das bislang dafür verwendete Geld stattdessen für essentielle staatliche Ausgaben (vor allem für Soziales, Gesundheit und Bildung) verwendet werden (vgl. ebd.).

4. *Rückbauprogramme für Infrastrukturen und Genehmigung neuer Infrastrukturen nur im Tausch*

gegen Stilllegung oder Rückbau anderer Infrastrukturen, um dadurch ein stoffliches Nullsummenspiel zu erreichen (vgl. Paech 2016: 137)

In diesem Sinn sollen nukleare, fossile und Kohlekraftwerke rückgebaut werden, weiters sollen Industrieanlagen, Autobahnen, Parkplätzen und Flughäfen ebenfalls rückgebaut und renaturiert werden. Ergänzt wird all dies durch eine Ressourcenpolitik mit ökologischer Verbrauchsobergrenze.

5. *Umgestaltung und Neuausrichtung des Erziehungs- und Bildungssektors*

für die Bedingungen einer Postwachstumsökonomie (vgl. Paech 2016: 138).

Paech kritisiert, dass Kindern und Jugendlichen heute in Bildungseinrichtungen aber auch in ihren Familien „Praktiken des Überflusses und einer globalen Mobilität [...], die ökologisch ruinöser sind als alles, was vorherige Generationen sich jemals erlauben konnten“ (Paech 2016: 138) beigebracht werden. Dies müsse sich in Hinblick auf eine Postwachstumsgesellschaft und -ökonomie ändern, denn: „Wer im 21. Jahrhundert nicht einmal in der Lage ist, sein eigenes Leben im Hinblick auf globale Übertragbarkeit zu reflektieren, kann niemals zur nachhaltigen Entwicklung, geschweige denn zur Postwachstumsökonomie beitragen“ (Paech 2016: 138).

Als Elemente einer solchen Umgestaltung nennet er handwerkliche Befähigung und Nachhaltigkeitsbildung als Pflichtfach (vgl. ebd.).

6. *Rolle der Unternehmen*

Diese sollten „verpflichtet werden, alle Produkte und Dienstleistungen mit dem CO₂-Footprint oder ökologischen Fußabdruck entlang des gesamten Lebenszyklus zu kennzeichnen“ (Paech 2016: 139). Darüber hinaus erwähnt er „Einschränkungen oder (punktuelle) Verbote von Werbung, speziell im öffentlichen Raum und überall dort, wo Kinder und Jugendliche betroffen sind“ (Paech 2016: 139).

7. *Verteilungs- und Steuerpolitik*

In diesem Bereich schlägt er als konkrete Maßnahmen Obergrenzen für Einkommen und Vermögen, sowie Maßnahmen für Arbeitszeitverkürzungen und -umverteilungen im privaten und öffentlichen Sektor vor (vgl. Paech 2016: 139). Außerdem hält er für „die Phase des Übergangs zu einer Postwachstumsökonomie“ (Paech 2016: 139) für notwendig, „geeignete Formen eines Bürgergeldes oder Grundeinkommens zu entwickeln. Dieses wäre jedoch an gemeinnützige Tätigkeiten und Bedürftigkeit geknüpft“ (Paech 2016: 139).

Die Fähigkeit zur Umsetzung solcher Entwürfe sieht er schließlich nicht primär bei der Politik, denn er ist folgender Auffassung: „Keine demokratisch gewählte Regierung eilt einem gesellschaftlichen Wandel voraus, sondern immer nur hinterher, um kein Risiko einzugehen“ (Paech 2016: 140). Aus diesem Grund glaubt er, „[p]olitische Entscheidungsträger werden sich erst zu einer Postwachstumspolitik ermutigt fühlen, wenn sie hinreichend glaubwürdige Signale für die Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft empfangen, diesen Wandel auch auszuhalten“ (Paech 2016: 140/141).

Leerstellen und Anknüpfungspunkte

Niko Paechs Ansatz mag der kohärenteste, schlüssigste und am einfachsten nachvollziehbare Ansatz sein, gleichzeitig ist er aber auch der bislang am meisten geschlechterblinde Ansatz.

Obwohl er Suffizienz und Subsistenz als die zwei grundlegenden Elemente (s)einer Postwachstumsökonomie darstellt, bekommt letztere ungleich mehr Platz in seinem Ansatz. Trotzdem erwähnt er Geschlechterverhältnisse und ökofeministische Autor_innen, die diesen Begriff wesentlich geprägt haben, und ihre Theorien dazu kein einziges Mal.

Gerade in Hinblick auf Subsistenz stellt sich hier die Frage wie diese (urbane) Subsistenz gerecht geregelt und aufgeteilt werden kann. Paech schreibt dabei allerdings ohne Blick für vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, als hätten alle dieselbe Arbeitszeiten und dieselben Pflichten im Alltag. Er schreibt geschlechtsblind.

Darüber hinaus fällt seine Konzentration auf Produktion, Wertschöpfungsketten, Industrie, alternative Produktionsformen/weisen und Zahlungsmittel auf, die sich durch den gesamten Ansatz zieht, aber soziale Dienstleistungen wie Bildung, Care/(Für-)Sorgearbeit, Erziehung etc. kommen kaum bis gar nicht vor.

Er spricht zwar an mehreren Stellen von der Notwendigkeit der Verkürzung von Erwerbsarbeitszeit als Voraussetzung für kreative urbane Subsistenz und die Verringerung der Abhängigkeit von einem durch Erwerbsarbeit generierten Einkommen, führt aber an keiner Stelle aus was das eigentlich bedeutet und wie eine solche Verkürzung gestaltet und abermals fair verteilt werden soll.

Gleichzeitig vermeidet er den Begriff der Reproduktionsarbeit. Er spricht ausschließlich von Erwerbsarbeit, aber Hausarbeit, Pflege- und Sorgearbeit und Erziehungsarbeit wiederum kommen, wenn überhaupt, nur als Nebenschauplätze vor. Damit nimmt er auch keinerlei Bezug auf alternative Theorien von Arbeitsverteilung – wie etwa auf jene von Silvia Federici und Frigga Haug.

Auch in Hinblick auf Suffizienz spart er auf ähnliche Weise Geschlechterungleichheiten aus. Er spricht im Zusammenhang mit Erwerbsarbeitszeit und deren stetiger Erhöhung davon, dass dadurch „weniger Zeit für marktfreie, vormals in Eigenarbeit ausgeführte Tätigkeiten [bleibt], wie zum Beispiel die Kindererziehung, soziales Engagement, die Pflege des Haushalts oder eines Gartens, die nun ebenfalls in Konsumakte bzw. Dienstleistungen umgewandelt und finanziert werden müssen, was abermals den Bedarf an monetär entgelteter Arbeit erhöht und somit Zeit kostet“ (Paech 2016: 126). Weder an dieser, noch an einer anderen Stelle erwähnt Paech, um wessen marktfreie, das heißt, unbezahlte Arbeit es sich hier gegenwärtig in der Regel handelt. Ebenso erwähnt er nicht, wie und von wem diese Arbeit in Zukunft, in einer Postwachstumsökonomie, weiterhin marktfrei und zu welchen Bedingungen verrichten werden soll.

Wer führt heute diese zumeist unbezahlte Arbeit wie Haushaltsarbeit, Sorgearbeit, Kindererziehung etc. aus? Was bedeutet es eigentlich, dass diese Arbeit unbezahlt ist? Welcher Wert wird ihr dadurch zugeschrieben? Wird sie plötzlich als mehr wert angesehen, wenn sie bezahlt ist? Was ist überhaupt die Rolle von bezahlter und unbezahlter Arbeit in unserer heutigen Gesellschaft, und was könnte sie in einer zukünftigen Postwachstumsgesellschaft wie auch am Weg dorthin sein?

Welche Anerkennung und damit welchen (nicht-monetären) Wert soll Hausarbeit, Kindererziehung etc. in Zukunft haben? Was bedeutet die Romantisierung marktfreier Arbeit? Wie kann diese emanzipatorisch umgedeutet werden?

Im Zusammenhang mit seiner Postwachstumsökonomie stellt er ein Modell von 20 Stunden Arbeit im monetären Bereich und 20 Stunden Arbeit im entkommerzialisierten Bereich vor, das an die Stelle des gegenwärtigen Modells von 40 Stunden Arbeit im monetären Bereich treten soll (vgl. Paech 2016: 151), problematisiert aber nicht, wie diese Zeiten innerhalb der Gesellschaft aufgeteilt werden sollen. Braucht es genau für ein solches Modell nicht auch andere Formen von Familie und Gemeinschaft?

All dies sind Fragen und Problemstellungen, die an keiner Stelle Erwähnung in Paechs Ansatz finden, obwohl sie gerade in Bezug sowohl auf Subsistenz als auch auf Suffizienz die zentralsten Fragen und Themen darstellen. Gleichzeitig stellen damit genau diese Fragen und Leerstellen Anknüpfungspunkte für einen möglichen queer-feministischen Ansatz dar.

- Wie kann Subsistenz in Zukunft organisiert sein? Welche Ideen gibt es hierzu? Der Subsistenzbegriff stammt ja ursprünglich aus dem Ökofeminismus – was bedeutet das für

Niko Paechs Subsistenzbegriff? Sind die beiden Subsistenzbegriffe und -verständnisse überhaupt ähnlich bzw. dieselben?

- Wie können progressive, emanzipatorische Erwerbsarbeitszeitverkürzung und Arbeitsverteilung aussehen? Welche alternativen Modelle gibt es hier?
- Welche neuen Gesellschafts-, Gemeinschafts- und Familienmodelle braucht es für eine solche Postwachstumsökonomie und -gesellschaft?

Giorgos Kallis: Degrowth

Giorgos Kallis ist Umweltwissenschaftler und Ökonom und lehrt in Barcelona. Darüber hinaus ist er Teil der Forschungsgruppe *Research & Degrowth*. Als Wissenschaftler bewegt er sich zwischen ökologischer Ökonomie und politischer Ökologie und benutzt diese zwei interdisziplinären Forschungsbereiche daher auch für seinen Postwachstumsansatz (Kallis 2018: viii). Er verortet sich selbst zwischen zwei Zugängen: dem ökonomischen und dem politischen oder utopischen Zugang (Kallis 2018: 11), wobei für ihn Postwachstum eben keine rein ökonomische Theorie, sondern vielmehr disziplinenübergreifend ist (Kallis 2018: viii). Daher ist sein spezifischer Postwachstumsansatz auch

„not an economic theory of degrowth. I do not apply economic theory to think about degrowth [...]. Instead I offer a degrowth scholar's theory of the economy: a theory of the economic that mobilizes concepts and ideas used in degrowth scholarship. The result is not an economic theory but a trans-disciplinary one“ (Kallis 2018: 12).

Er stellt außerdem fest, dass „[t]he degrowth research community has not developed a theory to explain the economy“ (Kallis 2018: 12).

In Kallis Denken ist Postwachstum stark mit Utopie verknüpft. Daher beschreibt er Postwachstum, mit Rückgriff auf die Autorin Ursula Le Guin als „an opening of the imagination to futures other than a ‘one-way future consisting only of growth““ (Kallis 2018: 117).

Wie auch schon Barbara Muraca spricht er von Postwachstum als Utopie, da es bislang noch keinen Ort gibt, an dem Postwachstum bereits in seiner vollen Form existiert (vgl. Kallis 2018: 117). Es gibt bisher erst, wie auch Barbara Muraca feststellt, einzelne Initiativen, Orte und Projekte, in denen Aspekte von Postwachstum existieren. Für ihn gilt daher: „Degrowth can therefore be thought of as a new imaginary: a new set of ideas and fantasies that will institute and effect change of the material world“ (Kallis 2018: 117). Er versteht seinen Ansatz daher auch weniger als Postwachstumsökonomie oder Postwachstumsgesellschaft und vielmehr als *degrowth imaginary*. Diese „decentres the economic and re-embeds it within the social and the political“ (Kallis 2018: 117).

Er legt seinen Ansatz einer *degrowth imaginary* mittels neun Prinzipien dar.

1. Ein Ende der Ausbeutung (Kallis 2018: 118)

Damit meint er, dass eine Postwachstumsgesellschaft eine egalitäre, klassenlose Gesellschaft sein muss, das heißt, eine Gesellschaft ohne die Aufspaltung in Kapitalist_innen und Arbeiter_innen, lohnarbeitende Männer und sich um die Reproduktionsarbeit kümmernde Frauen, weiße Herrscher_innen und schwarze Sklav_innen (vgl. Kallis 2018: 118).

Kallis argumentiert, dass diese Gleichheit aller Menschen sogar eine Grundnotwendigkeit für das Funktionieren einer Gesellschaft mit substanziell weniger Materialdurchsatz ist, aber auch umgekehrt argumentiert er, dass in einer Gesellschaft, in der alle gleichberechtigt sind, weniger Überschuss erzielt werden würde und sich damit ebenfalls sowohl Materialdurchsatz als auch Output verringern würden (vgl. Kallis 2018: 118). Er gibt an dieser Stelle allerdings keine Begründungen für diese Aussage, damit bleibt unklar wie genau eine egalitäre Gesellschaft mit weniger Materialdurchsatz und Output zusammenhängt.

Kallis betont weiters, dass eine solche egalitäre Gesellschaft auch bedeutet, dass alle Menschen genau jene Tätigkeiten ausüben können sollten, die ihren jeweiligen Fähigkeiten entsprechen, und dabei aber keine Anhäufung von Macht und Geld in den Händen einiger weniger möglich sein soll (vgl. Kallis 2018: 118). Daher benötige eine solche Gesellschaft „institutions, norms and rituals that make sure that power, and wealth, do not accumulate excessively in the hands of any single individual or group while respecting that each individual is special and not exchangeable with another“ (Kallis 2018: 118).

2. Direkte Demokratie

So wie schon Barbara Muraca betont auch Kallis die Bedeutung und Notwendigkeit von Demokratie für Postwachstum: „The relationship between degrowth and democracy is mutual. A degrowth transition has to be democratic, otherwise a forced downscaling of consumption can easily drift into eco-authoritarianism“ (Kallis 2018: 119).

Eine Vision von Postwachstum braucht dabei eine Version von direkter Demokratie, in der die Menschen nicht mehr bloß „professional representatives“ (Kallis 2018: 119) ohne klare Agenda für eine bestimmte Zeitspanne wählen, deren Arbeit sie in dieser Zeit nicht beaufsichtigen können. Stattdessen schlägt er eine Version direkter Demokratie vor, bei der die Vertreter_innen mittels Zufallsauslosung ermittelt werden, zusätzlich dazu soll es bei den höchsten Positionen ein Rotationsprinzip geben (vgl. Kallis 2018: 119).

Auch hier sieht Kallis einen weiteren Nebeneffekt eines Bausteins seiner Postwachstumsvorstellung, der zur Verlangsamung wirtschaftlicher Aktivitäten führt, denn: „Spending time and resources on democratic politics rather than productive investments will in turn slow down the economy“ (Kallis 2018: 119).

3. Eine (stärkere) Lokalisierung der Produktion (Kallis 2018: 119)

So wie auch schon in den Ansätzen von Schmelzer & Passadakis und Paech sieht auch Kallis' *degrowth imaginary* eine stärkere Lokalisierung der Produktion vor. Das bedeutet, dass die Produktion und der Konsum von Lebensmitteln unweit voneinander stattfinden soll. Zu diesem Punkt gehört für ihn auch die Abfallvermeidung durch reduzierten Konsum bzw. durch die gezielte Wiederverwendung und das Recycling von Gütern (vgl. Kallis 2018: 119).

4. Teilen und eine Rückbesinnung auf Commons (vgl. Kallis 2018: 119)

Was soll geteilt werden? Kallis führt hier Arbeit, öffentlichen Raum, Wohnraum, Bildung, Gesundheits-, Wasser- und Energieversorgung und auch den Zugang zu Wissen an, alles für ihn grundlegende Ressourcen und Infrastrukturen, die in einer Postwachstumsgesellschaft als Commons und mittels egalitärer direkt-demokratischer Prozesse verwaltet und geteilt werden sollen (vgl. Kallis 2018: 119-120). Er bezieht sich in diesem Prinzip daher auf das dreiteilige Konzept der Commons, wie es durch Elinor Ostrom bekannt geworden ist. Dieses beruht erstens auf den gemeinsam genutzten Ressourcen, den sogenannten *common-pool resources*, zweitens auf den Gemeinschaften, welche die Ressourcen teilen, und drittens, den Prozessen des *Commoning*, durch welche die betreffenden Ressourcen zusammengeführt, geteilt und verwaltet werden (vgl. Kallis 2018: 119).

Für ihn ist das Teilen von Gütern, Ressourcen und Infrastrukturen ein notwendiges Mittel gegen Knappheit und Mangel und damit notwendiger Bestandteil einer kleineren Ökonomie wie sie Postwachstumsansätze quer durch die Bank in der Regel vorsehen (vgl. Kallis 2018: 120). Darüber hinaus sollten die oben genannten grundlegenden Ressourcen und Infrastrukturen für alle Staatsbürger_innen im Rahmen ihrer Rechte und Pflichten kostenlos verfügbar sein (vgl. Kallis 2018: 120).

5. Gesunde, nachhaltige zwischenmenschlichen Beziehungen

Bezugnehmend auf die Erkenntnis, dass echtes und anhaltendes Wohlbefinden nicht unbedingt vom Erwerb und Besitz materieller wie positionaler Güter, sondern vielmehr von gesunden und

nachhaltigen zwischenmenschlichen Beziehungen abhängt, bedeutet dieses Prinzip die Verlagerung des Fokus von materiellen und positionalen Gütern auf relationale Güter (vgl. Kallis 2018: 120). Auch hier geht es abermals um eine Verlangsamung der wirtschaftlichen Produktion, da diese Verlagerung auch eine Verlagerung in Richtung von mehr Zeit für politische Diskussionen und Entscheidungsfindung in Bezug auf Fragen von zwischenmenschlichen Beziehungen von Freundschaft bis Liebe bis hin zu sexuellen Beziehungen, aber auch hinsichtlich *paideia*, ein Begriff, der Kallis zufolge „not simply education, but the rearing, preparation and socialization of good citizens“ (Kallis 2018: 120) umschreibt, bedeutet (vgl. Kallis 2018: 120).

6. *Absichtliche, gewollte Unproduktivität* (vgl. Kallis 2018: 120-121)

Der Mehrwert in einer Postwachstumsgesellschaft, der erheblich kleiner ausfallen wird, soll künftig anders verwendet werden: der Großteil dieses Mehrwerts soll für unproduktive Unternehmungen aufgewendet werden, etwa für kollektiven Genuss. Denn: „The luxury of ‘being lazy’ [...], of being creative and spending unnecessary and unproductive time in experimenting with beauty, the right to philosophize, to play, to sing or to write will be communal [...] and not the privilege of a selected class“ (Kallis 2018: 121). Auch mithilfe dieses Prinzips soll vermieden werden, dass Mehrwert zu Wachstum, *conspicuous consumption* und zur anhaltenden Produktion neuer positionaler Güter führt (vgl. Kallis 2018: 121).

Solche unproduktiven Ausgaben machen neben reproduktiven und sozialen Ausgaben eine von drei Kategorien aus, anhand derer Kallis künftige Ausgaben aufteilt (vgl. Kallis 2018: 123).

7. *Care* (vgl. Kallis 2018: 121)

In einer Postwachstumsgesellschaft muss *Care* Kallis zufolge mehr sein als die bloße Reproduktion der Arbeitskraft (vgl. Kallis 2018: 121). Deshalb muss *Care* aufgewertet und neu verteilt werden (vgl. Kallis 2018: 121), denn „redistributing care work is vital for an equitable degrowth transition“ um sicherstellen zu können, dass auch in einer schrumpfenden und sich umfokussierenden Ökonomie die überwiegende Mehrheit reproduktiver Arbeit nicht weiterhin an Frauen hängen bleibt (Kallis 2018: 121).

Care sollte außerdem nicht mehr nur in privaten Haushalten stattfinden, wo sie unbeachtet und unterbewertet ist, sondern auch kollektiv ausgeübt werden (vgl. ebd.). Beispielhaft führt er dafür *childcare-sharing groups* und *co-housing projects with provision for elders* an (ebd.: 122).

Darüber hinaus geht es bei *Care* auch um die Sorge um andere Lebewesen und unsere Lebensräume. Das bedeutet unter anderem die Reparatur von Umweltschäden, Stopp des

Klimawandels und die Verringerung bzw. Vermeidung der Extraktion nicht-erneuerbarer Ressourcen (vgl. ebd.).

8. Die Diversität einer Postwachstumsökonomie (Kallis 2018: 122)

Bei diesem Prinzip stützt er sich hauptsächlich auf die Arbeiten der beiden Ökonominnen Gibson und Graham, außerdem erinnern seine Ausführungen an die bereits erwähnte Eisbergmetapher der Ökofeminist_innen Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen: In der gegenwärtigen Ökonomie ist nur die kapitalistische Ökonomie sichtbar, nicht aber die Arbeit von Kollektiven, solidarischer Ökonomien und ähnlicher Gruppen und Initiativen, oder auch freiwillige Arbeit (vgl. ebd.), und das, obwohl die kapitalistische Ökonomie nur durch diese unsichtbare und in der Regel unbezahlte Arbeit aufrechterhalten werden kann (vgl. ebd.). Auch dies ist ein zentraler Teil ökofeministischer Theorie wie auch generell feministischer Ökonomie.

Dies würde sich in einer Postwachstumsökonomie und -gesellschaft umdrehen (vgl. ebd.): Unbezahlte Care-Arbeit ist nunmehr hoch geschätzt, Kooperativen und andere nicht auf Profit beruhende Unternehmen sind die größten Arbeitgeber_innen, welche für den Großteil der Produktion sorgen und demokratisch durch Versammlungen der Arbeiter_innen und der Produktnutzer_innen geführt werden (vgl. ebd.). Daneben existieren auch noch ein marktorientierter Produktionszweig und ein radikal reduzierter profitorientierter Produktionszweig – beides aber der unbezahlten und nicht-profitorientierten Produktion untergeordnet.

9. Dekommodifizierung von Boden, Arbeit und Wert (Kallis 2018: 122-123).

Aus dem achten Prinzip folgt schließlich auch das letzte Prinzip: die Dekommodifizierung von Boden, Arbeit und Wert wie Sport, Gastfreundschaft, Care, Spiritualität und vielem mehr. Dadurch werden neue dekommodifizierte Orte wie „deprofessionalizing competitive sport, supporting non-monetary hosting of travellers, providing public and free childcare or support for parent-organized childcare groups, prohibiting profit-oriented activities by religious or spiritual groups“ (Kallis 2018: 123) geschaffen.

An diese neun Punkte anknüpfend und darüber hinaus würde eine konkrete Postwachstumsökonomie die bereits erwähnten drei Kategorien künftiger Ausgaben kennen:

- *reproduktive Ausgaben*: das heißt Ausgaben, die der Aufrechterhaltung sowohl der reproduktiven als auch der produktiven Arbeit dienen, wie zum Beispiel Ausgaben für Care-Arbeit wie Gesundheitsversorgung, Pflege, Kindererziehung, Altenpflege, aber auch emotionale Arbeit und Maschinen (vgl. Kallis 2018: 123).

- *soziale Ausgaben*: betrifft Dinge wie die Erhaltung der Demokratie und die Ermöglichung und Stärkung zwischenmenschlicher Beziehungen (vgl. Kallis 2018: 123).
- *non-productive expenditures* sind die bereits erwähnten Ausgaben etwa für Kunst, Kultur, Veranstaltungen und Feste und damit alle „activities that let us ‘un-think‘ and liberate ourselves from the burdensome pursuit of meaning“ (Kallis 2018: 123).

Bestehende Maschinen für Produktion und bestehende Infrastruktur müssten natürlich nach wie vor gewartet werden, dafür können sie reproduktiven Ausgaben dienen (vgl. ebd.). Im Unterschied zu heute soll jedoch kein Mehrwert mehr in Wachstum, also die Steigerung des Mehrwerts, investiert werden (vgl. ebd.).

Leerstellen & Anknüpfungspunkte

Kallis Ansatz beinhaltet bei weitem am meisten Verweise auf Konzepte feministischer Ökonomik und geht daher auch am meisten auf Geschlechterverhältnisse ein.

Er spricht, wenn auch ohne die Eisbergmetapher von Mies und Bennholdt-Thomsen zu erwähnen, von der sichtbaren und daher bezahlten und von der unsichtbaren und daher unter- oder unbezahlten Ökonomie und der Notwendigkeit der Überwindung dieser Dichotomie. Das ist letzten Endes genau das, was feministische Ökonomik beschäftigt: Die Sichtbarmachung der bislang unsichtbar gemachten, unterbewerteten Ökonomie. Dafür verwendet er die Überlegungen der Ökonominen Gibson-Graham zu einer Diversen Ökonomie. In einer solchen, so Kallis, wird der Eisberg schlicht umgedreht: unbezahlte und freiwillige Arbeit sowie nicht auf Profit beruhende und hinarbeitende Unternehmen, Kollektive etc. stehen nunmehr im Mittelpunkt einer Diversen Ökonomie, die alle unterschiedlichen Formen von Arbeit – unbezahlt wie bezahlt – anerkennt.

Care nimmt bei ihm daher eine zentrale Rolle ein, von allen bisher besprochenen Ansätzen kommt Care bei ihm am stärksten vor. Care-Arbeit soll neu verteilt und aufgewertet werden.

Grundsätzlich geht es in seinem Ansatz maßgeblich darum, Zeit wie auch Mehrwert in Zukunft anders zu verwenden. Auch hier kommt feministische Ökonomik zentral zum Tragen, nehmen soziale und reproduktive Ausgaben als zentrale öffentliche Ausgaben doch einen großen Teil in seiner *degrowth imaginary* ein. Er trennt diese beiden Gruppen von Ausgaben und ordnet etwa die Ermöglichung und Stärkung zwischenmenschlicher Beziehungen – ebenfalls ein wichtiges Element seines Ansatzes – den sozialen Ausgaben zu.

Was seinen wiederum mit den anderen Ansätzen verbindet, ist das Fehlen queer-feministischer Ansätze. Dennoch finden sich in seinem Ansatz die meisten Verweise auf feministische Ökonomik

und damit auch die meisten Anknüpfungspunkte für eine emanzipatorische, queer-feministische Postwachstumstheorie.

Unterschiede & Gemeinsamkeiten

Einige der beschriebenen Ansätze weisen Überschneidungen, Verweise auf feministisch-ökonomische Theorien (nicht aber auf queer-feministisch-ökonomische Theorien) und damit nicht zuletzt auch Anknüpfungspunkte für eine queer-feministische Postwachstumsperspektive auf.

Zu diesen zählen:

- **Deglobalisierung bzw. Lokalisierung der Produktion / Commons**

Sowohl Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis als auch Niko Paech erwähnen Deglobalisierung und damit die Lokalisierung von Produktion als eine der Notwendigkeiten für eine Postwachstumsökonomie. Schmelzer/Passadakis betonen hierbei insbesondere die Lokalisierung und Regionalisierung der Energieerzeugung in Form von Energiedemokratie und der Landwirtschaft in Form von Ernährungssouveränität.

Auch bei Kallis kommt die Lokalisierung der Produktion vor, zum Beispiel auch bezüglich der gemeinsamen Lokalisierung der Produktion und des Konsums von Lebensmitteln. Niko Paech wiederum bezeichnet eine solche regionale Ökonomie als Ökonomie der Nähe, die von Anbieter_innen und Konsument_innen gemeinsam gestaltet wird. Beide Seiten sind hierbei in unmittelbarer Nähe von einander und wechselseitig von einander abhängig, wodurch Transparenz geschaffen werden, Vertrauen und Empathie zwischen beiden Seiten hergestellt werden kann.

Muraca wiederum sieht eine Verbindung zwischen Commons und Lokalisierung sowie Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen. Gleichzeitig möchte sie die lokale Produktion von Commons mit globalem Austausch und globaler Vernetzung verbinden, anstelle der Konkurrenz zwischen Unternehmen, schließlich sind Commons nicht nur „eine andere Produktions- und Nutzungsform: Commons ist eine andere Art des Seins und des Zusammenlebens“ (Muraca 2014: 80).

Bei Schmelzer/Passadakis kommen Commons in Verbindung mit einer Solidarischen Ökonomie vor und sind sowohl im Produktions-, als auch im Konsumbereich gemeint. Sie beziehen sich dabei vor allem auf lebenswichtige Güter wie Wohnraum, Wissen, Lebensmittelversorgung, Boden, Wasser, Wälder, die sowohl dem Markt als auch dem Staat entzogen werden und stattdessen kollektiv und solidarisch verwaltet werden sollen. Auch bei Kallis kommen Commons vor, in Verbindung mit Elinor Ostroms dreiteiligen Konzept der Commons (gemeinsam genutzte Ressourcen, Gemeinschaften, die diese Commons teilen; und Prozesse des Commoning zur Verwaltung und zum Teilen der Ressourcen).

Bei Niko Paech kommen Commons hingegen nicht explizit vor.

Auch Barbara Muraca erwähnt die Solidarische Ökonomie als einen ihrer Grundpfeiler für eine Postwachstumsgesellschaft. Solidarität soll künftig ein bestimmendes Prinzip sein.

Die Solidarische Ökonomie ermöglicht für sie die Konzentration auf die Befriedigung jeweils konkreter individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse und jagt keinem Profitstreben hinterher.

Dabei versteht sie die solidarische Ökonomie als eine Wirtschaftsweise, die eine kollektive und demokratische Selbstverwaltung kennzeichnet, wobei die Solidarität dabei über den jeweiligen Betrieb hinausgehend eine betriebsübergreifende Solidarität und damit anstelle von Konkurrenz eine Kooperation zwischen Betrieben sein soll.

- **Postwachstum als konkrete Utopie**

Diese Sichtweise auf Postwachstum kommt sowohl bei Barbara Muraca, als auch bei Giorgos Kallis vor. Beide betonen damit, dass es noch keinen Ort gibt, an dem Postwachstum in seiner vollen Form existiert, es gibt aber einige vereinzelte, konkrete Projekte, Gruppen und Initiativen, die Postwachstum bereits im Kleinen probieren, und diese sind daher, laut Muraca, als Laboratorien und Experimentierorte die Grundpfeiler für eine Postwachstumsgesellschaft.

Für Kallis ermöglicht Postwachstum es als konkrete Utopie außerdem, sich eine Zukunft jenseits von Wachstum vorstellen zu können.

- **Neudenken und Neugestaltung von Arbeit**

Grundsätzlich beschäftigen sich alle Autor_innen mit Arbeit, deren Auf- und Verteilung, dennoch werden gerade an diesem Punkt Geschlechterverhältnisse am stärksten ausgeblendet.

Matthias Schmelzer und Alexis Passadakis fordern ein Überdenken der Vollbeschäftigung und stattdessen Erwerbsarbeitszeitverkürzung: Dadurch soll nicht nur das Gesamtarbeitsvolumen reduziert, sondern auch Erwerbsarbeit sozial-ökologisch umgeschichtet und bei einer Angleichung der Einkommen fair auf alle verteilt werden. Von diesen Maßnahmen erwarten sich die Autoren eine Verringerung des Ressourcenverbrauchs und damit des BIP, ein Ende der wachstumsbasierten Vollbeschäftigungsgesellschaft und auch eine Verringerung vieler gesellschaftlicher Probleme, die durch die gegenwärtige Gestaltung von Arbeit und Arbeitszeit hervorgerufen werden, wie etwa Burnout, Zeitmangel, der Arbeitswelt eingeschriebenen (Geschlechter-)Ungleichheiten und imperiale Lebensweise.

Barbara Muraca spricht von einem generellen Neudenken und einer Neuverteilung von Zeit und Arbeit. Damit meint sie die Aufhebung der Trennung und Hierarchisierung von reproduktiven und produktiven Tätigkeiten und von Erwerbsarbeit und Lebenszeit, und die Etablierung grundlegend

anderer Zeitstrukturen, und nimmt dabei Bezug auf Frigga Haugs 4-in-1-Perspektive und thematisiert auch global care chains.

Auch Niko Paech spricht von der Notwendigkeit der Verkürzung von Erwerbsarbeitszeit, wodurch unter anderem die Abhängigkeit vom Erwerbsarbeitseinkommen verringert werden soll und sowohl durch ersteres als auch durch zweiteres mehr Zeit und Möglichkeit für die Betätigung jenseits von Erwerbsarbeit bleibt.

Er vermeidet dabei allerdings den Begriff der Reproduktionsarbeit und wie diese gestaltet werden soll.

Giorgos Kallis und, wenn auch in geringerem Maß, auch Barbara Muraca sind im Grunde die einzigen, die Arbeit ausgehend von Reproduktionsarbeit thematisieren.

Er fordert ebenso wie sie die Aufwertung und Neuverteilung von Reproduktionsarbeit. Dabei argumentiert er, dass Reproduktionsarbeit mehr dienen muss als der bloßen Reproduktion von Arbeitskraft, und vor allem sieht er diese Neuverteilung als „vital for an equitable degrowth transition“ (Kallis 2018: 121).

Im Rahmen dessen betont er auch die Notwendigkeit kollektiver Reproduktionsarbeit etwa in Gestalt von childcare-sharing groups und co-housing projects with provision for elders.

Zusätzlich ist für ihn die Diversität einer Postwachstumsökonomie, mit Bezugnahme auf die Ökonominnen Gibson und Graham und Erinnerung an die Eisbergmetapher von Maria Mies und Veronika Bennholdt-Thomsen, wesentlich. Demzufolge muss die Arbeit von Kollektiven, solidarischer Ökonomie und ähnlicher Gruppen und Initiativen sichtbar gemacht und der Eisberg umgedreht werden.

In Bezug auf Geschlechterverhältnisse und Queer-Feminismus lassen sich die Leerstellen der Theorien folgendermaßen zusammenfassen.

Wie bereits angesprochen, lässt sich erkennen, dass einige der Autor_innen zwar Bezug auf Konzepte der feministischen Ökonomik nehmen, diese aber nicht benennen und nicht ausführen.

Queer-feministische Bezugnahmen fehlen außerdem überall.

So blendet etwa Niko Paech die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung sehr stark aus, wenn er über Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit und Subsistenzproduktion schreibt.

Obwohl Schmelzer/Passadakis das von der feministischen Ökonomin Adelheid Biesecker stammende Konzept Vorsorgenden Wirtschaftens nicht erwähnen, kommen alle drei Elemente, aus denen es besteht (Vorsorge statt Nachsorge, Kooperation anstelle von Konkurrenz, Orientierung am für das gute Leben Notwendigen), in ihrem Postwachstumsansatz vor. Kooperation anstelle von

Konkurrenz kommt des Weiteren auch in Muracas Ansatz vor. Sie erwähnt für das Neudenken und die Neuverteilung von Zeit und Arbeit auch Frigga Haugs 4-in-1-Perspektive, aber keine anderen feministischen oder queer-feministischen Theorien.

Wie bereits in den Gemeinsamkeiten der Ansätze festgestellt, kommen Commons öfters vor, aber auch hier ohne Bezugnahme auf feministische und queer-feministische Gedanken, obwohl gerade Commons als eine andere Art der Produktionsweise sehr viel Potenzial für das Aufbrechen der vergeschlechtlichten Arbeitsteilung bieten.

Bis auf Giorgos Kallis, in dessen Ansatz Care-/Reproduktionsarbeit größeren Raum einnimmt, stellt sie in den anderen vorgestellten Ansätzen, wenn sie überhaupt vorkommt, lediglich einen Nebenschauplatz dar. Damit wird Reproduktionsarbeit als bislang weitgehender Teil der unsichtbaren Ökonomie weiterhin marginalisiert. Außerdem wird nicht bedacht, dass, wie viele feministische Theoretiker_innen gezeigt haben, gerade Sorgearbeit kaum Teil einer Arbeitszeitverkürzung sein kann, da diese weder mechanisiert, noch vertagt werden kann. Nicht alle Bereiche müssen und können in einer Postwachstumsökonomie und -gesellschaft schrumpfen: Bildungsarbeit, Gesundheitsversorgung, Pflege und Erziehung sind nur einige Bereiche der Sorge- und Reproduktionsarbeit, die gefördert und gestärkt werden müssen.

siebtes kapitel - transformation

Zu Beginn dieser Arbeit habe ich die Frage gestellt, welche Rolle queer-feministische Perspektiven für Postwachstumstheorien spielen und wie sie in diese Theorien einfließen könnten. Nach einer Darstellung sowohl von Wachstum und Wachstumskritik, von queer-feministischen ökonomischen Theorien und der Darstellung und Untersuchung ausgewählter Postwachstumstheorien und deren queer-feministischer Leerstellen versuche ich nun abschließend einige Ansatzpunkte für eine queer-feministische Postwachstumsperspektive darzustellen und zu diskutieren.

Experimentierräume als Basis

Viele der in dieser Arbeit vorkommenden Autor_innen, darunter Christa Wichterich, starhawk, Friederike Habermann, Silvia Federici, Barbara Muraca und Giorgos Kallis sind der Meinung, dass es als Basis für eine Postwachstumsgesellschaft Räume zum Experimentieren braucht. Barbara Muraca schreibt außerdem, dass Postwachstum bereits in Form vieler kleiner Projekte und Initiativen existiert. Diese sollten daher gestärkt werden.

Corinna Dengler zufolge müsste eine Postwachstumsbewegung bereits bestehende antikapitalistische, emanzipatorische, solidarische Graswurzelbewegungen und -initiativen auf der ganzen Welt unterstützen, von ihnen lernen und sie vernetzen um eine neue Welt aufzubauen – und zwar schon jetzt (vgl. Dengler 2019: 149).

Für eine queer-feministische Postwachstumsgesellschaft gehört dazu auch die Etablierung und Förderung explizit queer-feministischer Initiativen, Projekte und Gruppen.

So werden bereits bestehende Projekte, die sich dem Postwachstum-Gedanken verschrieben haben, auf Listen und Karten gesammelt⁹. Dazu gehören Volxküchen, Kostnix- und Tauschläden, Projekte solidarischer Ökonomie, Leihläden, offene Werkstätten, Repair-Cafés, Gemeinschaftsgärten, Ökosiedlungen, Wohnprojekte und unterschiedliche Initiativen der Wissensvermittlung wie zum Beispiel Klimacamps. Diese können als Anknüpfungspunkte und als Inspiration für neue Projekte dienen.

Neudenken von Arbeit, Raum und Zeit

Dieser Punkt klingt bei Muraca und Schmelzer/Passadakis zwar an, wird aber nicht explizit zu Ende gedacht und ausformuliert: Queer-feministisch weitergedacht könnte es hier um die Verbindung des Neudenkens und der Neuverteilung von Arbeit und der Lokalisierung bzw. Regionalisierung und Dezentralisierung von Produktion und Konsum mithilfe von Commons gehen, gerade im Bereich der sozialen Reproduktion und anderer lebensnotwendiger Güter und Dienstleistungen, wie ich auch

⁹ Siehe: <https://www.degrowth.info/en/get-involved/>

den nächsten Seiten noch detaillierter ausführen werde. So argumentiert etwa auch Kallis für eine Diversifizierung der Ökonomie über die Priorisierung von Care.

Wann immer vom Neudenken und der damit einhergehenden Neugestaltung von Zeit und Arbeit gesprochen wird, müsste aus queer-feministischer Sicht Frigga Haugs 4-in-1-Perspektive zentrale Erwähnung finden, denn diese definiert den Arbeitsbegriff komplett neu. Ihr Modell umfasst vier unterschiedliche Arten menschlicher Tätigkeit, die allesamt gleich gewichtet und miteinander verknüpft sind: Erwerbsleben, Sorge um sich und andere, eigene Entwicklung und Politik (vgl. Haug 2011; Haug 2014). Für sie geht es in diesem Modell grundlegend darum, die bestehende Arbeit, darunter vor allem die Reproduktionsarbeit, gerecht, ausgeglichen und hierarchielos zu verteilen (vgl. Haug 2014: 33).

Auch die Raumplanung und Wohnen müssen in einer emanzipatorischen, queer-feministischen Postwachstumsgesellschaft verändert werden. Es braucht andere Wohnformen und generell Formen des Zusammenlebens und ebenso eine andere Raumplanung – wie dies auch Muraca mit ihrem Neudenken und der Neuverteilung von Raum fordert. Dies beinhaltet etwa die Aufhebung der Trennung von Städten in einzelne, monofunktionale Räume für Produktion, Konsum, Arbeit und Leben (vgl. Muraca 2014: 82). Stattdessen zeichnen die Postwachstumsstadt andere Formen der Interaktion aus, durch die beispielsweise Produktion und gemeinsame Nutzung miteinander verbunden werden könnten (vgl. ebd.) – am besten direkt vor Ort. Transition Towns stellen für sie diesbezüglich wichtige Laboratorien für den Wandel dar (vgl. Muraca 2014: 83). In diesen spielt auch lokale Produktion eine große Rolle – ein weiterer Aspekt, den sie als wichtig erachtet, schließlich soll mit den asymmetrischen Beziehungen zwischen Stadt und Land aufgrund von asymmetrischer Arbeitsteilung gebrochen werden. So sollen etwa Lebensmittel- und Energieproduktion künftig auch in der Stadt stattfinden (vgl. Muraca 2014: 82).

Kollektiv kann sowohl gewirtschaftet, gearbeitet als auch gewohnt werden. Neue, verdichtete, gemeinschaftliche Wohnformen, verbunden mit Produktionsflächen, sei es in Form von Werkstätten, Kantinen oder Gärten für den eigenen Anbau, können ein weiterer Beitrag der Raumplanung sein.

Soziale Reproduktion

Aus den vorangegangenen Überlegungen aus dem letzten Punkt ergibt sich der nächste Punkt: Soziale Reproduktion ist zugleich zentral ausgeblendeter Aspekt gegenwärtiger Postwachstumsperspektiven und Dreh- und Angelpunkt einer queer-feministischen Postwachstumsperspektive. So schreiben auch Schmelzer/Vetter:

„Im Gegensatz zur strukturellen Sorglosigkeit der Wachstumsökonomie zielen feministische Perspektiven darauf ab, die reproduktiven Care-Tätigkeiten, die zugleich die Basis für die Gesellschaft und das Leben überhaupt darstellen, in den Mittelpunkt der Ökonomie und des ökonomischen Denkens zu rücken sowie die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion zu überwinden“ (2019: 156/157).

Wie bereits im Theorie-Teil erläutert, muss sich eine queer-feministische Postwachstumsperspektive mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

- Wie kann Sorge- und Reproduktionsarbeit sichtbar gemacht und aufgewertet werden? Welche Institutionen und Modelle braucht es dafür?
- Welches Potenzial bieten kollektive Formen der Organisation von Reproduktionsarbeit?
- Welche Handlungsmöglichkeiten zur solidarischen und kollektiven Organisation von Reproduktionsarbeit gibt es bereits und welche braucht es noch?

Aus queer-feministischer Sicht ist klar, dass eine Postwachstumsgesellschaft ein anderes Verständnis und eine andere Umsetzung von Reproduktions- und Sorgearbeit beinhalten muss. Mehr noch, eine andere Art zu arbeiten und sich auf Mitmenschen und die Umgebung zu beziehen müssen das Herzstück einer jeden sozial-ökologischen und ebenso queer-feministischen Transformation sein.

Soziale Reproduktion erstreckt sich außerdem sowohl bei Federici und Wichterich als auch bei Kallis auf alle Lebewesen und Lebensräume: Daher umfasst sie die Reparatur und Vermeidung von Umweltschäden und die Verringerung bzw. Vermeidung der Extraktion nicht-erneuerbarer Ressourcen ebenso wie menschliche Sorge- und Reproduktionsarbeit (vgl. Kallis 2018: 122; Federici 2012: 145; Wichterich 2017: 262). Wichterich argumentiert, im Rahmen einer feministischen Sorgepolitik gelte es, an der Wurzel von Problemen anzusetzen und nicht erst an den Auswirkungen. Sie erwähnt diesbezüglich das Beispiel von Abfallpolitik, wo dies nicht nur eine gute Mülltrennung bedeutet, sondern ganz grundsätzlich auch „Strategien der Abfallvermeidung im Produktionsprozess selbst und im Konsum“ (Wichterich 2017: 262).

Gerade für soziale Reproduktion ist auch Kallis' Ansatzpunkt der Stärkung zwischenmenschlicher Beziehungen für eine queer-feministische Postwachstumsgesellschaft relevant. Damit meint er die Verlagerung des Fokus weg vom Erwerb und Besitz materieller Güter als Faktor für Wohlbefinden und hin zu gesunden und nachhaltigen zwischenmenschlichen Beziehungen (vgl. Kallis 2018: 120).

Um dies zu ermöglichen brauche es auch soziale Ausgaben für die Ermöglichung und Stärkung zwischenmenschlicher Beziehungen (vgl. ebd.: 123). Auch Muraca spricht die Bedeutung zwischenmenschlicher Beziehungen in einer Postwachstumsgesellschaft an (vgl. Muraca 2014: 84/85).

Dieser Fokus auf zwischenmenschliche Beziehungen ist zentral für einen queer-feministischen Postwachstumsansatz, da eine solche Gesellschaft auf solidarischen, kollektiven Beziehungen und in weiterer Folge auch anderen Familien- und Gemeinschaftsmodellen aufgebaut werden muss. Kallis betont überhaupt, dass in einer künftigen Diversen Ökonomie die Arbeit von Kollektiven, von solidarischer Ökonomie und ähnlicher Gruppen und Initiativen sichtbar gemacht und der Eisberg, der heute nur am Markt entlohnte Arbeit zeigt, während alle andere Arbeit unter Wasser unsichtbar gemacht wird, umgedreht werden muss.

Um dabei der Essentialisierung von Sorge als weibliche Eigenschaft, die von den ansonsten sehr interessanten ökofeministischen Theorien ausgeht, entkommen zu können, schlägt Christa Wichterich (2017) in Anlehnung an Sherilyn MacGregor die Politisierung von Care-Arbeit vor. Dies bedeutet, dass die unbezahlte Arbeit des Sich-Kümmerns mit Politisierung und rebellischem Engagement verknüpft sein muss, da sie sich sonst leicht instrumentalisieren und durch den Staat als Entlastung von seinen Aufgaben verwenden lassen kann (vgl. Wichterich 2017: 262).

Sherilyn MacGregor meint mit der Politisierung von Care-Arbeit und der Care-Ökonomie außerdem zwei miteinander zusammenhängende Aspekte: Erstens bedeutet das, „Sorge nicht als natürliche oder weibliche Ressource zu essentialisieren, zu vermütterlichen und zu romantisieren, sondern die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung immer wieder zu hinterfragen und Sorgearbeit zu entfeminisieren“ (Wichterich 2017: 262). Zweitens „sollte Sorge in den jeweiligen Machtkontexten zeitdiagnostisch und herrschaftskritisch analysiert werden, um einer Instrumentalisierung für politische und marktökonomische Zwecke zu entgehen“ (Wichterich 2017: 262). Politisierung von Sorge bedeutet dann, über bloße soziale Reproduktion und Überleben hinaus zu denken und sie „als Frage von Demokratie, Umverteilung und Citizenship zu diskutieren“ (Wichterich 2017: 262).

Zur Politisierung von Care gehört Wichterich zufolge auch eine intersektionale Perspektive (vgl. Wichterich 2017: 263). Eine dezidiert intersektionale queer-feministische Perspektive bedeutet daher auch, Postwachstum nicht nur vom globalen Norden aus für denselben zu denken, sondern einen ganzheitlicheren Ansatz zu verfolgen. Einer solchen Perspektive zufolge kann Postwachstum nicht nur ein weißes, akademisches Mittelschichts-Projekt sein, sondern muss auch Beiträge aus

dem globalen Süden und aus den Peripherien des globalen Nordens beinhalten. Dengler/Seebacher argumentieren ähnlich für einen feministischen und postkolonialen Postwachstumsansatz. In einer queer-feministischen Postwachstumsgesellschaft und -ökonomie müsse dafür gesorgt und daran gearbeitet werden, dass soziale Reproduktion nicht mehr minderbewertet, vergeschlechtlicht und rassifiziert wird, mehr noch: „A feminist decolonial degrowth approach is needed to avoid the unintended reproduction of patriarchal and colonial continuities from the very start“ (Dengler/Seebacher 2019: 250).

Soziale Reproduktion, Produktion & Commons

Folgt man Autor_innen wie Federici, Habermann, Dengler und Kallis, so lassen sich soziale Reproduktion und Commons, ein von vielen Postwachstumsautor_innen erwähntes und wichtiges Element, zusammendenken.

Auch die Autor_innen des *trouble everyday collective* argumentieren für „den Aufbau solidarischer und kollektiver Strukturen, die Sorge- und Reproduktionsarbeit vergesellschaften“ (trouble everyday collective 2017: 311) und für Silvia Federici geht es wesentlich um die Aneignung und Vergesellschaftung der Reproduktion und um die Aufhebung der Trennung von Produktion und Reproduktion und des Persönlichen und des Politischen (vgl. Federici 2010 zitiert nach Habermann 2016: 127). Sie betont außerdem die Zentralität sozialer Reproduktion für eine Commons-basierte anti-kapitalistische Wirtschafts- und Lebensweise und das Anknüpfen an bisherige Kämpfe von Frauen* für Commons (vgl. Federici 2012).

Auch Giorgos Kallis spricht von der Aufwertung und Neuverteilung von Care-Arbeit, diese müsse zukünftig mehr sein als die bloße Reproduktion von Arbeitskraft (vgl. Kallis 2018: 121). Er argumentiert schließlich ebenfalls für eine kollektive Ausübung von Care-Arbeit, um gleichzeitig vermeiden zu können, dass sie wieder in den privaten Raum und damit in die Unsichtbarkeit gedrängt werden kann (vgl. Kallis 2018: 122).

Es gibt einige Ansätze, die Commons und soziale Reproduktion bzw. Commons und Produktion zusammen denken. Einer davon ist Friederike Habermanns Konzept einer Commons-basierten Wirtschafts- und Lebensweise. Dieses setzt sich aus dem Prinzip des Besizens statt Eigentum, das heißt, der aktiven, gemeinsamen Nutzung von Gütern als Commons, durch freiwilliges Beitragen und der Sorge-Logik als Fundament zusammen (vgl. Habermann 2016).

Auch für Federici bedeuten die Commons, auf gemeinsame Interessen zu bauen und damit zwischenmenschliche Solidarität und Bindungen zu schaffen (vgl. Federici 2012: 144.).

Commons und soziale Reproduktion zusammendenkend, fordert sie daher die Vergemeinschaftung bzw. Kollektivierung von Hausarbeit und dabei das Anknüpfen an frühere Experimente der kollektiven Hausarbeit und Hauswirtschaft (vgl. Federici 2012: 145). Für sie kann einzig und allein geteilte, kollektive Verantwortung in einer Gemeinschaft gute (Für-)Sorgearbeit für alle Beteiligten bedeuten (vgl. Federici 2012: 146). Damit stellt sie auch einen historischen Rückbezug zu vergangenen Jahrhunderten her, in denen (Für-)Sorgearbeit lange Zeit die kollektive Arbeit der gesamten erweiterten Familie und Nachbarschaft war – das Erstarren des Kapitalismus habe dem schließlich ein Ende gesetzt (vgl. ebd.). Gerade Frauen*, so argumentiert sie,

„must take the initiative to reclaim the house as a center of collective life, one traversed by multiple people and forms of cooperation, providing safety without isolation and fixation, allowing for the sharing and circulation of community possessions, and above all providing the foundation for collective forms of reproduction“ (Federici 2012: 147).

Dies bedeute im Übrigen nicht, Haus- und Fürsorgearbeit als weibliche* Arbeit zu naturalisieren, sondern vielmehr, die früheren wie auch heutigen Erfahrungen, das Wissen und die Kämpfe in Bezug auf soziale Reproduktion und als Widerstand gegen den Kapitalismus zu nutzen (vgl. Federici 2012: 148).

Soziale Reproduktion müsse letzten Endes im Zentrum anti-kapitalistischer, feministischer Commons stehen:

„Most important, we cannot build an alternative society and a strong self-producing movement unless we redefine in more cooperative ways our reproduction and put an end to the separation between the personal and the political, political activism and the reproduction of everyday life“ (Federici 2012: 147).

Ein dritter Ansatz stammt von der feministischen ökologischen Ökonomin Corinna Dengler und nennt sich Commonisierung von Care (Dengler 2019). Bei diesem „geht es um eine schrittweise, emanzipatorische Entkommerzialisierung von Sorgetätigkeiten“ (Dengler 2019: 147). Die Autorin drückt damit ihre Überzeugung aus, „dass Sorgearbeit in einer Postwachstumsgesellschaft zu großen Teilen kollektiv und dezentral, am guten Leben ausgerichtet, unbezahlt und dennoch gesellschaftlich anerkannt, erfüllt werden kann“ (ebd.). Damit ist kein „radikaler Bruch mit Wohlfahrtsstaatlichkeit“ (ebd.) und auch keine „Rückverlagerung der Sorgearbeit in die heteronormative Kleinfamilie“ (ebd.) gemeint.

Sie weist allerdings auch darauf hin, dass Commons nicht automatisch zu Geschlechtergerechtigkeit führen (vgl. Dengler 2019: 147/148). Vielmehr kann die Commonisierung von Care durch demokratische Aushandlungsprozesse und zunächst in kleinen Möglichkeitsräumen entstehen um später im größeren Rahmen etablierbar zu werden (vgl. Dengler 2019: 148). Auf diese Art und Weise kann es gelingen, die bislang „strukturell abgewerteten ‘blinden Flecken‘ der Ökonomie ins Zentrum zu stellen“ (ebd.), wodurch Arbeit nicht länger nur mit Lohnarbeit gleichgesetzt wird (vgl. ebd.), sondern stattdessen „zwischen gesellschaftlich gewünschten Formen von Lohn-, Sorge-, Subsistenz-, Gemein- und Eigenarbeit im Gegensatz zu destruktiven Arbeiten, z.B. in der Kohle- oder Rüstungsindustrie unterschieden werden“ (Dengler 2019: 148) kann.

Sowohl Kallis und Federici als auch Dengler nennen konkrete und bereits existierende Beispiele für eine solche kollektive Sorge- und Reproduktionsarbeit: kollektive Kinderbetreuungsgruppen beispielsweise in Spanien und den USA, Co-Housing Projekte und kollektive Küchen, die sogenannten Volxküchen, überall, Solidaritätskliniken in Griechenland und Nachbarschaftspflege in den Niederlanden (vgl. Kallis 2018; Federici 2012; Dengler 2019).

Commons lassen sich auch mit der Lokalisierung der Produktion verbinden – allen voran mit der Lokalisierung der Nahrungsmittelerzeugung und der Energieversorgung, wie dies auch Schmelzer/Passadakis fordern. Dies muss auch mit einer Demokratisierung der Produktion einhergehen: Ernährungssouveränität statt bloße Ernährungssicherheit, und Energiedemokratie statt Fremdbestimmung.

Auch Muraca sieht eine Verbindung zwischen Commons und Lokalisierung sowie der Dezentralisierung von Produktion und Dienstleistungen. Gleichzeitig möchte sie die lokale Produktion von Commons mit globalem Austausch und globaler Vernetzung verbinden, anstelle der Konkurrenz zwischen Unternehmen, schließlich sind Commons nicht nur „eine andere Produktions- und Nutzungsform: Commons ist eine andere Art des Seins und des Zusammenlebens“ (Muraca 2014: 80).

Hinzu kommt Niko Paechs Idee einer Ökonomie der Nähe: Diese wird gemeinsam von Produzent_innen und Konsument_innen gestaltet und erscheint auch für eine queer-feministische Postwachstumsperspektive nützlich.

Intersektionalität & Dekolonialität

Wie bereits einige Seiten zuvor erwähnt, sprechen sowohl Wichterich als auch Dengler/Seebacher von der Notwendigkeit einer dekolonialen und intersektionalen feministischen Perspektive in Bezug auf soziale Reproduktion und in Bezug auf Postwachstum.

Besonders Dengler/Seebacher betonen dabei sowohl die Notwendigkeit eines feministischen als auch eines dekolonialen Postwachstumsansatzes. Darunter verstehen sie einen Ansatz „which is sensitive to patriarchal gender relations, colonial continuities and economic structures that enable and (re-)produce these relations and continuities [...] [and] can contribute to the endeavor of building North-South bridges at equal footing“ (Dengler/Seebacher 2019: 249). Daher argumentieren sie, Postwachstum müsse auch bedeuten, die speziellen historischen wie bestehenden Ungleichheiten zwischen globalem Norden und globalem Süden anzuerkennen und sich ihrer bewusst zu werden (vgl. Dengler/Seebacher 2019: 248). Gerade dies bedeutet abermals, Postwachstum nicht allein für den Norden zu denken und den Aufbau von Nord-Süd-Beziehungen auf gleicher Augenhöhe (vgl. Dengler Seebacher 2019: 248-249).

Postwachstum „can reverse colonial logics by decidedly acknowledging that there is much to learn from the Global South, for example with regard to (more) sustainable livelihoods and a community organization of care“ (Dengler/Seebacher 2019: 251). Doch auch diese sind nicht automatisch emanzipatorisch und egalitär, weshalb sie auch nicht romantisiert werden dürften (vgl. ebd.).

Jedenfalls sehen sowohl diese beiden Autorinnen als auch Christa Wichterich postkoloniale feministische Theorien als nützliche Wegbegleiter für Postwachstum – gerade um Brücken zwischen Postwachstum im globalen Norden und Postwachstum und Entwicklungskritik im globalen Süden zu bauen (vgl. Dengler/Seebacher 2019: 251; Wichterich 2017: 263).

Für ein solches Projekt können besonders auch intersektionale feministische Autor_innen wie Audre Lorde und bell hooks nützlich sein, die auf vielfache Marginalisierungen im globalen Norden aufmerksam machen und damit in gewissem Sinne Anknüpfungspunkte für queer-feministische Solidaritäten weltweit schaffen können.

So schreibt etwa Audre Lorde in ihrem berühmten Essay *The Master's Tools Will Never Dismantle the Master's House* aus dem Jahr 1979 über den notwendigen Umgang mit Verschiedenheiten und wie diese durchaus auch zu einer Stärke einer Gemeinschaft werden können:

„As women, we have been taught either to ignore our differences, or to view them as causes for separation and suspicion rather than as forces for change. Without community there is no liberation, only the most vulnerable and temporary armistice between an individual and her

oppression. But community must not mean a shedding of our differences, nor the pathetic pretense that these differences do not exist.

Those of us who stand outside the circle of this society's definition of acceptable women; those of us who have been forged in the crucibles of difference – those of us who are poor, who are lesbians, who are Black, who are older – know that survival is not an academic skill. It is learning how to stand alone, unpopular and sometimes reviled, and how to make common cause with those others identified as outside the structures in order to define and seek a world in which we can all flourish. It is learning how to take our differences and make them strengths. For the master's tools will never dismantle the master's house. They may allow us to temporarily beat him at his own game, but they will never enable us to bring about genuine change. And this fact is only threatening to those women who still define the master's house as their only source of support“ (Lorde 2007: 112).

Damit meint sie auch, dass es neue Werkzeuge, Methoden und Strukturen braucht, um Bestehendes im Sinne bestehender Machtstrukturen und Ungleichheiten und bestehender Gräben zwischen unterschiedlichen Gruppen zu überwinden. Auch das Finden und Etablieren dieser neuen Werkzeuge und Strukturen ist eine Aufgabe auf dem Weg zu einer emanzipatorischen queer-feministischen Postwachstumsgesellschaft sowohl im globalen Norden als auch im globalen Süden.

Ausblick

Als Ausblick stellt sich nun abschließend die Frage was es dafür als weitere Schritte braucht.

Zunächst einmal braucht es mehr kritische Forschung zu diesem Themenkomplex, die Postwachstum und Queer-Feminismus verbindet. Wie bereits zu Beginn dieser Arbeit angesprochen, besteht Postwachstum nicht nur aus akademischen Diskursen. Auch soziale und Umwelt-Bewegungen, deren Ideen und Aktivismus sind integraler Bestandteil von Postwachstum, und auch in manchen dieser verbinden sich Queer-Feminismus und Ansätze eines guten Lebens für alle miteinander. Dementsprechend können akademische Arbeit und praktische Arbeit einander weiterhin ergänzen, inspirieren, stärken und kooperieren.

So wie es Allianzen zwischen Forschung und Praxis benötigt, ist auch das weitere Bauen von Allianzen zwischen Bewegungen im globalen Norden und im globalen Süden wichtig, damit Postwachstum kein weißer, männlicher, ökonomisch dominierter, heteronormativer Diskurs – und damit ein Minderheitsdiskurs – bleibt, sondern für möglichst viele Menschen verständlich und greifbar wird.

Diese akademischen und sozialen Allianzen im Norden wie im Süden können sich etwa auf Bewegungen gegen Ressourcenextraktivismus und die imperiale Lebensweise, auf Bewegungen für

Ernährungssouveränität, die Stärkung lokaler und regionaler Ökonomien und weltweite Klima- und Bodenbündnisse beziehen. Dies muss in Partnerschaft und Verbindung etwa mit queer-feministischen Streiks in der Sorgearbeit, mit Bewegungen für Reproduktionsrechte, queer-feministische Repräsentation in der Gesellschaft, gegen geschlechtsspezifische Gewalt und letztlich auch das Hinterfragen in wessen Händen eigentlich Land- und Produktionsmittel konzentriert sind, passieren.

Gerade in Zeiten eines wieder erstarkenden, weltweiten Rechtsnationalismus und der anhaltenden Ökonomisierung beinahe aller Lebensbereiche und damit zusammenhängender Umweltzerstörung und Zerstörung der Grundlagen des Lebens braucht es mehr Queer-Feminismus, nicht weniger. Auch und vor allem, um die 'menschliche Zukunft', von der Johanna Dohnal im Eingangszitat spricht, erreichen zu können, frei von Macht- und Geschlechterverhältnissen, gemeinsam mit einer Zukunft, die sich innerhalb der sozial-ökologischen Grenzen bewegt und diese nicht mehr länger kurzfristigen Profit- und Konsuminteressen geopfert werden.

Bibliographie

- Akec, Athian** (2019): When I look at Extinction Rebellion, all I see is white faces. That has to change. Abgerufen am 11. März 2020 unter <https://www.theguardian.com/commentisfree/2019/oct/19/extinction-rebellion-white-faces-diversity>
- Bader, Pauline; Becker, Florian; Demirović, Alex; Dück, Julia** (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: dies. [Hrsg.]: Vielfachkrise. Im finanzdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 11-28
- Barker, Drucilla K.** (2012): Querying the Paradox of Caring Labor. In: Rethinking Marxism, Vol. 24, No. 4, 574-591
- Bauhardt, Christine** (2013^a): Wege aus der Krise? Green New Deal – Postwachstumsgesellschaft – Solidarische Ökonomie. Alternativen zur Wachstumsökonomie aus feministischer Sicht. In: Gender 2/13, 9-26
- Bauhardt, Christine** (2013^b): Postwachstum. Die große Geschlechterblindheit. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2013, 31-36
- Bauhardt, Christine** (2015): Feministische Kapitalismuskritik und postkapitalistische Alternativen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 35-37, 32-39
- Bauhardt, Christine; Çağlar, Gülay** [Hrsg.] (2010): Gender and Economics. Feministische Kritik der Politischen Ökonomie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Bauriedl, Sybille; Wichterich, Christa** (2014): Ökonomisierung von Natur, Raum, Körper. Feministische Perspektiven auf sozialökologische Transformationen. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Berlin. Reihe Analysen. Abgerufen am 23. Oktober 2016 unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analysen_Oekonomisierung.pdf
- Bennholdt-Thomsen, Veronika; Mies, Maria** (1997): Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive. München: Frauenoffensive
- Biesecker, Adelheid** (2011): Vorsorgendes Wirtschaften. Ökonomie für gutes Leben statt Wachstum. In: Werner Rätz u.a. [Hrsg.]: Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben. Hamburg: VSA, 75-84
- Bretz, Leah; Lantzsch, Nadine** (2013): Queer_Feminismus. Label & Lebensrealität. Münster: Unrast Verlag
- D'Alisa, Giacomo; Demaria, Federico; Cattaneo, Claudio** (2013): Civil and Uncivil Actors for a Degrowth Society. in: Journal of Civil Society, 9:2, 212-224
- D'Alisa, Giacomo; Demaria, Federico; Kallis, Giorgos** (2015): Introduction. In: Degrowth. Vocabulary for a New Era. London, New York: Routledge, 1-17
- Demaria, Federico; Schneider, Francois; Calsamiglia, Andrea; Blanco, Laura; Domeneghini, Dalma** (2011): Degrowth in Südeuropa. Komplementarität in der Vielfalt. In: Werner Rätz u.a.

[Hrsg.]: Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben, Hamburg: VSA, 161-172

Dengler, Corinna (2019): Alltägliche Grenzziehungen. Die Rolle der nicht-monetären Versorgungsökonomie in einer (Post-)Wachstumsgesellschaft. In: Book, Carina; Huke, Nikolai; Klauke, Sebastian; Tietje, Olaf [Hrsg.]: Alltägliche Grenzziehungen. Das Konzept der 'imperialen Lebensweise', Externalisierung und exklusive Solidarität. Münster: Westfälisches Dampfboot, 153-152

Dengler, Corinna; Seebacher, Lisa Marie (2019): What About the Global South? Towards a Feminist Decolonial Degrowth Approach. In: Ecological Economics, 157, 246-252

Egan-Krieger, Tanja von; Muraca, Barbara; Passadakis, Alexis; Rätz, Werner; Schmelzer, Matthias; Vetter, Andrea (2011): Ausgewachsen! Nachdenken über eine solidarische Postwachstumsökonomie. In: dies. [Hrsg.]: Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben, Hamburg: VSA, 7-17

Federici, Silvia (2012): Revolution at Point Zero. Housework, Reproduction, and Feminist Struggle. Brooklyn: Common Notions/Oakland: PM Press

Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Parnreiter, Christof (2007): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Parnreiter, Christof [Hrsg.]: Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, 13-54

Gudynas, Eduardo (2015): Buen Vivir. In: Kallis, Giorgos; Demaria, Federico; D'Alisa, Giacomo [Hrsg.]: Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. München: oekom, 2016, 262-266

Habermann, Friederike (2016): Statt Profit: Care, statt 'Economy': 'Ecommony'! In: Tauss, Aaron [Hrsg.]: Sozial-ökologische Transformation. Das Ende des Kapitalismus denken, Hamburg: VSA Verlag, 110-130

Haidinger, Bettina; Knittler, Käthe (2014): Feministische Ökonomie. Wien: mandelbaum kritik & utopie

Haidinger, Bettina; Knittler, Käthe (2016): Feministische Ökonomie. Wien: mandelbaum kritik & utopie

Haug, Frigga (2011): Die Vier-in-Einem-Perspektive – Eine Utopie von Frauen, die eine Utopie für alle ist. Abgerufen am 28. Juli 2017 unter <http://www.postwachstum.de/die-vier-in-einem-perspektive-eine-utopie-von-frauen-die-eine-utopie-fur-alle-ist-20110828>

Haug, Frigga (2011): Die Vier-in-einem-Perspektive als Leitfaden für Politik. In: Das Argument 291, Heft 2, 241-250

Haug, Frigga (2014): Zeit, Wohlstand und Arbeit neu zu definieren. In: Konzeptwerk Neue Ökonomie [Hrsg.]: Zeitwohlstand. Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben, München: oekom Verlag, 26-39

Jackson, Tim (2013): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München: oekom Verlag

- Kallis, Giorgos** (2011): In defence of degrowth. In: *Ecological Economics* 70, 873–880
- Kallis, Giorgos; Demaria, Federico; D'Alisa, Giacomo** [Hrsg.] (2015): *Degrowth. A Vocabulary for a New Era*. London, New York: Routledge
- Kallis, Giorgos; March, Hug** (2015): Imaginaries of Hope. The Utopianism of Degrowth. In: *Annals of the Association of American Geographers*, 105(2), 360-368
- Kallis, Giorgos** (2017): For a Political Ecological Economics. In: *In defense of degrowth. Opinions and manifestos*, 70-78
- Kerschner, Christian** (2010): Economic de-growth vs. steady-state economy. In: *Journal of Cleaner Production* 18, 544-551
- Kolland, Franz** (2007): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Parnreiter, Christof [Hrsg.]: *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Wien: Mandelbaum, 79-103
- Kramarae, Cheris/Treichler, Paula A.** (1985): *A Feminist Dictionary*. London: Pandora Press
- Latouche, Serge** (2015): *Es reicht! Abrechnung mit dem Wachstumswahn*. München: oekom
- Lorde, Audre** (2007): *Sister Outsider. Essays and Speeches*. Berkeley: Crossing Press.
- Martínez-Alier, Joan** (2012): Environmental Justice and Economic Degrowth. An Alliance between Two Movements. In: *Capitalism Nature Socialism* Vol. 23, No. 1, 51-73
- Mellor, Mary** (1997): *Feminism & Ecology*. New York [u.a.]: New York University Press
- Meyer, Katrin; Purtschert, Patricia** (2010): Die Macht der Kategorien. Kritische Überlegungen zur Intersektionalität. In: *Feministische Studien* 1/10, 130-142
- Miegel, Meinhard** (2011): *Exit. Wohlstand ohne Wachstum*. Berlin: Propyläen
- Mies, Maria; Shiva, Vandana** (1993): Introduction. In: dies: *Ecofeminism*. London; New Jersey: Zed Books, 1-21
- Muraca, Barbara** (2014): *Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums*. Bonn: Wagenbach
- Nussbaum, Martha C.** (2003): Capabilities as Fundamental Entitlements. *Sen and Social Justice*. In: *Feminist Economics*, 9 (2-3), 33-59
- Odum, Elisabeth; Odum, Howard** (2011): *A Prosperous Way Down*. Sebastopol: University Press of Colorado
- Paech, Niko** (2009): Die Postwachstumsökonomie als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. In: Friedrich Hinterberger, Harald Hutterer, Ines Omann, Elisabeth Freytag [Hrsg.]: *Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium*. Wien: mandelbaum verlag, 215-223
- Paech, Niko** (2016): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*. München: Oekom-Verlag
- Passadakis, Alexis; Schmelzer, Matthias** (2011): *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*. Hamburg: VSA.

- Powalla, Oliver** (2011): Die zwei Fragen der Wachstumskritik. Gesellschaftsmodelle an den sozial-ökologischen Grenzen. In: Werner Rätz u.a. [Hrsg.]: Ausgewachsen! Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben, Hamburg: VSA, 85-95
- Rostow, Walt W.** (1971): The Stages of Economic Growth. A Non-Communist Manifesto. Cambridge: Cambridge University Press
- Santarius, Tilman** (2013^a): Absolute oder relative Entkoppelung? - Eine obsoleete Debatte! Abgerufen am 31. Juli 2017 unter <http://www.postwachstum.de/absolute-oder-relative-entkoppelung-eine-obsoleete-debatte-20131018>
- Santarius, Tilman** (2013^b): Rebound-Effekte vereiteln eine hinreichende Entkopplung. Abgerufen am 29. Juli 2017 unter <http://www.postwachstum.de/rebound-effekte-vereiteln-eine-hinreichende-entkoppelung-20131021>
- Seidl, Irmi; Zahrt, Angelika** [Hrsg.] (2010): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis Verlag
- Schmelzer, Matthias** (2015): Spielarten der Wachstumskritik. Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz – eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: Le monde diplomatique; Kolleg Postwachstumsgesellschaften [Hrsg.]: Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr, 116-121
- Schmelzer, Matthias** (2017): No Degrowth without Climate Justice. Abgerufen am 1. Mai 2017 unter <https://www.degrowth.de/de/2017/02/no-degrowth-without-climate-justice/>
- Schmelzer, Matthias; Vetter, Andrea** (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag
- Schönflug, Karin** (2008): Feminism, Economics and Utopia. Time travelling through paradigms. New York [u.a.]: Routledge
- Sen, Amartya** (2003): Development as Capability Expansion. In: Fukuda-Parr, Sakiko [Hrsg.]: Readings in Human Development. Concepts, Measures and Policies for a Development Paradigm, New York [u.a.]: Oxford University Press, 3-16
- Soete, Birgit** (2014): Grünes Wachstum, Grüne Ökonomie und Gender. In: Sozialer Fortschritt, 7, 151-156.
- starhawk** (2013): What We Want: Economy and Strategy for the End Times. In: Webs of Power. Notes from the Global Uprising, 237-260
- Staveren, Irene van** (2010): Feminist Economics. Setting Out the Parameters. In: Bauhardt, Christine; Çağlar, Gülay [Hrsg.]: Gender and Economics. Feministische Kritik der Politischen Ökonomie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 18-48
- trouble everyday collective** (2017): Queer-feministische Ökonomiekritik. Ohne geht es nicht: Radikalität, Kapitalismuskritik und ein feministischer Grundkonsens. In: Burkhart, Corinna; Schmelzer, Matthias; Treu, Nina [Hrsg.]: Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation. München: oekom, 308-319

- Wallerstein, Immanuel** (2008): Entwicklung. Leitstern oder Illusion. In: Fischer, Karin; Hödl, Gerald; Sievers, Wiebke [Hrsg.]: Klassiker der Entwicklungstheorie. Von Modernisierung bis Post-Development. Wien: mandelbaum, 168-192
- Wichterich, Christa** (2017): Viele Orte überall. Care-Logik in alternativen Projekten und Potentiale von Gegenmacht. In: Feministische Studien 2/17, 259-275
- Yeates, Nicola** (2009): Globalizing Care Economies and Migrant Workers. Basingstoke: Palgrave Macmillan
- Yuval, Davis** (2009): Intersektionalität und feministische Politik heute. In: Feministische Studien 1/09, 51-66

Abstract - Deutsch

In der vorliegenden Arbeit wird der Frage nachgegangen, welche Rolle queer-feministische Perspektiven für Postwachstumstheorien spielen, und wie diese in Postwachstumstheorien einfließen könnten. Kurz gesagt: Wie emanzipatorisch, feministisch, queer und utopisch sind Postwachstumstheorien bezüglich Geschlechterverhältnissen und wie könnte Postwachstum queer-feministischer werden? Ziel der Arbeit ist es daher, die bisherige Geschlechterblindheit von Postwachstumstheorien, -ansätzen und nicht zuletzt -autor_innen, die etwa Christine Bauhardt attestiert, aufzuarbeiten, queer-feministische Ansatzpunkte aufzuzeigen und damit zur Füllung einer Forschungslücke in der Postwachstumsforschung beizutragen.

Die theoretische Basis dieser Literaturarbeit bilden zum einen ausgewählte Postwachstumstheorien, und zum anderen queer-feministische ökonomische Theorien zu deren Analyse. Mit einem intersektionalen, queeren Feminismusverständnis und den queer-feministischen Theorien und Ansätzen werden die ausgewählten Postwachstumstheorien von Matthias Schmelzer/Alexis Passadakis, Barbara Muraca, Niko Paech und Giorgos Kallis schließlich einer Analyse unterzogen. Infolge dieser Analyse werden einige konkrete Anknüpfungspunkte für queer-feministische und emanzipatorische Postwachstumstheorien aufgezeigt: Experimentierräume als Basis, Neudenken von Arbeit, Raum und Zeit, Reproduktionsarbeit und Commons, sowie Intersektionalität und Dekolonialität.

Abstract – English

This master thesis looks into queer-feminist perspectives for degrowth theories. As some authors, such as Christine Bauhardt, suggest a certain blind spot regarding gender as well as queer-feminism exists, this thesis aims to start filling this blind spot.

Selected degrowth theories by various authors (Matthias Schmelzer & Alexis Passadakis, Barbara Muraca, Niko Paech and Giorgos Kallis) and queer-feminist theories form the theoretical basis for this thesis. Using an intersectional, queer-feminist lens and aforementioned queer-feminist theories, I am analysing those degrowth theories. This analysis concludes by showing potential starting points for the development of queer-feminist degrowth: spaces for experimentation as a basis, the rethinking of work, space and time, care-work and commons, as well as an intersectional and decolonial approach.